



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 7-8

Juli/August 1973

AIB-Aktuell	S. 2-3
Israel Ruth Lubitz: Zur zionistischen Politik der „Umsiedlung“	S. 3-8
Felicia Langer: Wer andere einsperrt, baut seinen eigenen Kerker	S. 9-10
Naher Osten Interview mit Youssef el Sebai	S. 11-12
Indien Gegen den Separatismus in Andhra Pradesh	S. 13-15
Kambodscha Stockholmer Vietnam Konferenz: Resolution zu Kambodscha Brief der GRUNK	S. 16-17 S. 18-20
Vietnam Das Zusatzabkommen	S. 20-21
Afrika Albert Tshume: Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg (2)	S. 24-29
Aktion „10000 Bleistifte“	S. 29-30
RSA Armin Hebel: Auslandsinvestitionen und Lage der afrikanischen Arbeiterklasse in Südafrika	S. 31-37
Uruguay Perspektiven des Kampfes	S. 37-40
X. Festival Frank Werkmeister: Zur Entwicklung der Festivalbewegung	S. 40-43
Kurzinformation	S. 43-44

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AIB-Aktuell

Am 15. Juni veranstaltete das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (ASK; zu seiner Gründung vgl. AIB-Aktuell, Nr. 5/73) vor 200 geladenen Gästen, Journalisten und Vertretern verschiedener Organisationen ein fast sieben Stunden dauerndes Hearing zur Frage des Nahost-Konflikts, an dem Experten und Zeugen aus Israel, Ägypten, Großbritannien und der BRD teilnahmen. Die Veranstaltung, die von einem breiten Spektrum politischer Kräfte getragen wurde, war in ihrer Art die erste zu diesem Thema in der Bundesrepublik. Das ASK folgte dem Appell der internationalen Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten in Bologna (vgl. AIB, Nr. 6/73), in dem die Weltöffentlichkeit zur Unterstützung einer Friedensregelung im Sinne der UN-Resolution vom November 1967 aufgerufen wurde.

Die Redner schilderten verschiedene Aspekte des Konflikts aus historischer, ideologischer, politischer und religiöser Sicht und waren sich einig in der Verurteilung der israelischen, von den imperialistischen Staaten gestützten Annexionspolitik, welche die Herbeiführung eines gerechten Friedens verhindert. Die UN-Resolution wurde als ein dem herrschenden Kräfteverhältnis Rechnung tragender Kompromiß eingeschätzt, der eine geeignete Basis für den notwendigen gemeinsamen Kampf der antiimperialistischen Kräfte der arabischen Länder und Israels gegen die israelische Aggression darstellt.

Darüberhinaus ist die UN-Resolution eine Plattform, auf deren Grundlage eine weltweite Solidaritätsbewegung zur Unterstützung des Kampfes um eine gerechte Friedensregelung im Nahen Osten entwickelt werden kann.

Zweifelloos bedeutet die Verwirklichung der Resolution nicht die Lösung aller Probleme. Durch die in ihr enthaltene Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression von 1967 sowie durch die Anerkennung der Rechte aller Völker und Staaten des Nahen Ostens auf ihre nationale Existenz, Unabhängigkeit, Souveränität und Sicherheit stellt sie jedoch einen notwendigen und unabdingbaren ersten Schritt für jede weitergehende Regelung des Konflikts dar. Zugleich ist sie eine Kampfposition gegenüber allen Versuchen der israelischen Regierung zu annexionistischen Teilösungen zu gelangen.

Die Veranstaltung endete mit einer vom Sekretariat des ASK einstimmig beschlossenen Erklärung und einem Appell an die fortschrittlichen Kräfte in der BRD, durch kraftvolle Aktionen die Bundesregierung zur Aufgabe ihrer Unterstützung der herrschenden israelischen Kreise zu zwingen und so zur Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten beizutragen.

Appell des Internationalen Israel Hearings, Bonn, 15. 6. 1973 (Auszüge)

" FÜR FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT IM NAHEN OSTEN"

"... Das Antimperialistische Solidaritätskomitee stellt fest, daß die volle Verantwortung für den aktuellen und friedensgefährdenden Spannungszustand im Nahen Osten allein die herrschenden zionistischen Kreise Israels und die mit ihnen im Bundes stehenden Regierungen der imperialistischen Staaten trifft. Sie sind hauptverantwortlich für die Aggressionskriege von 1956 und 1967 und zahlreiche weitere Aggressionsakte gegen die arabischen Staaten, bei denen Terror und Sabotage zu Mitteln staatlicher Politik erhoben wurden... Sie sind verantwortlich für das Elend und den Tod tausender unschuldiger Zivilisten in den palästinensischen Flüchtlingslagern und be-



treiben eine Politik der Unterdrückung gegenüber den arabischen Teilen der Landesbevölkerung und den fortschrittlichen israelischen Kräften. Ebenso wie die reaktionären arabischen Kräfte bemüht sich Israel mit allen Mitteln, die nationale Existenz des arabischen Volkes von Palästina zu zerstören und die Bewegung zur nationalen und sozialen Befreiung der arabischen Völker zu schwächen...

Das arabische Volk von Palästina als das Opfer einer 25-jährigen Vertreibung und Unterdrückung hat das Recht, mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln den politischen, diplomatischen und bewaffneten Kampf um seine nationale Existenz und soziale Befreiung zu führen. Sein Widerstand ist ein Bestandteil der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung in der arabischen Welt. Die aus Verzweiflung geborenen, jedoch durch nichts zu rechtfertigenden Terrorakte vereinzelter Kräfte in den arabischen Ländern, wie die des "Schwarzen September", schaden der Einheit der arabischen Befreiungsbewegung und spielen objektiv den israelischen Aggressoren und ihren Verbündeten in die Hände.

Wir wenden uns gegen alle Versuche der zionistischen Propaganda der herrschenden israelischen Kreise, die in demagogischer Absicht die Verbrechen, die in der Vergangenheit an Menschen jüdischen Glaubens begangen wurden, zur Rechtfertigung ihrer aggressiven Handlungen mißbrauchen, jede objektive und gerechte Darstellung des Problems, jede Solidarisierung mit den Opfern der Aggression als Antisemitismus zu diffamieren. Wir verstehen uns in der Tradition derer stehend, die unter Einsatz ihres Lebens gegen Faschismus und Antisemitismus gekämpft haben und kämpfen werden. Deshalb setzen wir uns engagiert ein für die Aussöhnung beider Völker und ihr gemeinsames Eintreten für eine Ordnung frei von sozialer, politischer, religiöser und rassistischer Unterdrückung.

Wir widersetzen uns aber jeglicher Unterstützung des israelischen Annexionsstandpunktes, wie er in der Politik der Bundesregierung zum Ausdruck kommt und verurteilen die Verfolgungen und Diskriminierungen arabischer Mitbürger in der Bundesrepublik.

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee fordert von der Bundesregierung die sofortige Einstellung jeglicher politischen Schützenhilfe und materiellen Unterstützung für Israel und die unverzügliche Beendigung der Kooperation auf militärischem Gebiet.

Die Bundesregierung muß einen konkreten und konstruktiven Beitrag zur Verwirklichung der Resolution des UN-Sicherheitsrates leisten.

In der gemeinsamen Erklärung über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, in der Bundesrepublik heißt

es: "Beide Seiten stellten mit Besorgnis fest, daß die gefährlichen Spannung im Nahen Osten andauert und unterstrichen die Notwendigkeit einer Lösung der damit zusammenhängenden Probleme in Übereinstimmung mit der EntschlieÙung des Sicherheitsrates der Organisation der Vereinten Nationen vom 22. November 1967. Sie erklärten, daß sie alle Bemühungen unterstützen werden, die auf die Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten gerichtet sind." Die Bundesregierung muß dieser Erklärung glaubwürdige Taten folgen lassen (...)

Wir fordern die sofortige Aufhebung des Verbots der fortschrittlichen palästinensischen Organisationen G U P S und G U P A.

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee appelliert an alle fortschrittlich den-

kenden Menschen in unserem Land, durch die Entwicklung vielfältiger Aktivitäten ihre Entschlossenheit zu bekunden, zur Durchsetzung einer politischen Lösung des Nahost-Konflikts auf der Grundlage der umfassenden Verwirklichung der UN-Resolutionen vom 22.11.1967 und vom 4.11.1970 beizutragen.

Wir fordern auf zur Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in Israel und ihrem Kampf gegen Zionismus und Militarismus, für einen gerechten Frieden ohne Annexionen.

Wir fordern auf zur Solidarität mit der arabischen Befreiungsbewegung. Wir unterstützen den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes.

Für nationale Rechte und soziale Befreiung.

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!"

Israel

Ruth Lubitz

Zur zionistischen Politik der „Umsiedlung“

In diesem Artikel werde ich die Probleme der "Umsiedlung" behandeln, die ein untrennbarer Bestandteil der zionistischen Ideologie und Praxis ist. Meiner Ansicht nach kann man nur dann die "Übergriffe" in der Politik der Regierung bekämpfen, wenn man dieser Frage auf den Grund geht. Derjenige, der diese Meinung nicht teilt, gleicht einem Arzt, der das Fieber seines Patienten bekämpft, anstatt seine Krankheit selbst zu heilen.

In der letzten Zeit hat sich die Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern der Besetzung und aller verurteilenswerten Handlungen der Regierung und den Gegnern dieses Vorgehens zugespitzt; es geht dabei um die Dörfer Biram und Iqrit, um Aqraba und Rafah.

An der Spitze derjenigen, die die von der Regierung verfolgte Politik der Besetzung und der Gewalt unterstützen, steht Y.BEN-PORAT, der der "Bewegung für das ganze Land Israel" angehört. Ben-Porat äußerte sich z.B. sehr offen in folgender Weise: "Wahr ist, daß es keinen Zionismus, keine Besiedlung und keinen Staat Israel gibt ohne die Umsiedlung von Arabern und ohne die Beschlagnahme und anschließende Verteidigung bestimmter Gebiete".

Diese Äußerung hat in der Presse ein breites Echo gefunden. DANNIE RUBINSTEIN schrieb in der Tageszeitung "Davar" (17.Juli 1972): "Jahrzehntelang hat man in unseren Schulen gelehrt und tut es heute noch..., daß die zionistische Bewegung in diesem Land Gebiete gekauft und für sie bezahlt hat. Viele Jahre lang ist es der Stolz und die Rechtfertigung der zionistischen Siedler gewesen, daß sie die palästinensischen Araber nicht beraubten."

Was ist die Wahrheit ?

Wir werden uns hier kurz mit dem Problem der "Umsiedlung" befassen, die ein wichtiger Bestandteil des Zionismus ist, und zwar mit der Umsiedlung vor der Gründung des Staates Israel, im Staate Israel und in der jüngsten Epoche, der Epoche der Besetzung arabischer Territorien im Junikrieg 1967.

Die erste Epoche der Umsiedlung

In dieser Epoche fanden umfangreiche Vertreibungen statt. Die zionistischen Organisationen gelangten in den Besitz ausgedehnter Landflächen. Die britische kolonialistische Mandatsregierung ging gemäß der Agrargesetze vor, die es vom osmanischen (türkischen) Regime übernommen hatte. Diese Gesetze ermöglichen es, Land von den Großgrundbesitzern und Effendis zu kaufen und die Fellachen zu vertreiben, die das Land urbar gemacht hatten und ihren Lebensunterhalt daraus bezogen. Die zionistischen Organisationen sahen in der Erwerbung von Grund und Boden die Voraussetzung dafür, sich in diesem Land festsetzen zu können. Sie waren nicht zimperlich bei der Wahl der Mittel und Wege zur Beschaffung von anbaufähigen Gebieten, auch wenn das die Vertreibung von Tausenden von Pächtern und Fellachen von dem Land bedeutete, auf dem sie seit Generationen gelebt hatten. Dies wurde von einem der zionistischen Führer, nämlich DR.A.RUPPIN, einem Spezialisten für Agronomie und Siedlungswesen in der Jewish Agency, bezeugt (in einem geheimen Memorandum, das der Jewish Agency 1930 vorgelegt wurde):

"Land ist das allerwichtigste für die Ansiedlung in Palästina. Da es in Palästina fast kein anbaufähiges und unbewohntes Land mehr gibt, müssen wir in jedem Falle, wenn wir Land kaufen und besiedeln, die Bauern, die es bis jetzt bebaut haben, entfernen, seien sie Eigentümer oder Pächter des Landes. Bis jetzt haben wir relativ dünn besiedeltes Land gekauft, und wir haben uns so weit als möglich darum bemüht, die Araber finanziell zu entschädigen. Trotzdem ging unsere Sache nicht ohne Schwierigkeiten voran, weil das Geld nicht in die Hände derer gelangte, die wirklich den Boden bebauten, sondern in die der Großgrundbesitzer". Dr. Ruppin widerlegte auch die Behauptungen von Ben-Gurion und anderen, daß nur unbebautes Land gekauft wurde, und zwar von solchen Fellachen, die zu verkaufen wünschten. 1929 erklärte er vor der Shaw-Kommission (Untersuchungskommission, die die britische Regierung nach der arabischen antibritischen und antizionistischen Rebellion nach Palästina schickte):

"90 % des bestellbaren Bodens wurden von arabischen Großgrundbesitzern gekauft und nur 10 % von den Fellachen. 1928 besaßen etwa 30 % der Landbevölkerung kein Land". Dies ist ein interessantes Zeugnis, das die Legende von der "humanen" Umsiedlung zerstört. DR. I. THON, einer der Vorsitzenden der "Hervrat Haksharat Hayishuv" (Gesellschaft zur Vorbereitung der Ansiedlung) gab einer geheimen Untersuchungskommission im September 1940 folgende Auskunft: "In der jüdischen Öffentlichkeit ist die falsche Vorstellung verbreitet, daß unsere Landkäufe das ganze arabische Volk bereichert hätten. Dies trifft nicht zu. Es ist nicht so, daß wir von jedem Fellachen 5 dunam kaufen und ihm dadurch die Möglichkeit geben, seinen Hof zu entwickeln; vielmehr kaufen wir 80 % unseres Landes - und vor einiger Zeit waren es 90 % - von reichen Einzelpersonen".

Viele Tatsachen beweisen, daß die Fellachen von ihrem Land verjagt wurden. Wir führen noch als Beispiel Emek Yezreel an, das im Jahre 1925 von den zionistischen Institutionen erworben wurde:

Emek war eine der fruchtbarsten Gegenden des Landes. Seine Fläche beträgt 400 000 dunams (40 000 ha oder 100 000 acres), von denen 372 000 bestellbar waren. Emek wurde von der Sursuk-Familie, die in Beirut lebte, für 726 000 palästinensische Pfund gekauft (ein palästinensisches Pfund entsprach im Wert einem Pfund Sterling). Sursuk selbst hatte diese Ländereien für 18 000 Pfund von der

türkischen Regierung gekauft. Tatsächlich hatte er nur 6 000 Pfund bezahlt. Es ist ganz offensichtlich, welche Profite dieser Effendi eingesteckt hat.

Und was geschah mit den Fellachen - den arabischen Pächtern ?

In den Dörfern von Emek Yezreel lebten 1 270 Familien arabischer Pächter. Die zionistischen Institutionen zahlten all diesen Pächtern insgesamt 30 000 Pfund, d.h. jede Familie erhielt im Durchschnitt eine Entschädigungssumme von etwa 24 Pfund. Die zionistischen Institutionen empfahlen den arabischen Fellachen, für diese Summe andere Landparzellen zu kaufen, zu intensiver Bebauung überzugehen, zu bewässern usw...

Ein weiteres wohlbekanntes Beispiel ist die im Jahre 1929 vorgenommene Inbesitznahme von Ländereien im Gebiet von Wadi Hawarek, das jetzt "Emek Hefer" heißt. Damals wurden etwa 2 000 Fellachen enteignet.

Die Bauernfamilien verteidigten das Land, das sie bebaut hatten, mit bloßen Händen. Zionistische Stoßtrupps und britische Polizisten, die den Landkäufern zu Hilfe eilten, "kämpften" gegen alte Männer, gegen Kinder und Frauen. Es gab blutige Zusammenstöße.

ELIEZER LIVNEH erinnert in seinem Artikel "Zionismus und Umsiedlung" (am 6. August 1972) in der Tageszeitung "Ha'arets" an diese Ereignisse. Er schreibt, daß die PCP, die Kommunistische Partei Palästinas, die Araber dazu aufgerufen habe, sich ihrer "Umsiedlung" durch die "Zionisten" zu widersetzen. Die Wahrheit ist, daß die Fellachen und Pächter aus eigener Kraft gegen die Vertreibung kämpften und die Kommunistische Partei sie in ihrem gerechten Kampf unterstützte. Diese Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt in Zusammenstößen zwischen Arabern und Juden und auch zwischen Arabern und den Briten, die immer Partei für die zionistischen Landkäufer ergriffen.

Für all jene naiven Personen, die glauben, daß die zionistischen Organisationen nicht nur kamen, um das Land aufzubauen, sondern auch, um den Arabern zu helfen, sie in ihrer Entwicklung zu fördern und ihnen zu zeigen, daß es möglich ist, im Frieden zusammen zu leben, sei hier zitiert, was YITZHAK BEN-ZVI (einer der Führer der Mapai ¹⁾ und später Präsident des Staates Israel) einer geheimen Untersuchungskommission im März 1940 erklärte:

"Wir brauchen uns nicht mit theoretischen Vorstellungen zu befassen, die an einer Entwicklung der Araber orientiert sind. Ich bin nicht an einer Entwicklung der Araber inter-

essiert". Und weiter sagte er: "Das wichtigste ist, daß die Juden in der Lage sind, zu beweisen, daß sie in einer Art und Weise vorgehen können, die den Arabern keinerlei Nutzen bringt; das wird effektiver sein als 48 Propheten, die Prophezeiungen über eine Zusammenarbeit mit den Arabern machen."

In der gleichen Weise äußerte sich Dr. Ruppin im Februar 1940 vor einer Untersuchungskommission:

"Vorläufig bewässern wir unser eigenes Land und ziehen das der Araber nicht in Betracht. Aber es gibt beispielsweise in Beisan (Beth-Shan) Gebiete, in denen gemeinsame Projekte möglich wären. Ich möchte Ihnen jedoch nicht die Gefahr verschweigen, die einem solchen Verfahren innewohnen: Solange das Land nicht bewässert ist, haben wir die Möglichkeit, es zu kaufen. Nach der Bewässerung wird es wesentlich schwieriger sein".

„Laßt nicht zu, daß sie sich festsetzen!“

Die Landvertreibungen waren nur ein Teil der chauvinistischen antiarabischen Politik der Zionisten.

Arabische Arbeiter, die bei jüdischen Unternehmern beschäftigt waren, wurden mit dem "patriotischen" Slogan "Eroberung der Arbeit" von ihren Arbeitsplätzen vertrieben.

Auf den Märkten wurde das "patriotische" Motto: "Kauft nur hebräische Waren" ausgegeben und Kerosin über arabische Landwirtschaftsprodukte gegossen.

MENACHEM USSISHKIN, einer der Begründer des Zionismus, äußerte sich in zynischer Weise folgendermaßen: "Wir fördern ausschließlich hebräische Arbeitskräfte und hebräische Produkte, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß wir die Araber nicht stärken und es ihnen nicht ermöglichen sollten, sich in diesem Lande festzusetzen". (Erklärung vor der geheimen Untersuchungskommission der Jewish Agency zur Frage der jüdisch-arabischen Beziehungen im März 1940).

Das ist die Wahrheit über die zionistische Praxis. Diejenigen, die sie ausführten, handelten gemäß der reaktionären zionistischen Ideologie, die besagte: "Ein Volk ohne Land kehrt zurück in ein Land ohne Volk", und gemäß der messianischen Doktrin, daß "in diesem Lande keine Fremden leben sollen".

Die Vertreibung geht weiter

Nach der Gründung des Staates Israel änderte sich nichts an der traditionellen Poli-

tik des Zionismus. Der Zionismus ändert seinen Klassencharakter nicht, auch wenn seine Sprecher Führer zionistischer Arbeiterparteien sind. Neuerdings wird diese Politik unter dem Vorwand der "Sicherheit" betrieben. Jede "Umsiedlung" wird mit der "Festigung" und der "Verteidigung" der Landesgrenzen begründet.(...)

Wer sind diese Flüchtlinge ? Wo leben sie ? Wer lebt auf dem Land, das man ihnen genommen hat ?

NAHMAN FABIAN hat in seinem Artikel (veröffentlicht in "Ha'aretz" am 28. Juli 1972) einige Einzelheiten über diese Fragen zusammengestellt, aus denen hervorgeht, daß allein in Galil (Galiläa) am Ende der britischen Kolonialherrschaft 175 arabische Ortschaften existierten. Er stützt sich bei diesen Angaben auf Daten einer ethnographischen Karte, die im Jahre 1944 der anglo-amerikanischen Untersuchungskommission vorgelegt wurde. Im Jahrbuch des Staates Israel für 1954/55 werden für Galiläa nur 60 arabische Ortschaften mit 18 000 Einwohnern registriert. In den Unterlagen über die Landregistrierung kann man heute finden, daß von den früheren Einwohnern "aufgegebener" Dörfer 5 000 im Staate Israel geblieben sind. Heute wird die Zahl dieser Flüchtlinge auf 10 000 geschätzt. Sie lebten früher in Dörfern, die sie gezwungenermaßen verlassen mußten. Das gestohlene Land dieser Fellachen wurde jüdischen Siedlungen oder dem KKL (Jüdischer Nationalfonds - die zionistische Hauptinstitution für die Beschaffung arabischen Landes mit allen Mitteln) übereignet, der in diesen Gebieten Wälder anpflanzte.(...)

In "Israel und die palästinensischen Araber", einem Buch von DON PEREZ, finden wir Angaben, die sich auf arabische Dörfer im ganzen Staat Israel beziehen. Seit der Staatsgründung im Jahre 1948 wurden, so schreibt er, 370 jüdische Siedlungen gegründet, von denen 350 auf dem Land "abwesender" Araber eingerichtet wurden.

So sehen die schockierenden Tatsachen über die zerstörten arabischen Dörfer aus. Dies ist die Wahrheit über Landraub und Enteignung der Besitzer. Es ist nicht schwierig, sich die Leiden der Flüchtlinge vorzustellen, die von ihrem Land vertrieben und deren Häuser zerstört wurden. Diese Flüchtlinge haben niemals die Hoffnung auf Rückkehr in ihre Dörfer aufgegeben, und in den letzten 25 Jahren wurden von ihnen den Gerichten viele Klagen auf Rückkehr in ihre Dörfer vorgelegt. Kürz-

"Es ist Zeit, daß man endlich sieht, wer wirklich den Geist des Antisemitismus und das ganze Instrumentarium geerbt hat, das der Hitlerfaschismus ausgebildet hat." (Der österreichisch-jüdische Schriftsteller Erich Fried über diese Karikaturen der zionistischen Zeitschrift "Schofar"/XIV)

SCHOFARELLA



ICH BIN
SCHOFARELLA
SUPERFRAU;
ICH HABE
VIELE GEGNER

Zum Beispiel:



IVAN

der Mann, der einst Europa vom
faschistischen Joch befreit hat,
um sein eigenes zu etablieren.
Er mag Juden nicht, und tut ihnen viel
Böses, um seine eigenen Probleme zu
VERTUSCHEN....

oder auch:



PiPi,

der unreflektierte
lutionär, der zu
Zeug wurde, und
latent-atavisch =
Antisemitismus
Deckmantel des

ES GIBT KEINEN
GOTT UND
MAD IST
SEIN
PREZIET!

Pseudorevo-
IVANs Werk-
sagen
schen
unter dem
Antisemitismus
verbirgt.

Aber auch



TIBOR, der alte Nazi und heute
Reisegruppenführer nach Jordanien
und Ägypten, ist nicht gerade
mein Freund zu nennen,

ebenso wie:



HORST-JÖRG, sein Schüler,
der sich liberal gibt und
dafür zum KLH ging.
(KLH = Kreis liberaler Hochschul-
ler)

IN UNSEREN BREITEN KNOTZEN
AUCH



HASSAN

UND SEINE FREUNDE UMHER.
ANSTELLE SICH DEM STUDIUM DER
BOUENKULTUR, MEDIZIN o... ZUR HILFE
SEINES VOLKES ZU WIDMEN, WILL ER
PYROTECHNIKER UND FLUGZEUGLOTSE
SPIELEN. SCHADE.....

UM SEIN TALENT, ERHÄTTE.....

... SCHAUSSPIELER WERDEN SOLLEN.



BESONDERS ZUM KOTZEN ABER
FINDE ICH



... EBENSO WIE



VERGESSEN WIR NICHT GENOSSEN
KARL,
obwohl
ehemaliger
KZ-Häftling, heute
Antisemit und
Gewalttäter
im Dienste
der Intoleranz.



GABI, DEN
JUDEN, DER SEINE
GESELLSCHAFTS-BEDINGTEN
SEXUALKOMPLEXE IN MILITÄR
ANTIZIONISTISCHEN KOMMUNEN
AUSSCHLEIMT, IHM WÜNSCHE ICH

GUT SYPH!

LOFFIKE
"BLACK
IST
BISTIFUL"
von Jerry?



TRIPPIA,
DIE WEGEN IHRER
FAMILIÄREN REPRESSION
AUS DEN KLEIDERN
IN DIE ROTE
GASSE SPRANG.
IN IHRER LIBIDO
HAT SIE VERGESSEN,
WIE SITUATION
RATIONELL ZU VER-
ARBEITEN. ABER:
IN DER HORIZONTALEN
DENKT S' SICH
SCHLECHT!

DER "LIEBSTE" ABER IST
MIR
JOLLY,
DER
"ANTI-
RADIKALINSKI"
DER BRAVE,
"BÜRGERLICHE",
JÜDISCHE
ONKEL TOM,
DER SICH "JOLLY" NENNT, WEIL
MOSES ZU JÜDISCH KLINGT.



lich haben die Einwohner der Dörfer Quaikat, Miar, Ghabsiye und Kufr Damoun von der israelischen Regierung verlangt, in ihre Dörfer zurückgebracht zu werden. Von daher ist die Furcht der Regierung davor zu verstehen, den Flüchtlingen aus den Dörfern Biram und Iqurit, die die Pioniere in diesem Kampf sind, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Die Entscheidung der Regierung, keinen Präzedenzfall zu schaffen, hat in weiten Kreisen der Öffentlichkeit scharfen Widerspruch gefunden. Im folgenden sei beispielhaft die am 3. August 1972 in "Ot", dem Organ der "Arbeiterpartei" (der führenden Partei der Regierungskoalition) von David Shaham abgegebene Stellungnahme zitiert:

"Ohne Zweifel wirken Präzedenzfälle konsolidierend... Aber um solcher Präzedenzfälle wegen darf ein Rechtsstaat keinesfalls Unschuldige opfern. Wenn es die Gerechtigkeit erfordert, sollte man Präzedenzfälle zurechtbiegen und sogar ignorieren, um auf diese Weise schreckliche Ungerechtigkeit zu vermeiden".

Umsiedlung zur Zeit der Besetzung

Die Besetzung nach dem Junikrieg 1967 bezeichnet eine Periode noch brutalerer Umsiedlung und Unterdrückung; seinen letzten Ausdruck fand dies darin, daß die Felder des Dorfes Aqraba in der Absicht vergiftet wurden, dort später eine jüdische Siedlung zu errichten, deren Name sogar schon feststand: Tel-Tal.

Seit der Besetzung sind in den besetzten Gebieten etwa 40 Siedlungen errichtet worden, und die Behörden fahren damit fort.(...)

Die Regierung hat kürzlich beschlossen, im Südteil des Gaza-Streifens 4 Städte und einen neuen Hafen zu bauen. Der wirtschaftliche und soziale Charakter der Bevölkerung Jerusalems wird ständig und hastig verändert. Es gibt einen Plan für die Gründung weiterer Siedlungen. Strategische Straßen werden in fieberhafter Eile gebaut, um die neuerrichteten Siedlungen zu schützen. Die Gründung jüdischer Siedlungen hat die Umsiedlung von weiteren Tausenden arabischen Einwohner und den Diebstahl ihres Landes zur Folge.

Von den Golan-Höhen wurden die Einwohner, die dort nach dem Juni-Krieg geblieben waren, vertrieben, mit Ausnahme der Einwohner einiger Drusen-Dörfer. Bewohner des Westufers wurden gewaltsam auf das Ostufer des Jordans vertrieben und ihre Häuser zerstört. Die Greuel, die im Gaza-Streifen in Vorbereitung der Annexion durch Israel deren Einwohnerzahl

verringern sollten, sind noch in deutlicher Erinnerung. Tausende von Flüchtlingen, Frauen und Kinder, brachte man gewaltsam und brutal zum Westufer und von dort zum Ostufer. Die Durchführung dieser Massenvertreibung erfolgte unter der Bezeichnung "Verdünnung". In arabischen Städten wurde Land beschlagnahmt und darauf jüdische Stadtviertel errichtet. Zusätzlich zu den palästinensischen Flüchtlingen von 1948 sind seit dem Krieg mehr als eine halbe Million neuer Flüchtlinge hinzugekommen. Vor dem Juni-Krieg gab es am Westufer 1,5 Millionen Einwohner - heute (Ende 1971) nur noch eine Million, Jerusalem inbegriffen. Außerdem leben 382 000 Menschen im Gaza-Streifen und in Nord-Sinai.

Bekanntlich weigerte sich die israelische Regierung, die Resolution des UN-Sicherheitsrates auszuführen, nach der den Einwohnern, die während des Krieges ihre Heimat verlassen hatten, die Rückkehr in ihre Wohnstätten zu gestatten sei. Während der 5 Jahre der Besetzung ließen die israelischen Besatzungsbehörden etwa 6 400 Häuser in den Flüchtlingslagern zerstören. Allein im Flüchtlingslager von Jebeliya wurden mehr als 1 000 Häuser zerstört. Die Regierung hat Tausende dunam Land beschlagnahmt. In Hebron, im Gaza-Streifen, im Gebiet zwischen Rafah und Khan-Younis wurde Land, das arabischen Bauern gehörte, beschlagnahmt. Wirtschaftlich hat die israelische Regierung die besetzten Gebiete in eine israelische Kolonie verwandelt. Einige Leute möchten das grausame Besatzungsregime als notwendige Sicherheitsmaßnahme rechtfertigen. Kriegsminister M. Dajan hat jedoch bescheinigt, daß die kolonialistische Besiedlung in den besetzten Gebieten keine Bedeutung für die Sicherheit hat und daß "am bedeutendsten und schwerwiegendsten die Schaffung politischer Tatsachen ist" ("eine neue Landkarte - neue Verhältnisse"). Premierminister G. Meir hat ebenfalls erklärt, daß "wir von keinem Ort mehr weichen werden, wo wir irgendeine Art von Siedlung errichtet haben". M. Dajan sagte ebenfalls, daß "wir uns auch in den (besetzten) Gebieten als dauerhafte Regierung zu betrachten haben".

Die "dauerhafte" Regierung Dajans in den besetzten Gebieten begeht "dauernde Verbrechen", um den Kampf der Flüchtlinge gegen die Besetzung zu unterdrücken und um ihnen ihre Rechte zu verweigern. Alle diese Aktionen bedeuten einen schweren Verstoß gegen die Genfer Konvention von 1945.

Diese Politik in den besetzten Gebieten ist eine Folge der durch den Zionismus betriebenen

Politik der Umsiedlung und der Schaffung "vollendeter Tatsachen".

Wir und Sie

"In den 100 Jahren seit dem Beginn der neuen Rückkehr nach Zion ist die Wiedererstehung des Volkes in zwei Prozessen erfolgt - Ansiedlung und Erweiterung der Grenzen...".

"Kein Jude darf sagen: Halt! Wir nähern uns dem Ziel." Dieser Prozeß wird andauern - sagte M.Dajan. (Laut der Tageszeitung "Lamerhav" vom 7. Juli 1972).

Die Position von M.Dajan, Ben-Porat und der Abteilung "das ganze Israel" ist "entweder sie oder wir", und sie versichern: "Wir !" Diese Position ignoriert die historische Entwicklung, welche Palästina zur Heimat zweier dort lebender Völker gemacht hat. Beide Völker haben nationale Rechte, und das Recht eines Volkes widerspricht nicht dem Recht des anderen, im Gegenteil - als brüderlich verbundene Völker haben sie eine wichtige Aufgabe, nämlich zusammen gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, zu kämpfen, dessen Wunsch immer 'Teilen und Herrschen' war.

Zu dieser Frage hat Genosse M.VILNER einen Artikel geschrieben, der in einer Schrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der kommunistischen Partei dieses Landes veröffentlicht wurde:

"Unsere kommunistische Partei hat den Unabhängigkeitskrieg des Staates Israel, der ihm vom britischen Imperialismus und seinen Gefolgsleuten aufgezwungen wurde, unterstützt, und zu gleicher Zeit haben wir uns den zionistischen Expansions Tendenzen widersetzt, die auf die Liquidierung der Rechte des palästinensischen arabischen Volkes gerichtet waren".

"Das israelische Volk darf nicht mit der israelischen Regierung gleichgesetzt werden. Das israelische Volk darf nicht mit dem Zionismus gleichgesetzt werden. Das Problem ist: Was für ein Staat wird der Staat Israel sein? Wird er ein pro-imperialistischer Staat sein, in dem amerikanische Monopole herrschen, ein aggressiver Staat, der die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen arabischen Volkes leugnet, ein Staat, der nach territorialer Expansion und Annexion trachtet - wie es heute der Fall ist - oder ein wirklich unabhängiger Staat, ein antiimperialistischer, friedliebender Staat, ein Freund und Bruder des palästinensischen arabischen Volkes und des ganzen arabischen Ostens? Das ist die entscheidende Frage, die eine korrekte und realistische Antwort verlangt."

Die Antwort, welche die reaktionäre Ideologie der jüdischen Bourgeoisie und ihre Praxis geben, die von den israelischen Führern ausgeführt wird, ist eine Politik, die den Weg bereitet für das Anwachsen des Faschismus in Israel, für die gegenwärtige Verwandlung Israels in einen Apartheidsstaat, diese Politik bedeutet eine Gefahr für den Charakter Israels und für seine Zukunft.

Dem Slogan "entweder wir oder sie" setzen die Kommunisten entgegen: "wir u n d sie."

Daher appellieren wir an alle, die ein Gewissen haben, die die "Übergriffe" erschreckt haben (mehrere besonders grausame Aktionen in den besetzten Gebieten wurden - nach breiten Protestaktionen der israelischen und der Weltöffentlichkeit - von offiziellen Kreisen als "Übergriffe, für die vermutlich einzelne Offiziere etc. verantwortlich seien", bezeichnet), wir appellieren an alle, die sich um demokratische Verhältnisse bemühen, an alle Gegner der Besetzungen, an alle Gegner der Regierungspolitik, eine vereinte Front für den Frieden aufzubauen.

Einige fragen: "Wie wollt ihr eine Front für den Frieden mit Zionisten errichten ?" Unsere Antwort lautet: Wir führen einen politisch-ideologischen Kampf gegen den Zionismus. Aber die israelische Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft, und das ist der Ausgangspunkt für die Strategie und Taktik unserer Partei. Wir sind sicher, daß mit der Vertiefung der Klassenhaltung und des Klassenbewußtseins in der israelischen Gesellschaft der Prozeß der Befreiung von der zionistischen Ideologie viele Menschen erfassen wird. Viele Personen und Kreise betrachten sich als Zionisten, aber sie haben gleichzeitig eine humanitäre Einstellung, und es gibt unter ihnen Leute, welche wichtige konkrete Kämpfe im politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Bereich führen. Um diese Kämpfe vorwärts zu treiben, ist es notwendig, in konkreten politischen und sozialen Fragen zusammenzuarbeiten und damit den Kampf für Frieden, Demokratie und Fortschritt voranzubringen. Auch wenn eine solche Front für den Frieden nicht in der Lage sein sollte, die Politik der Regierung sofort zu verändern, kann sie - auch schon in ihrem Anfangsstadium - gefährliche Schritte der Regierung aufhalten. Eine Front für den Frieden, die sich ohne antikommunistische Vorbedingungen zusammenschließt, die aktiv und mutig ist, kann große Volksmassen anziehen und in unserem Lande eine breite und starke öffentliche Meinung schaffen, die für die Verhinderung von "Übergriffen", für die Aufhebung der Besetzung und für eine Veränderung der Regierungspolitik arbeiten und es ermöglichen wird, einem gerechten und dauernden Frieden näherzukommen.

(Quelle: "Zo Haderek", 9.8.1972, in: Information Bulletin Communist Party of Israel, Nr. 8-9/1972.)

Anmerkung d.Red.:

1) Mapai = "links"-zionistische Arbeiterpartei gegr. 1969. Die Mapai vertritt die aggressiven Ziele des Zionismus. Vorsitzender ist Pinhas Sapir, Finanzminister der gegenwärtigen israelischen Regierung.

Felicia Langer

Die Autorin Felicia Langer ist Rechtsanwältin in Israel und wurde durch ihre Enthüllungen über die brutale israelische Besatzungspolitik international bekannt. Ihr Engagement gilt insbesondere der Verteidigung der unterdrückten, entrechteten palästinensischen Araber in den okkupierten Gebieten. Felicia Langers Anklage richtet sich ebenso gegen den Terror der israelischen Aggressions- und Annexionspolitik wie gegen die politische und physische Verfolgung fortschrittlicher Juden.

Wer andere einsperrt, baut an seinem eigenen Kerker

"Rache ist das Vergnügen der Götter" - pflegten die Griechen zu sagen. Ich erinnerte mich an dieses alte Sprichwort, als der Ruf nach dem "Gott der Rache" im Knesset, dem israelischen Parlament, laut wurde. In der Tat gibt es nichts Neues unter der Sonne. Nur, daß die heutigen Vergnügen ausgefeilter sind. Sie benötigen Flugzeuge, die modernsten Tanks, Napalmbomben, und wenn einer Wert darauf legt, "gründliche Arbeit" zu leisten, schließt es auch den Gebrauch von Bulldozern ein, um dem Werk den letzten Schliff zu geben.

Der Fortschritt der heutigen Rache, die das ständige Vergnügen der Bewohner unseres eigenen Olymps ist, liegt darin, daß man sie fotografiert und simultan darüber berichtet, anders als in der Vergangenheit. Daß, zumindest als Zuschauer, ein beträchtlicher Teil der Bürger daran teilnehmen und ihnen damit sogar ein Freizeitgeschenk anboten werden kann; Du betätigst die Knöpfe des Fernsehapparates und hörst "unseren Militär-Korrespondenten", der die "Operation" im Libanon begleitet hat, damit Du in Deinem Wohnzimmer bloß nichts zu vermissen brauchst. Er erklärt Dir in reinstem Hebräisch alle Vorgänge wie ein Lehrer seinem Schüler, indem er sich Mühe gibt, Dich an den Wundern seiner Erlebnisse zu beteiligen. Du siehst Kolonnen von Tanks, rauchende Felder, sehr junge Soldaten, die mit Stiefelritten die Haustür irgendeines Dorfbewohners im Libanon aufbrechen und "sanft" eine Handgranate hineinrollen lassen. Später wird der Zünder mit einer Batterie verbunden, denn das Haus ist zur Zerstörung ausgewählt worden. Du hörst, dies sei ein "Terroristen-Lager". Und dann gibt es eine "Panne"... Unser Korrespondent bittet um Entschuldigung und fügt traurig hinzu: "Unglücklicherweise können wir Ihnen die Zerstörung des Hauses nicht zeigen." ... Im Hintergrund erscheint ein junger Soldat, der ein Abzeichen mit einem Schädel auf seiner Militärjacke trägt. Es würde mich interessieren, ob er weiß, wer dieses Zeichen vor zwei Jahrzehnten in Europa trug.

Denke nicht, das wäre das Ende der Unterhaltung. Der Stabsoffizier besänftigt Dich, dies sei nur ein Tropfen und der Krug sei noch nicht

gefüllt - darauf sei die Antwort noch nicht erfolgt.

Am nächsten Tag wirst Du hören, daß bei der Operation der Israelischen Armee im südlichen Libanon, die Du am vorherigen Abend im Fernsehen miterleben konntest, 120 Männer, Frauen und Kinder ermordet worden sind (weil diese Schurken von Terroristen aus der Gegend verschwunden waren...); 150 Häuser wurden zerstört, und ein Strom von Flüchtlingen bewegt sich von den zerstörten Plätzen ins Innere des Landes. Drei unserer eigenen jungen Soldaten verloren ihr Leben; diese Toten und die Verwundeten sind der notwendige Preis für das eindrucksvolle Vergnügen, ohne das unsere Götter nicht leben können. Dieser Preis wird wieder und wieder von Dir gefordert, zahle schneller, zahle schneller.

Ich werde nie den Jungen von Jericho vergessen, Opfer einer Napalmbombe. Er zeigte, was von seiner Hand übriggeblieben war, nachdem das Zivilfahrzeug seiner Familie 1967 von unseren Flugzeugen bombardiert worden war. Seine Brüder und Schwestern, wie auch seine Mutter wurden vor seinen Augen getötet. Nur er und sein Vater überlebten - der Vater verlor den Verstand. Später - im Alter von 15 Jahren - wurde dieser Junge verhaftet, weil er verdächtigt wurde, gegen die Besatzungsmacht gehandelt zu haben. Ich erinnerte mich dieses Jungen, als die Massenmedien berichteten, wie ein ziviles Auto, Marke "Mercedes", vollbesetzt mit Passagieren von einem israelischen Armeetank während der letzten Aktion im südlichen Libanon zermalmt wurde. Keiner der Passagiere überlebte...

Tausende von Gefangenen, Gegner der Räuberei und der Besetzung, siechen in den Kerkern der Okkupanten dahin. Es ist nicht nur ihr Körper, sondern auch ihr Geist, den die Besatzungsmacht zu unterdrücken versucht. Wie schwer es ist, menschliche Würde im Gefängnis zu bewahren, wo Mut als unverzeihbares Verbrechen betrachtet wird und das stinkende Loch der Isolierzelle einen erwartet.

Die Gefangenen in Ber-Sheba sind gezwungen, Blumen in schönen Beeten zu pflanzen, die einen

Rasen einrahmen, über dem stolz die israelische Flagge weht, während alle Anstrengungen unternommen werden, ihre eigenen Flaggen auch noch in ihren Herzen auszulöschen. Im Gaza-Gefängnis bauen die Inhaftierten ein "sukka" (1) für die Feiertage ihrer Wärter, die auf gemeine Art den Gott und die Religion derjenigen verdammen, die diese "sukka" errichteten.

Die Moslems werden sogar von ihren heiligen Gotteshäusern in Hebron ferngehalten. Das geschieht auf einfache Weise: "Siedler" nahmen die Schlüssel der Gotteshäuser fort... Ich sah diese "Siedler" - eitel, zufrieden, denn sie sind ja die "Auserwählten". Und ich fühlte, welches Verbrechen sie begingen, vor allem gegen unsere eigenen Leute.

Im Land Hebron wurde die "Kiryat-Arba" (die Wohnsiedlung der israelischen Besatzungssiedler) unter dem Schutz und mit Hilfe der israelischen Regierung erbaut. Ich sah diese Siedlung, als sie sich auf ihrem ersten Platz und noch in den Anfängen befand, als die jetzigen Bewohner noch Zuflucht im Schatten der Gefängnismauern innerhalb des Hofes der Militärverwaltung von Hebron suchten. Ihre Kinder, die im Geist der Zehn Gebote erzogen sein sollten, spazierten zum Klang der rasselnden Ketten der Bewohner von Hebron umher, die vom Gefängnis zum nahe gelegenen Militärgericht geführt wurden. Ein Teil der "Siedler" vergnügte sich daran, die Gerichtsverfahren zu beobachten, wenn den Widerstandskämpfern Hunderte von Gefängnisjahren auferlegt wurden, nur weil sie in ihrer eigenen Stadt leben wollten ohne irgendwelche Okkupanten und "Siedler". Diese Urteile werden auch heute noch ausgesprochen, aber die "Siedler" sind in ihre ständigen Wohnungen, in schöne Steinhäuser, umgezogen, umgeben von Rasenflächen und bunten Blumen.

Die Kirya (die Siedlung der "Siedler") ist eine Miniatur-Festung, die in Übereinstimmung mit militärischen Erfordernissen geplant wurde. Das ganze Gebiet ist von einem hohen Drahtzaun umgeben und in regelmäßigen Abständen sind Wachtürme angebracht, die mit Suchscheinwerfern ausgerüstet sind. Man muß die Kinder bedauern, die von ihren Eltern dorthin gebracht wurden - in ein gestohlenen Land, in solch ein Gefängnis. Denn einer, der andere Leute einkerkert, ist aus Furcht vor deren Feindschaft gezwungen, sich selbst in einer Festung abzuschließen.

Ich habe Gaza gesehen, diese schon seit langem leidende Stadt, die die "Green Berets"(2) kennengelernt hat, die weißen Peitschen, die auf ihre Bewohner gerichteten Schüsse und die Bulldozer, die herbeigeschafft wurden, um die Zerstörung zu vollenden. Ich passiere das

Flüchtlingscamp von Al-Shatia, an der Küste von Gaza. Einer der Einheimischen zeigt mir eine gepflasterte Straße, die das Lager durchquert. "Siehst Du hier", sagt er, "hier standen Häuser, Hunderte von Häusern, die Wohnungen von Tausenden von Leuten, alles Flüchtlinge. Ihre Wohnungen wurden zerstört, um diese Straße zu bauen - eine Straße, die sie "Sicherheitsstraße" nennen. Ein Teil der Bewohner wurde in die West Bank umgesiedelt, und ein kleinerer Teil lebt weiterhin hier mit seinen Verwandten". Ich höre zu und rufe mir Golda Meir's Worte in Erinnerung: "Wir werden ein Maximum an Territorium mit einem Minimum an Leuten halten". Das Schlagwort von den "Sicherheitsstraßen" paßt genau dazu...

Ein junger Gefangener, Badr Daneh, verlor im Ramleh-Gefängnis seinen Verstand, aber sie ließen ihn nicht frei, um ihn behandeln zu lassen. Lutfieh vom Dorf Al-Bireh kann wegen einer Krankheit, die sie sich infolge ihrer Behandlung im Gefängnis von Neve Tirtza zugezogen hatte, was offiziell so beschrieben wird, als wäre es eine ganz normale Erziehungsanstalt, nicht mehr aufstehen. Sie schrie stundenlang, bat um Medikamente, aber keiner antwortete. Die Inhaftierten im Gaza-Gefängnis werden für jedes Wort geschlagen und in Isolierzellen geworfen, und die Gefangenen in Ber-Sheba bauen ihr eigenes Gefängnis mit eigenen Händen in die Einöde, und ihr einziger Lohn sind Flüche und Beleidigungen.

In den Flüchtlingslagern von Al-Shatiyeh, Aroub und Balateh, genauso wie in den bombardierten Lagern in Syrien und Libanon, wachsen die Kinder in Armut auf. Wer macht aus ihnen Feddayin?

Die Kette des Blutvergießens muß gebrochen werden, und das kann nur erreicht werden durch die Revidierung der schrecklichen Ungerechtigkeit. Es gibt keinen anderen Weg, wenn wir unsere Häuser nicht auf Minenfelder bauen wollen, wenn wir nicht wünschen, daß unsere Kinder töten und getötet werden.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Sukka: Eine Art Zelt, das die Juden zu religiösen Feierlichkeiten benutzen
- 2) Green Berets: Besondere israelische Kampftruppe mit Spezialausbildung gegen Widerstandskämpfer - nach dem Muster der im Vietnamkrieg eingesetzten amerikanischen Terrortruppen

(Quelle: "Zo Haderekh, 4.10.1972; in: Information Bulletin, Communist Party of Israel 10/1972)

Naher Osten

Peter Dietzel - Mitglied des Sekretariats des Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Asien, Afrika und Lateinamerika (ASK) - hatte Anfang Juni d.J. Gelegenheit, mit Youssef El Sebai ein Interview zu führen. Y. El Sebai ist Generalsekretär der Organisation für Afro-Asiatische Völkerfreundschaft (AAPSO) und Kultusminister der Arabischen Republik Ägypten.

Zentrale Fragen dieses Gespräches sind die gerechte Lösung des Nahost-Konfliktes, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und der Kampf der progressiven arabischen Staaten gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion.

Interview mit Youssef El Sebai

Frage: Die Arabische Republik Ägypten hat im Briefwechsel mit dem UN-Beauftragten Jarring und danach wiederholt ihre Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung auf der Grundlage der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom November 1967 erklärt. Wie schätzen Sie die aktuelle Möglichkeit zur Durchsetzung der UN-Resolution ein, und was wäre in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Solidaritätsbewegung aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt?

El Sebai: Ägypten hat seine Bereitschaft erklärt, den Beschluß des Sicherheitsrates durchzuführen und zwar aus dem Bemühen heraus, einen gerechten Frieden in diesem Gebiet zu sichern. Es ist klar, daß die Sicherheit in erster Linie davon abhängt, daß Israel sich von sämtlichen 1967 besetzten Gebieten zurückzieht und daß das palästinensische Volk das Selbstbestimmungsrecht über sein Land erhält. Israel allerdings hat alles unternommen, um diesen Beschluß zu sabotieren, sich in den okkupierten Gebieten festzusetzen und deren Kennzeichen so zu verändern, daß sie zu israelischen Gebieten werden. Israel hat sich weiterhin geweigert, Jarring positiv zu antworten, als er Ägypten und Israel aufforderte, ihre Haltung zum Sicherheitsratsbeschluß darzulegen. Israel widersetzt sich der UN und lehnt die UN-Beschlüsse ab. Ägypten dagegen hat mit allen Mitteln versucht, sein Streben nach einem gerechten Frieden zu beweisen. Israel jedoch - auf die Unterstützung der USA bauend - arbeitet weiter an der Verwirklichung seiner expansionistischen Pläne. Es hat bewiesen, daß es ein aggressiver, rassistischer Staat ist, der durch Aggression zur Expansion gelangen will. Daher ist Ägypten zu der Einsicht gelangt, daß es kein anderes Mittel gibt, als die besetzten Gebiete mit Gewalt zurückzugewinnen und einen Befreiungskrieg zu führen. Ägypten bereitet sich auf die totale Konfrontation vor, um seine Gebiete zurückzubekommen.

Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte ist es, die expansionistischen Ziele Israels zu enthüllen und die Regierungen der jeweiligen Länder davon zu überzeugen, daß über Israel Sanktionen verhängt werden müssen und jegliche Unterstützung Israels mit Waffen einzustellen ist. Wenn die Welt ihre Verantwortung und Verpflichtung gegenüber den Opfern von Aggressionen tatsächlich ernst nimmt, dann

muß sie das tun.

Frage: Die Organisation für Afro-Asiatische Völkerfreundschaft war auf der Internationalen Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten, die Mitte Mai dieses Jahres in Bologna tagte, vertreten. An dieser bedeutenden Konferenz nahmen auch Vertreter fortschrittlicher israelischer Organisationen teil. Wie schätzen Sie die Bedeutung dieser Konferenz ein, welche Impulse erwarten Sie von ihr?

El Sebai: Wir bemühen uns stets, eine gemeinsame weltweite Front der Völker gegen Imperialismus, Reaktion und Zionismus zu bilden; dazu hat diese Konferenz auf jeden Fall beigetragen. Die Befreiungsbewegungen und die Kräfte des Fortschritts in aller Welt sind in der Lage, eine gemeinsame Front gegen den Imperialismus zu bilden. Wenn es dieser Front gelingt, der zionistischen Propaganda Widerstand entgegenzusetzen und dabei aufzuzeigen, welche imperialistischen Absichten Israel hat, wenn es dieser Front gelingt, dazu beizutragen, daß alle Unterstützung für diesen Staat eingestellt wird, so wird das Israel zwingen, die Beschlüsse der UNO zu respektieren. Was die Araber lediglich fordern, sind ihre legitimen Rechte auf Überleben und Existenz sowie die Befreiung ihrer Gebiete. Die Palästinenser haben erklärt, daß sie zu einem Zusammenleben in einem Staat bereit sind, der nicht auf die Religion gegründet ist, sondern in welchem den Moslems, Christen und Juden die gleichen Rechte gesichert sind. Sie haben nichts anderes gefordert als das Recht auf ein Leben in einem fortschrittlichen demokratischen Staat, und sie haben verlangt, die ihnen geraubten Rechte wiederzuerhalten.

Haben sie nicht in der Welt, in der wir leben, das Recht dazu? Müssen ihnen nicht die demokratischen Kräfte dazu verhelfen?

Frage: Die Bologna-Konferenz hat beide Forderungen bekräftigt: Die Forderung nach Rückzug aller Aggressionstruppen und nach Verwirklichung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Welche Haltung nimmt die AAPSO gegenüber dem palästinensischen Widerstand ein und welche Perspektiven sehen Sie für ihn?

El Sebai: Wir unterstützen die palästinensische Widerstandsbewegung und betrachten sie als den revolutionären, fortschrittlichen Ausdruck des palästinensischen Volkes. Die Widerstandsbewegung widersetzt sich allen ag-

gressiven Handlungen, die gegen das palästinensische Volk seit dem Blutbad von Deir Yassin und Kafr Quassem begangen werden. Sie hat das Recht, mit allen Mitteln um die Wiedergewinnung ihres Vaterlandes und ihrer Rechte zu kämpfen. Sie hat das Recht, die Welt darauf aufmerksam zu machen, welches Unrecht dem palästinensischen Volk tagtäglich widerfährt.

Frage: Die Ereignisse in Jordanien 1970 und auch jetzt im Libanon zeigen, daß die arabische Befreiungsbewegung nicht in allen arabischen Ländern gleich weit fortgeschritten ist. Was können Sie uns sagen zum Verhältnis der arabischen Staaten zur palästinensischen Befreiungsbewegung und über die unterschiedliche Rolle, die einzelne Staaten spielen?

El Sebai: Jeder patriotische Araber schenkt der palästinensischen Widerstandsbewegung seine volle Unterstützung und bekräftigt, daß sie das Recht hat, im Namen Palästinas zu sprechen. Wir hoffen, daß die Widerstandsbewegung sich vereinigt und daß sie sich von einigen Hindernissen, die ihre Arbeit jetzt belasten, befreit. Wir sind der Meinung, daß der Widerstand unbedingt bestehen bleiben und unterstützt werden muß. Wir müssen sein Wachstum fördern, damit er seiner Rolle bei der Befreiung und bei der Wiedergewinnung des geraubten Vaterlandes gerecht werden kann. Er muß von allen arabischen Staaten und Völkern unterstützt werden.

Wenn es einige Meinungsverschiedenheiten zwischen der Widerstandsbewegung und den lokalen Staatsgewalten gibt, so geben sich die arabischen Völker alle Mühe, um diese Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und der palästinensischen Widerstandsbewegung grenzenlose Unterstützung zu leisten.

Frage: Die Nationalisierung der ausländischen Erdölmonopole im Irak und die Entwicklung in Algerien zeigen, daß die arabischen Staaten mehr und mehr das Erdöl als Waffe im Kampf gegen den Imperialismus gebrauchen. Auch das geschlossene Auftreten aller OPEC-Staaten gegenüber den großen Monopolgesellschaften ist dafür ein Zeichen. Wie beurteilen Sie die Stärke dieser Waffe im Kampf gegen den Imperialismus?

El Sebai: Unsere Organisation hat die Verstaatlichung des Erdöls, die durch die nationale Regierung des Iraks vorgenommen wurde, ebenso bergüßt, wie die Verstaatlichungsmaßnahmen von Seiten der nationalen Regierung in Algerien. Wir haben eine internationale Konferenz im Irak zur Unterstützung dieser Maßnahmen durchgeführt. Wir sind davon überzeugt, daß die Waffe des Erdöls in der Hand der arabischen Länder eine sehr wirksame Waffe ist. Gegen alle Verschwörungen des Imperialismus in diesem Gebiet können die arabischen Staaten mit der Waffe des Öls ihren Feinden einen schweren Schlag versetzen. Ich

bin der Meinung, daß alle arabischen Staaten ihre Verpflichtungen im Kampf gut kennen und daß darüber hinaus die Völker, wenn es wirklich zur Auseinandersetzung kommt, dafür sorgen werden, daß die Frage des Erdöls zu einem gewichtigen Faktor in diesem Kampf wird. Keiner Kraft wird es gelingen, die Völker daran zu hindern, ihr Recht in Anspruch zu nehmen, diese Waffe zu gebrauchen.

Frage: Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den USA und dem internationalen Zionismus einer der Hauptverbündeten Israels. Die Bundesregierung hat bisher stets den israelischen Standpunkt der Annexionen unterstützt sowie militärische, finanzielle und politische Hilfe geleistet. Jüngster Ausdruck dafür ist der Besuch von Bundeskanzler Brandt in Israel gerade zu einem Zeitpunkt, der dort als Jahrestag der Juni-Aggression gefeiert wird. Auf der anderen Seite heißt es in der gemeinsamen Erklärung anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, in der Bundesrepublik, daß beide Seiten die UN-Resolution als Grundlage einer Friedenslösung anerkennen. Welche Erwartungen haben Sie von der Bundesregierung?



Nach einem israelischen Terrorangriff finden die Schüler eines palästinensischen Flüchtlingslager ihre Schule völlig zerstört vor.

El Sebai: Soll ich Ihre Worte so verstehen, daß Westdeutschland seine Haltung geändert hat? Ist das richtig?

Peter Dietzel: Dafür spricht nichts. Es steht zunächst in einem Papier; dem sind noch keine Taten gefolgt.

El Sebai: Wir hoffen sehr, daß Westdeutschland diese Erklärung durch praktische Taten untermauert. Westdeutschland ist daran interessiert, seine Beziehungen zu den Arabern zu verbessern. Die Beziehungen zu Westdeutschland sind wieder aufgenommen worden. Wenn ein solches Kommuniqué zwischen Breschnew und Brandt herausgegeben wird, so ist zu hoffen, daß es dann auch ernsthafte Schritte geben wird, um es zu realisieren. Diese neuen Worte müssen jedoch erst einmal durch überzeugende Taten unterstrichen werden. Nur, niemand ändert seine Handlungsweise von selbst - es muß etwas geben, was ihn dazu zwingt.

Indien

Die im folgenden abgedruckte Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei (KP) Indiens vom 11. Februar 1973 zeigt den politischen Charakter und die Ziele separatistischer Bewegungen in den zwei wichtigsten Provinzen Andhra Pradesh und Kerala gegen fortschrittliche Provinzregierungen auf. Sie weist nach, daß die reaktionäre separatistische Offensive zu Anfang des Jahres - getragen von einem Bündnis proimperialistischer Kräfte und ultralinker Gruppierungen - sich in Wahrheit gegen fortschrittliche soziale, politische Maßnahmen und Vorhaben der Regierung Indira Gandhi richtet: auf die völlige Umkehr ihres antiimperialistischen außenpolitischen Kurses, auf die Zerstörung der Einheit des antioligarchischen, demokratischen Massenkampfes.

Die indischen Fortschrittskräfte stellten diesen reaktionären, spalterischen Umtrieben Massenaktionen im ganzen Lande entgegen, die Ende März 1973 einen vorläufigen Höhepunkt erlebten.

Die KP Indiens, ihr nahestehende Massenorganisationen - so die Mehrheit des Gesamtindischen Gewerkschaftsbundes (AITUC) - initiierten einen **V o l k s m a r s c h** zum indischen Parlament, zu dem sich allein in Neu Delhi 250 000 Demonstranten beteiligten. Zur gleichen Zeit fanden in den Hauptstädten aller Unionsstaaten Massenversammlungen statt, die die Dringlichkeit von wirtschaftspolitischen Änderungen unterstrichen; aber ebenso bekräftigten sie die Unterstützung aller Maßnahmen der Regierung, die konsequent gegen die mit dem Imperialismus kollaborierende politische Reaktion, die Großgrundbesitzer und die Monopolbourgeoisie gerichtet sind. So unterbreitete die KP Indiens am 27. März 1973 dem indischen Parlament eine **C h a r t a**, in der u.a. die Nationalisierung der Monopole, die volle Durchführung der Agrarreform, die Begrenzung des Landbesitzes, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre gefordert wird. Welch breiten Anklang unter den Massen diese Charta der indischen Kommunisten mittlerweile fand, wieweit die Kampfbereitschaft, das entschlossene Eintreten der Volksmassen für diese Forderungen bereits fortgeschritten ist, läßt die große Zahl der im Rahmen des 75tägigen Volksmarsches durch 10 000 Städte und Dörfer gesammelten Unterschriften für die Charta erkennen: 12,2 Millionen Unterschriften waren es allein bis Ende März 1973.

Die KP Indiens sieht die eigentlichen Hauptursachen für Massenarmut, Arbeitslosigkeit und aufflammende soziale Widersprüche als systembedingt, als in der Struktur des kapitalistischen Entwicklungsweges angelegt an. Die drei derzeitigen Hauptübel der sozialökonomischen Entwicklung Indiens bestehen - so die KPI - darin:

- "daß eine kleine Gruppe von Monopolen ihre Positionen mit Hilfe öffentlicher Mittel ausbaut; sie übt eine riesige wirtschaftliche Macht aus und beherrscht 54 % des gesamten Sektors privater Gesellschaften, darunter den größten Teil der Konsumgüterindustrie und diktiert damit die Preise;
- daß die Bodenreform stagniert und eine kapitalistische Landwirtschaft entsteht, die 80 % der Bauern in den Fesseln halbfeudaler Ausbeutung hält und die Produktivkräfte in den ländlichen Gebieten ernstlich hemmt;
- daß Monopolprofite in bedeutendem Umfang außer Landes gehen; 1971/72 wurden über 950 Millionen Rupien als Zinsen, Dividenden, Profite, Provisionen, Tantiemen usw. in das Ausland überwiesen."

(Horizont Nr. 16/73, S. 12)

Andererseits verfügt das ökonomisch relativ hochentwickelte Indien durchaus über wirtschaftliche Potenzen und hat aufgrund des Entspannungsprozesses auf dem indischen Subkontinent, der unabhängigen, antiimperialistischen Außenpolitik sowie der wachsenden Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft auch günstige äußere Bedingungen geschaffen, um jene Hauptübel abzubauen, perspektivisch zu beseitigen und den Weg zu einem echten ökonomischen Aufschwung zu ebnen. Die kürzliche Verstaatlichung des Getreidegroßhandels, die Übernahme der gesamten Kohleindustrie wie eines Teils der Textilproduktion liegen im Sinne einer solchen fortschrittlichen Entwicklung. Sie stoßen auf den erbitterten Widerstand der Reaktion. Die von der KP Indiens gegenwärtig forcierten Massenaktionen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und kleinbürgerlicher Schichten zielen auf die Isolierung der politischen Reaktion, der einheimischen und imperialistischen Monopole sowie der halbfeudalen Landbesitzer. Die aktuellen Massenkampagnen dienen diesen Zielen sowie der Entwicklung der Bündnisfront - unter Einbeziehung auch von Teilen der kleinen und mittleren Bourgeoisie - und der Änderung der Wirtschaftspolitik der Regierung Indira Gandhi. Denn: Die Schaffung des breitesten antiimperialistisch-demokratischen Bündnisses und die Mobilisierung der Massen sind die einzige Garantie, um progressive Regierungsentscheidungen auch in die Tat umzusetzen und die Perspektive der sozialistischen Umwälzung zu eröffnen.

Gegen den Separatismus in Andhra Pradesh

Rechtsreaktionäre Kreise haben mit einer unheilvollen Offensive in Andhra Pradesh begonnen. Unter Ausnutzung separatistischer Lösungen haben sie eine Orgie des Terrors und der Gewalttätigkeit gestartet. Einige treten mit der Losung eines "unabhängigen Andhra" und einer "Konfrontation des Südens gegen den Norden" auf und bedrohen so die Integrität unseres Landes. Sie haben eine Verleumdungskampagne gegen die Bodenreform, gegen die Einkommenssteuer der Gutsbesitzer, gegen die

Beschränkung von städtischem Bodenbesitz und die Übernahme des Großhandels mit Brotgetreide begonnen. Ihr Ziel ist die vollkommene Umkehrung der fortschrittlichen Tendenzen in der Wirtschaft und im politischen Leben, die seit 1969 Gestalt angenommen haben, sowie die Zerstörung und Verfälschung der wachsenden Radikalisierung und Einheit der großen Masse.

Nach der Niederlage ihres Versuches, sich frontal der fortschrittlichen Politik entgegenzustellen, ist die große Allianz der Reak-

tion zu einer neuen Taktik der Aufpeitschung regionaler chauvinistischer Leidenschaften unter Ausnützung regionaler Ungleichheiten übergegangen, um ihre Ziele zu verwirklichen. In Andhra Pradesh haben sich zur Durchsetzung dieses erbärmlichen Ziels die Jana-Sangh-Partei, die Swatantra-Partei, das Syndikat (der aus der Kongreßpartei ausgetretene rechte Flügel) sowie die unzufriedene Rechtsfraktion in der Kongreßpartei miteinander verbündet.

Gefährlicher Separatismus

Das Zentralexekutivkomitee der KP Indiens warnt die Nation, daß die separatistischen Kräfte im ganzen Land gestärkt und die Zukunft der fortschrittlichen demokratischen Kräfte schwerstens gefährdet würden, wenn es der Rechtsoffensive gelingen sollte, Andhra Pradesh aufzuspalten. Das Zentralexekutivkomitee stellt warnend fest, daß hinter dieser Bewegung der US-Imperialismus, die Monopolisten, die Gutsbesitzer und privilegierten Schichten stehen, die darauf abzielen, Schritt um Schritt Indien aufzusplittern und den Weg für eine Rechtsregierung zu bahnen, was ihnen bisher nicht gelungen ist.

Das Zentralexekutivkomitee stellt fest, daß die rechte Gegenoffensive in Andhra Pradesh ohne die Schwankungen der Zentralregierung sowie die faktische Lähmung der Provinzialverwaltung kein solches Ausmaß hätte annehmen können.

Das Zentralexekutivkomitee warnt vor jeder Konzession an die Separatisten, die dadurch nur ermuntert würden, ihre Offensive zu intensivieren und auf andere Provinzen auszuweiten. Das Zentralexekutivkomitee ist entschieden gegen den Plan einer sogenannten Konferenz am runden Tisch zur Diskussion des Problems einer Aufteilung von Andhra Pradesh. Der einzige Diskussionspunkt kann nur die Aufrechterhaltung und Stärkung der Einheit von Andhra Pradesh durch Beseitigung der Ursachen der Spannung und des Mißtrauens zwischen den Bevölkerungen der zwei Regionen sein.

Das Zentralexekutivkomitee ist der Auffassung, daß entschlossene Maßnahmen zur Herstellung normaler Verhältnisse im Staat getroffen werden müssen. Wirksame und rasche Schritte sind notwendig zur Erfüllung der fünf Punkte von Ministerpräsident Indira Gandhi, die eine tragfähige Basis für eine zufriedenstellende Lösung des Problems bilden. Den von der Dürre heimgesuchten Gebieten muß rasch Hilfe geleistet werden; das Gesetz zur Beschränkung des Grundeigentums

sowie die Übernahme des Großhandels mit Brotgetreide und die Nationalisierung aller Autobuslinien müssen durchgeführt werden.

Die Haltung der Volksmehrheit

Das Zentralexekutivkomitee entbietet seine Grüße allen Parteiorganisationen, Mitgliedern und Anhängern, die standhaft den Separatisten entgegentraten und damit ein begeisterndes Beispiel gaben. Es entbietet seine Grüße den Arbeitern, den Werktätigen in der Landwirtschaft, den armen Bauern und anderen arbeitenden Schichten des Volkes, die es ablehnten, den Separatisten Gefolgschaft zu leisten. Sie bilden die große Mehrheit des Volkes.

Das Zentralexekutivkomitee entbietet seine Grüße auch jenen vielen Kongreßleuten, die der Sache der Einheit die Treue hielten. Es appelliert an alle diese Kräfte, sich zu vereinigen, um die Studenten und anderen Mittelschichten, die zeitweilig irregeführt worden sind, über die ernste Gefahr der rechten Gegenoffensive und über den Schaden aufzuklären, den eine Aufspaltung von Andhra Pradesh ihren eigenen Interessen zufügen würde. Die Einheit aller dieser gesunden Kräfte und ihr gemeinsames Vorgehen ist der beste Garant für die Erhaltung der Einheit von Andhra Pradesh und für den Sieg über ihre rechte reaktionäre Gegenoffensive.

Das Zentralexekutivkomitee warnt vor dem Plan der Einsetzung einer zweiten Staats-Reorganisationskommission, wie dies von der Reaktion unter Führung der Jana-Sangh-Partei verlangt wird. Ihr Ziel ist die Irreführung, die Aufspaltung und die Zerschlagung der demokratischen Bewegung der Massen durch die Provozierung brudermörderischer Konflikte zwischen der Bevölkerung verschiedener Regionen und Sprachen, um so die Integrität Indiens zu gefährden.

Es müssen Maßnahmen zur Beseitigung von Anomalien und echten Beschwerden getroffen werden. Die zurückgebliebenen Bezirke und Regionen müssen besondere Hilfe erhalten, und die Forderungen der Stämme müssen erfüllt werden. Das hat aber nichts zu tun mit der verbrecherischen Verschwörung, die hinter der Forderung nach einer zweiten Staats-Reorganisationskommission steckt.

Das Zentralexekutivkomitee appelliert an alle linken und demokratischen Parteien und Kräfte, einschließlich der Kongreßpartei, die ganze Gefahr und das wirkliche Ziel der neuen rechten Taktik und Gegenoffensive zu erfassen

sen, diese Gegenoffensive einheitlich zurückzuschlagen und entschlossen den Kampf zur Wahrung der Einheit von Andhra Pradesh gegen die Separatisten zu führen.

Die jüngsten Ereignisse in Kerala

Der Beschluß der Oppositionsparteien in Kerala, den Streik einer Minderheit von Staatsbeamten und Lehrern in eine Aktion zum Sturz der Einheitsfrontregierung umzufunktio- nieren, hat nur das wirkliche politische Ziel hinter diesem Streik enthüllt. E.M.S. Nambu- diripad hat seine Spaltergruppe, die "KP- Marxisten" (CPM) mit der Kerala-Kongreßpartei, dem Syndikat und der Jana-Sangh-Partei zu einer gemeinsamen politischen Front vereinigt. Nach der Bildung einer solchen Front droht er mit einem Kampf "nach dem Modell von Andhra" in Kerala. Schon haben in manchen Teilen des Staates bedrohliche Umtriebe eingesetzt. Die "sozialistischen" Verbündeten der CPM haben eine "zentrale Intervention" im Kerala-Streik gefordert, "bevor dieser eine ernste Wendung nimmt".

Die Provinzialregierung Achuta Menon hat einige Schritte unternommen, um den berechtig- ten Forderungen der Staatsbeamten nachzu- kommen. Seit ihrem Amtsantritt im November 1969 haben die Staatsbeamten Gehaltserhöhungen und Teuerungszulagen erhalten. Die Regie- rung erklärte sich bereit, über eine Revision des Gehaltsschemas zu verhandeln, was bisher noch keine einzige andere Provinzialregierung getan hat. Sie hat sich bereit erklärt, die Teuerungszulage rückwirkend vom 1. August 1972 zu erhöhen.

Mit diesen Zugeständnissen wurde den ver-

nünftigen Forderungen der Staatsbeamten Rech- nung getragen. Als Folge davon versickerte der von der CPM manipulierte Streik, der von An- fang an nur auf eine Minderheit der Staatsbe- amten beschränkt blieb, und der von allen de- mokratischen Richtungen der öffentlichen Mei- nung abgelehnt wird. In dieser Situation wird nun der Versuch gemacht, den "Streik" in eine Agitation nach Vorbild Andhra Pradesh zu ver- wandeln, um die Regierung der Einheitsfront durch eine politische Front zu stürzen, in der Nambudiripad eine Einheitsfront mit sol- chen Rechtskräften wie dem Syndikat und der Jana-Sangh-Partei bildet.

Alle reaktionären Kräfte in Kerala, die von den fortschrittlichen und radikalen Maß- nahmen der Regierung Achuta Menon in den letz- ten zwei Jahren betroffen worden sind, begin- nend mit der Abschaffung des Großgrundbesit- zes, haben sich jetzt unter dem Schirm der CPM vereinigt. So wurde die CPM in Kerala zum Vorspann einer konterrevolutionären Bewegung gegen eine fortschrittliche Provinzialregie- rung.

Das ZEK der KP Indiens ruft alle wahrhaf- ten linken und demokratischen Kräfte in Ke- rala auf, ihre Einheit und ihre gemeinsame Unterstützung für die Regierung Achuta Menon und alle ihre Maßnahmen zur Isolierung der Spalter zu verstärken und das Spiel der Reak- tion zu vereiteln. Es appelliert an die strei- kenden Staatsbeamten und Lehrer, sich nicht als Werkzeuge in einem schmutzigen politi- schen Spiel mißbrauchen zu lassen, das die CPM gemeinsam mit den Parteien der Reaktion spielt.

(Quelle: Informations Bulletin, Nr. 7, 1973)



Kundgebung der Nationalen Föderation der Indischen Frauen in Delhi mit der Generalsekretärin der NFIW,

Vimla Farroqui (Mitte), Mitglied des Nationalrats der Kommunistischen Partei Indiens

Kambodscha Stockholmer Vietnam - Konferenz

In den letzten Monaten haben die US-Imperialisten ihre Angriffe gegen das kambodschanische Volk in ungeheurer Weise gesteigert. Täglich wirft die US-Luftwaffe ca. 5 000 Tonnen Bomben über Kambodscha ab. Geht man davon aus, daß die Atombombe von Hiroshima eine Sprengkraft von 20 000 Tonnen hatte, so ist festzustellen, daß derzeit jeden Monat 7 Atombomben dieses Typs auf Kambodscha abgeworfen werden. Die Auswirkungen dieses Infernos sind deshalb besonders schwerwiegend, weil die Bevölkerung Kambodschas keineswegs über eine solche Erfahrung im Schutz gegen Luftangriffe verfügt wie die Menschen in der DRV oder im Süden Vietnams. Alarmpläne, Evakuierungen der Kinder oder die Produktion unter der Erde müssen z.T. noch erlernt werden.

Um ihre Angriffswellen noch besser koordinieren zu können, haben die US-Aggressoren zusätzliche Militärberater in ihre Botschaft in Phnom Penh beordert. Allein im April 1973 kamen 450 neue Offiziere hinzu.

Die in der "Nationalen Einheitsfront von Kambodscha" (F.U.N.K.) zusammengeschlossenen patriotischen Kräfte haben auf der anderen Seite durch ihre Volksbefreiungstreitkräfte gerade in jüngster Zeit bedeutende Siege errungen. 90% des Landes und 80% der Bevölkerung sind mittlerweile befreit. Täglich kann die FUNK, die von der Revolutionären Volkspartei (= Kommunistische Partei Kambodschas) unterstützt wird, neue Erfolge melden. Dennoch ist das kambodschanische Volk mehr denn je auf die internationale Solidarität angewiesen.

Am 2. und 3. Juni 1973 befaßte sich die Stockholmer Vietnam-Konferenz, ein Zusammenschluß von über 80 nationalen Indochina-Solidaritätskomitees und zahlreichen internationalen Organisationen, mit der US-Aggression in Kambodscha. An der Beratung nahm auch eine kambodschanische Delegation unter Leitung von Minister Thiounn Prasith teil, der den Delegierten den nachstehenden Brief der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNC) und kambodschanischer Massenorganisationen an die Weltöffentlichkeit übergab. Die Stockholmer Vietnam-Konferenz rief in einer Resolution zu neuen weltweiten Solidaritätsaktionen mit dem Volk von Kambodscha auf.

Resolution zu Kambodscha

Von seiner Tagung am 2. und 3. Juni in Stockholm richtet das Exekutiv-Komitee der Stockholmer Konferenz einen feierlichen und dringenden Appell an alle Völker, an alle Männer und Frauen, an alle religiösen und weltanschaulichen Vereinigungen, an alle Regierungen, die sich der Forderung nach Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit für alle Völker der Welt verpflichtet haben - einen Appell für die unverzügliche, mit allen geeigneten Mitteln herbeizuführende Beendigung des heute in Kambodscha stattfindenden Völkermordes, einen Appell für die Wiederherstellung von Frieden und Freiheit für das kambodschanische Volk.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens vom 27. Januar 1973 über einen Waffenstillstand und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam, sowie des Abkommens vom 21. Februar 1973 über die Wiederherstellung des Friedens und Herbeiführung der nationalen Eintracht in Laos, haben die Vereinigten Staaten in Wirklichkeit systematisch ihre Aggression gegen das kambodschanische Volk und gegen ein unabhängiges, friedliches und neutrales Kambodscha verstärkt und ausgeweitet.

Über nunmehr vier Monate hinweg setzt die Nixon-Regierung ihre gesamte Marine- und Luftstreitkräfte im Fernen Osten für ein wahnsinniges und massives Bombardement ein, das sich auf Kambodscha konzentriert - ein Bombardement, das vernichtender als zu den schlimmsten Zeiten des Indochinakrieges ist. Tag für Tag erhalten die US-Flugzeuge ihre Weisungen von der US-Botschaft in Phnom Penh und fliegen

Hunderte von Angriffen mit Hunderten von B-52-Bombern und Kampfflugzeugen, wobei sie bis zu 5 000 Tonnen Bomben verschiedenster Art abwerfen - eine Menge, die monatlich dem Abwurf von sieben Hiroshima-Atombomben gleichkommt.

Zumeist auf die Umgebung von Phnom Penh und andere dichtbesiedelte Gebiete konzentriert, bedeutet dieses Inferno aus Feuer und Stahl ein vorsätzliches Massaker an unzähligen Zivilisten - Männern, Frauen, Kindern und alten Menschen. Es macht ganze Dorfschaften dem Erdboden gleich, vernichtet und verbrennt die Reisfelder und die Ernten und verwandelt Pagoden, Krankenhäuser und Schulen in Trümmerhaufen.

Gleichzeitig verstärkte die Nixon-Regierung ihre Militärbasen in Thailand und im Fernen Osten und konzentrierte die 7. Flotte vor der kambodschanischen Küste, schickte Saigoner und thailändische Söldner ins Land, rekrutiert Tausende von US-Söldnern. Allein im Monat April sandten die USA 450 Offiziere und Unteroffiziere in Zivilkleidung nach Phnom Penh, von wo sie die militärischen Operationen anleiten und als Piloten und Bordkanoniere eingesetzt werden.

Dieser barbarische Völkermord wird unter dem haltlosen Vorwand ausgeführt, es handle sich um die Bekämpfung einer sogenannten Invasion von "Vietkong und Nordvietnamesen". Dies ist nicht wahr.

Das kambodschanische Volk selbst befindet sich im Kampf gegen die US-Aggression, gegen

ein Regime, das durch den mit CIA-Hilfe durchgeführten Staatsstreich vom 18. März 1970 an die Macht kam. Sämtliche Bezeugungen und Tatsachen, einschließlich jüngster öffentlicher Aussagen gut informierter Amerikaner, bestätigen das.

In Wahrheit stellt dies einen letzten Versuch des US-Imperialismus dar, die Lon-Nol-Clique zu halten, welche die USA einsetzten, um ihren Neokolonialismus in Kambodscha zu verankern, ihre Vormachtstellung in Südostasien abzusichern und ihre Aggression gegen die Völker von Vietnam und Laos wieder zu verstärken.

Ebenso entbehrt die offizielle US-Propaganda jeder Grundlage, nach der "Verhandlungen zwischen Kambodschanern" im Gange seien und die derzeitige Politik der Amerikaner folglich zum Frieden führen könne. Ihre Propaganda verfolgt lediglich ein Ziel: Die amerikanische wie die Weltöffentlichkeit zu täuschen und zu verunsichern. In einem heroischen Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit hat das kambodschanische Volk, vereint unter der Präsidentschaft des Staatsoberhauptes Norodom Sihanouk und der Führung seiner rechtmäßigen Regierung, der GRUNK, die unmittelbar nach dem Staatsstreich gebildet wurde und bereits 90 Prozent seines Landes und 80 Prozent der Bevölkerung befreit hat. Die GRUNK kann nicht mit einer Clique von Betrügern verhandeln, die allein sich selbst repräsentierten und die von einer fremden Macht eingesetzt worden sind.



Kämpfer der kambodschanischen Volksbefreiungsstreitkräfte.

Zu Recht hat sich deshalb das kambodschanische Volk entschieden, seinen Kampf um Befreiung bis zum endlichen Sieg fortzusetzen.

Das Exekutiv-Komitee der Stockholmer Konferenz ruft alle Kräfte, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt eintreten, auf jetzt eine Bewegung in Gang zu setzen, um die eindeutige und offenkundige Aggression der größten Militärmacht der Welt gegen ein klei-

nes und friedliebendes Volk zu beenden, dessen Widerstandskraft sich auf seine Einigkeit und die grundsätzliche Rechtmäßigkeit des Einsatzes für seine Rechte gründet.

Das Exekutiv-Komitee ruft auf, folgende Forderungen zu erheben:

- Unverzüglige, vollständige und bedingungslose Einstellung der Bombardierungen sowie sämtlicher anderer militärischer Aggressionsakte der amerikanischen Streitkräfte und ihrer Marionetten in Bangkok und Saigon;
- Vollständiger und bedingungsloser Abzug des gesamten Militärpersonals und der Söldner sowie des amerikanischen, thailändischen und Saigoner Kriegsausrüstungen;
- Einstellung jeglicher Unterstützung und Hilfe für die Betrügerclique des Regimes in Phnom Penh;
- Uneingeschränkte Respektierung sämtlicher nationalen Rechte des kambodschanischen Volkes, seiner Unabhängigkeit und Souveränität, der Einheit und Unverletzlichkeit seines Territoriums, bis es seine Angelegenheiten wieder selbst kontrollieren kann - ohne fremde Einmischung und in Übereinstimmung mit der 5-Punkte-Erklärung Samdech Norodom Sihanouks, Staatsoberhaupt und Präsident der FUNK, vom 23. März 1970, sowie des politischen Programms der FUNK.

Um die unbeschreiblichen Leiden des kambodschanischen Volkes zu beenden und den Frieden, die Unabhängigkeit und die Neutralität, nach denen es sich sehnt, beschleunigt herbeizuführen, wendet sich das Exekutiv-Komitee der Stockholmer Konferenz an alle Völker der Welt, an alle Regierungen, die für Gerechtigkeit und Frieden eintreten, ihre Unterstützung für den gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes gegen die barbarische amerikanische Aggression fortzusetzen und zu verstärken; das gleiche gilt für die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha, die einzige legitime und legale Vertretung des kambodschanischen Volkes, deren moralische, politische und wirtschaftliche Unterstützung sowie internationale de jure Anerkennung durch die Regierungen, die diesen Schritt noch nicht unternommen haben, immer notwendiger wird.

Das Exekutiv-Komitee der Stockholmer Konferenz ruft alle nationalen und internationalen Komitees, die seine Arbeit unterstützen, auf, ihre Initiativen aktiv in dieser Richtung zu entfalten, insbesondere im Hinblick auf ihre eigenen Regierungen, um jegliche Hilfe für das kambodschanische Volk zu fördern.

Brief der GRUNK

Brief der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) und kambodschanischer Massenorganisationen an die Regierungen der befreundeten Länder, an alle

Massenorganisationen und an die Frieden und Gerechtigkeit liebenden Völker der Welt sowie an das Frieden und Gerechtigkeit liebende Volk in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Unser Kambodscha ist ein kleines Land mit einer kleinen Bevölkerung. Unser Volk ist aufrecht und friedliebend, praktiziert den Buddhismus, möchte in Frieden leben und hat nie jemandem Schaden zugefügt. In seiner vieltausendjährigen Geschichte haben das kambodschanische Volk und die kambodschanische Nation weder jemals irgendein Land angegriffen, noch je irgendeinem Land Schaden zugefügt. Dagegen sind andere Staaten in unser Land eingedrungen und haben es angegriffen, haben Leid über unsere Nation und unser Land gebracht. Die Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit unserer Nation und unseres Volkes sind in der ganzen Welt wohlbekannt. Zahlreiche bekannte und berühmte Beobachter unseres Landes schrieben Abhandlungen, in denen sie voller Anerkennung die Freundlichkeit, Liebenswürdigkeit und Gastfreundschaft unserer Nation und unseres Volkes rühmen.

Im neunzehnten Jahrhundert griffen die französischen Kolonialisten Kambodscha an und unterwarfen es, errichteten ihre Kolonialherrschaft über unsere Nation und unser Volk für nahezu ein Jahrhundert. Im Zweiten Weltkrieg drangen dann die japanischen Kolonialisten in unser Land ein und errichteten ein anderes Kolonialregime über unsere Nation und unser Volk; sie wetteiferten mit den französischen Kolonialisten in der Unterdrückung und Ausbeutung, der Ausblutung und Auszehrung der Nation und des Volkes von Kambodscha.

Darufhin nahmen wir den Kampf auf. Die französischen Imperialisten und japanische Faschisten bezeichneten uns in verleumderischer Absicht als "wählerische Agenten", "Aufrührer", "Verbrecher" und gingen in ihrer Propaganda so weit zu behaupten, wir seien "Menschenfresser". All dies, um uns auszulöschen.

Mit dem 18. März 1970 haben die US-Imperialisten, die Nixon-Regierung und ihre Lakaien inner- und außerhalb des Landes - die Marionetten in Saigon und Bangkok sowie die Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh und In Tam - den Staatsstreich durchgeführt, der unsere Politik der Unabhängigkeit, Neutralität und des Friedens für Kambodscha beseitigte, und sie haben unser Land in grausamster und barbarischster Weise angegriffen. Die gesamte

Nation und das gesamte Volk von Kambodscha vereinten sich in einem Block unter dem Banner der Nationalen Vereinigten Front von Kambodscha (FUNK) und nahmen mit äußerster Tapferkeit den Kampf auf, in dem sie alle Opfer im Kampf gegen die US-Imperialisten und ihren Aggressionskrieg erbringen. Die US-Imperialisten, die Nixon-Regierung, die Marionetten in Saigon und Bangkok und ihre Marionetten, die Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh und In Tam bezeichneten uns in verleumderischer Weise als "Verbrecher", "wählerische Agenten", "Aufrührer", "Vietkong- und nordvietnamesische Angreifer" und so weiter, um die Weltöffentlichkeit zu täuschen und Vorwände zu finden, um unsere kämpferische Bewegung zu vernichten sowie ihre barbarischen Aggressionsakte zu vertuschen.

Nach der Unterzeichnung der Abkommen vom Januar 1973 zwischen der DRV und den USA über Vietnam und vom Februar 1973 über Laos, deren Ziel es ist, die Probleme von Vietnam und Laos auf der Grundlage der jeweils bestehenden Lage in den beiden Ländern zu lösen, haben die US-Imperialisten und die Nixon-Regierung ihre Aggression gegen Kambodscha fortgesetzt, um die Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh und In Tam sowie ihre eifrigen Lakaien in Kambodscha zu halten, und sie fahren damit fort, ihre neokolonialistische Herrschaft in Kambodscha auszubauen. Dies ist der Grund dafür, daß unsere Nation und unser Volk sich über alle Schwierigkeiten hinwegsetzen, um ihren gerechten Kampf voranzutreiben. Die US-Imperialisten, die Nixon-Regierung sowie alle ihre Lakaien bezeichnen uns weiterhin in bösartiger Verleumdung als "Aufrührer", "Verbrecher" oder "Vietkong- bzw. nordvietnamesische Angreifer". Sie haben ihre Kräfte wie die ihrer Lakaien mobilisiert, um ihre Bombardements zu verstärken und auf barbarischste Weise ihren Aggressionskrieg gegen Kambodscha zu eskalieren.

1970 ließ die Nixon-Regierung unter dem Vorwand, es gehe um "die Sicherheit der US-Truppen" in Süd-Vietnam, ihre Truppen zusammen mit denen ihrer Marionetten aus Saigon und Bangkok in Kambodscha einmarschieren. Nun, da sich keine US-Truppen mehr in Süd-Vietnam be-

finden, maßen sich die US-Imperialisten und die Nixon-Regierung schamlos an, sie hätten das Recht, Kambodscha zu bombardieren. Sie haben alle Kräfte im Fernen Osten eingesetzt, um Tag und Nacht, unablässig und jederzeit, Kambodscha zu bombardieren. Ohne jeden Zweifel zeigt sich hierin in Worten und Taten die ganze Arroganz und Grausamkeit der Anführer des Lagers der internationalen Verbrecher. Es ist der Höhepunkt an Verachtung des Gewissens der gesamten Menschheit. Wann haben jemals die Nation und das kleine Volk von Kambodscha ihre Truppen in Marsch gesetzt, um die Vereinigten Staaten oder irgendeines ihrer Satellitenländer anzugreifen? Die Nation und das Volk von Kambodscha führen ihren Kampf einzig und allein um ihr Recht, in Frieden, Ehre und Würde im eigenen Land zu leben.

Die US-Imperialisten und die Nixon-Regierung verstärken nicht nur ihre massiven und ungerechtfertigten Bombardements auf Kambodscha und führen umfangreiche und heftige militärische Operationen gegen unser Land durch; noch ernster ist gegenwärtig, daß sie inzwischen auch zu diplomatischen und politischen Manövern übergegangen sind, um sich möglichst viele Verbündete auf der internationalen Bühne zu verschaffen, um im Stile der Münchner Konferenz die Kampfbewegung der Nation und des Volkes von Kambodscha zu isolieren und ihren eigenen militärischen Aktivitäten freien Lauf lassen zu können, um die Kampfbewegung der Nation und des Volkes von Kambodscha auszulöschen. Wir sind indessen der festen Überzeugung, daß die Frieden und Gerechtigkeit liebenden Regierungen und Völker der ganzen Welt, das Frieden und Gerechtigkeit liebende Volk der Vereinigten Staaten sich nicht an die Seite der US-Imperialisten und der Nixon-Regierung stellen werden, sondern vielmehr an die Seite der Nation und des Volkes von Kambodscha - einer Nation, deren Bevölkerung nicht zahlreich, aber aufrecht ist - an die Seite der Völker aller Länder, die im Kampf gegen die Aggression der US-Imperialisten stehen.

Unsere Nation und unser Volk stehen im Kampf, um die imperialistischen Aggressoren und ihre Lakaien aus dem Ausland von unserem Boden zu vertreiben, sowie ihrer Aggression gegen unser Kambodscha und ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Nation und unseres Volkes ein Ende zu setzen; damit unsere Nation und unser Volk ihre eigenen Angelegenheiten auch selbst erledigen kann: Ein unabhängiges, friedliches, demokratisches Kambodscha aufzubauen, in dem die Menschen sich eines freien Lebens in Wohlstand

erfreuen können, Land zur Bewirtschaftung besitzen und eine Außenpolitik der Neutralität und Nichtgebundenheit verfolgen, Beziehungen gemäß den fünf Prinzipien der Koexistenz zu allen Ländern aufnehmen, welche die Unabhängigkeit und Souveränität Kambodschas respektieren. Wir sind der festen Überzeugung, daß alle Frieden und Gerechtigkeit liebenden Regierungen und Völker der Welt, die Völker der ganzen Welt sowie das Frieden und Gerechtigkeit liebende Volk der Vereinigten Staaten den Kampf unseres Volkes und unserer Nation als einen vollkommen gerechtfertigten verstehen werden, den wir einzig und allein für unsere Unabhängigkeit führen, ohne in irgendeiner Weise die Vereinigten Staaten noch ein anderes Land oder die amerikanische Bevölkerung zu gefährden.

Wir rufen alle friedliebenden und für Gerechtigkeit eintretenden Regierungen und Völker der Welt - die Bevölkerung sowie die Einzelpersonen in der Vereinigten Staaten, die Frieden und Gerechtigkeit achten, auf, ihre Stimme zu erheben, die US-Imperialisten und die Nixon-Regierung für ihre Aggression gegen Kambodscha zu verurteilen und verschiedene Maßnahmen zur Verhinderung dieser Aggressionsakte zu ergreifen, um folgendes zu erreichen:

- Beendigung der von den US-Imperialisten und der Nixon-Regierung mit ihrer Luftwaffe gegen das kambodschanische Territorium geführten Bombardierungen und Angriffe, die auf die Zerstörung der Nation und die Ausrottung der Bevölkerung Kambodschas abzielen.
- Stopp der Einschleusung von Marionetten-truppen aus Saigon und Bangkok durch die US-Imperialisten und die Nixon-Regierung, mit dem Ziel der Invasion Kambodschas und als Versuch, die Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, In Tam und ihre Clique - zutiefst antinationale, faschistische und korrupte Elemente, denen der Haß des kambodschanischen Volkes gilt und die es stürzen wird - zu retten.
- Stopp der Entsendung von US-Piloten, Militärberatern und Stabsangehörigen - gleich welcher Art - durch die US-Imperialisten und die Nixon-Regierung nach Kambodscha, um damit Flugzeuge und Hubschrauber zu bemannen und den Verrätern Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, In Tam und ihrer Clique Anweisungen zu geben.
- Verhinderung jeglicher eventueller Entsendung von US-Bodentruppen sowie der zur 7. Flotte gehörenden Truppen nach Kambodscha, was eine erneute direkte Aggression gegen Kambodscha bedeutet.

- Aufforderung an die US-Imperialisten und die Nixon-Regierung ihre Aggression in Kambodscha zu beenden, ihre Unterstützung für die Ver- räter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, In Tam und ihre Clique einzustellen, sämtliche Marionettentruppen Saigons und Bangkoks sowie die US-Militärberater und Stabsangehörigen aus Kambodscha abzuziehen - und das kambodschanische Volk seine eigenen Angelegenheiten selbst regeln zu lassen.

Die Nation und das Volk von Kambodscha nehmen diese Gelegenheit wahr, um erneut den Regierungen aller friedliebenden Länder, den Völkern in aller Welt, den fortschrittlichen Kräften in den Vereinigten Staaten und dem

Frieden und Gerechtigkeit liebenden amerikanischen Volk unseren tiefsten Dank auszusprechen, daß sie unserer Nation und unserem Volk in ihrem gerechten Kampf stets Unterstützung geleistet und geholfen haben sowie uns in unserem Kampf weiterhin stets unterstützen und helfen werden. Die Nation und das Volk von Kambodscha wissen die Unterstützung und Hilfe unserer nahen und fernen Freunde auf allen fünf Kontinenten sehr hoch zu schätzen.

Kambodscha, den 16. Mai 1973

Vietnam

Die Zusatzvereinbarung

Im Wortlaut

Vertreter der USA, Nord- und Südvietnams sowie der provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams unterzeichneten am 13. Juni in Paris eine Zusatzvereinbarung zum Waffenstillstandsabkommen für Südvietnam. Sie hat folgenden Wortlaut (Inoffizielle Reuter-Übersetzung):

„Die Signatarparteien des Pariser Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam, unterzeichnet am 27. Januar 1973, haben in Anbetracht dessen, daß strikte Respektierung und gewissenhafte Erfüllung aller Bestimmungen des Abkommens und seiner Protokolle durch alle Signatarparteien notwendig sind, um den Frieden in Vietnam zu sichern und zur Begründung des Friedens in Indochina und Südostasien beizutragen, Übereinstimmung in folgenden Punkten erzielt (in der Reihenfolge der entsprechenden Artikel des Abkommens):

1. In Übereinstimmung mit Artikel 2 des Abkommens werden die USA unverzüglich, uneingeschränkt und auf

unbefristete Dauer die Luftaufklärung über dem Gebiet der Demokratischen Republik Vietnam einstellen.

2. In Übereinstimmung mit Artikel 2 des Abkommens und mit dem Protokoll über die Minenräumung werden die USA

a) ihre Minenräumaktionen innerhalb fünf Tagen ab dem Datum der Unterzeichnung dieses gemeinsamen Kommuniqués wieder aufnehmen und diese Operationen innerhalb von 30 Tagen, von Beginn an gerechnet, erfolgreich abschließen,

b) die Demokratische Republik Vietnam mit Gerät beliefern, das als angemessen und ausreichend für die Minenräumung in Flüssen anerkannt ist,

c) den Abschluß der Minenräumaktionen in jedem Hauptkanal bekanntgeben und eine abschließende Mitteilung machen, wenn alle Operationen insgesamt beendet sind.

3. In Erfüllung von Artikel 2 des Abkommens werden die Oberkommandos der beiden südvietnamesischen Parteien am 14. Juni um 13 Uhr (MEZ) gleichlautende Befehle an alle regulären und irregulären Streitkräfte sowie die bewaffnete Polizei unter ihrem Kommando erteilen, den Waffenstillstand in ganz Südvietnam ab 5 Uhr am 15. Juni 1973 strikt zu beachten und das Abkommen und seine Protokolle gewissenhaft zu erfüllen.

„Waffenstillstandsprotokoll soll strikt erfüllt werden“

4. Die beiden südvietnamesischen Parteien sollen die Artikel 2 und 3 des Protokolls über den Waffenstillstand in Südvietnam strikt erfüllen. (Diese Artikel verbieten Truppenbewegungen zur Ausweitung der von einer Partei kontrollierten Gebiete und alle Einzelaktionen bewaffneter Gruppen, die zu neuen Zwischenfällen führen könnten. Laut Artikel 3 (b) sollten die vereinigten Militärkommissionen unverzüglich die für ihre Arbeit notwendigen Vereinbarungen über Transport- und Verbindungswege sowie über Transportmittel treffen).

5. Die Zwei-Parteien-Militärkommission (aus Südvietnam und Vietcong) soll unverzüglich ihre Aufgabe gemäß Artikel 3 (b) des Abkommens ausführen, die von jeder der beiden südvietnamesischen Parteien kontrollierten Gebiete zu bestimmen und die Modalitäten der Truppenstationierung festzulegen. Diese Aufgabe soll so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Die Kommission soll außerdem unverzüglich

die notwendigen Schritte erörtern, um die Rückführung der Streitkräfte der beiden südvietnamesischen Parteien auf die Positionen, die sie zur Zeit des Inkrafttretens des Waffenstillstands am 28. Januar eingenommen haben, abzuschließen.

6. 24 Stunden nach Inkrafttreten des unter Paragraph 3 angesprochenen Waffenstillstands sollen die Befehlshaber der gegnerischen Streitkräfte in jenen Stellungen, in denen sie unmittelbaren Kontakt haben, zusammenkommen, um die Bestimmungen des Artikels 4 des Protokolls über den Waffenstillstand mit dem Ziel auszuführen, eine Übereinkunft über zeitweilige Maßnahmen zur Abwendung von Konflikten und zur Sicherstellung des Nachschubs und der ärztlichen Versorgung dieser Streitkräfte zu erreichen.

7. In Übereinstimmung mit Artikel 7 des Abkommens

a) werden die beiden südvietnamesischen Parteien die Entsendung von

Truppen, Militärberatern und Militärpersonal einschließlich Technikern nach Südvietnam nicht dulden.

b) werden die beiden südvietnamesischen Parteien die Entsendung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Südvietnam nicht dulden. Allerdings ist es bei den beiden südvietnamesischen Parteien gestattet, wie bereits in Artikel 7 des Abkommens zugestanden, periodische Ergänzungen von Waffen, Munition und Kriegsmaterial über bestimmte Einfuhrstellen und unter Überwachung der Zwei-Parteien-Militärkommission und der internationalen Kommission für Kontrolle und Überwachung vorzunehmen. In Übereinstimmung mit Artikel 15 (b) des Abkommens bezüglich der Respektierung der entmilitarisierten Zone dürfen militärische Ausrüstungsgegenstände die entmilitarisierte Zone nur passieren, wenn sie Ersatzmaterial gemäß Artikel 7 des Abkommens sind und über eine festgelegte Einfuhrstelle laufen.

„Alle Gefangenen sind unverzüglich freizulassen“

c) 24 Stunden nach Inkrafttreten des unter Paragraph 3 angesprochenen Waffenstillstands wird die Zwei-Parteien-Militärkommission die Modalitäten für die Überwachung des Austauschs von Waffen, Munition und Kriegsmaterial gemäß Artikel 7 des Abkommens über die drei bereits für jede Partei vereinbarten Einfuhrstellen beraten. Innerhalb von 15 Tagen nach Inkrafttreten des unter Paragraph 3 angesprochenen Waffenstillstands werden die beiden südvietnamesischen Parteien durch Abkommen drei weitere Einfuhrstellen für jede Partei in einem von ihr kontrollierten Gebiet festlegen.

8. In Übereinstimmung mit Artikel 8 des Abkommens

a) werden alle Gefangenen, die unter Artikel 8 (a) des Abkommens fallen und noch nicht freigelassen sind, ohne Verzögerung freigelassen, in jedem Fall aber vor Ablauf von 30 Tagen nach Unterzeichnung dieses gemeinsamen Kommuniqués.

b) werden alle Bestimmungen des Abkommens und des Protokolls über

die Freilassung Gefangener gewissenhaft ausgeführt. Alle vietnamesischen Zivilgefangenen, die unter Artikel 8 c) des Abkommens und unter Artikel 7 des Protokolls über die Freilassung von Gefangenen fallen, sollen so bald wie möglich freigelassen werden. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden ihr äußerstes tun, dies innerhalb von 45 Tagen nach Unterzeichnung dieses gemeinsamen Kommuniqués abzuschließen.

c) In Übereinstimmung mit Artikel 8 des Protokolls über die Freilassung von Gefangenen werden alle Gefangenen oder verhafteten Personen, die unter dieses Protokoll fallen, zu jeder Zeit human behandelt. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden unverzüglich Artikel 9 dieses Protokolls erfüllen und innerhalb von 15 Tagen nach Unterzeichnung dieses gemeinsamen Kommuniqués nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften, über die man sich geeinigt hat, den Besuch aller Stätten gestatten, an denen diese Personen festgehalten werden.

d) Die beiden südvietnamesischen Parteien werden zusammenarbeiten, um Informationen über vermißte Personen zu erhalten, die Lage von Gräbern zu bestimmen und diese zu pflegen.

e) In Übereinstimmung mit Artikel 8 b) des Abkommens werden sich die Parteien gegenseitig unterstützen, um Informationen über die im Einsatz vermißten Soldaten oder ausländischen Zivilisten zu erhalten, die Lage von Gräbern zu bestimmen und für deren Pflege zu sorgen, ebenso wie die Exhumierung und Rückführung der Überreste zu ermöglichen und alle anderen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erlangung von Informationen über im Einsatz Vermißte notwendig sein mögen. Zu diesem Zweck sollen häufige und regelmäßige Verbindungsflüge zwischen Saigon und Hanoi unternommen werden.

Zur Einheit und Versöhnung verpflichtet

9. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden Artikel 11 des Abkommens erfüllen. Verpflichtung, nationale Versöhnung und Eintracht zu erreichen und die demokratischen Freiheiten des Volkes zu garantieren.

10. In Einklang mit den Prinzipien über die Ausübung des Rechts des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung, festgestellt in Kapitel 4 des Abkommens,

a) wird das südvietnamesische Volk selbst in wirklich freien und demokratischen allgemeinen Wahlen unter internationaler Überwachung die politische Zukunft Südvietnams selbst bestimmen.

b) wird der Nationale Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht, bestehend aus drei gleichen Gliedern, so bald wie möglich gebildet werden, gemäß Artikel 12 des Abkommens. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden so bald wie möglich ein Abkommen über die inneren Angelegenheiten Südvietnams unterzeichnen und ihr Äußerstes tun, dieses innerhalb von 45 Tagen von der Unterzeichnung dieses gemeinsamen Kommuniqués an zu erreichen.

c) Die beiden südvietnamesischen Parteien werden sich durch Konsultationen über die Institutionen verständigen, für die die freien und demokratischen allgemeinen Wahlen unter Artikel 9 b) des Abkommens abgehalten werden.

d) Die beiden südvietnamesischen Parteien werden Artikel 13 des Abkommens erfüllen. (Darin werden Saigon und der Vietcong zum Abbau ihrer Streitkräfte verpflichtet.)

11. In Erfüllung von Artikel 17 des Abkommens

a) werden alle Bestimmungen der Artikel 16 und 17 des Protokolls über den Waffenstillstand in Südvietnam unter Respektierung der Zwei-Parteien-Militärkommission unverzüglich erfüllt. Dieser Kommission sollen unverzüglich auch die elf Punkte über Vorrechte und Immunität der (ehemaligen) Vier-Mächte-Militärkommission eingeräumt werden. Häufige und regelmäßige Verbindungsflüge sollen zwischen Saigon und den Hauptquartieren der

Zwei-Parteien-Militärkommission und anderen Orten in Südvietnam unternommen werden, sofern dies für die Einsätze der Zwei-Parteien-Militärkommission erforderlich ist. Häufige und regelmäßige Verbindungsflüge sollen auch zwischen Saigon und Loc Ninh unternommen werden.

b) Das Hauptquartier der zentralen Zwei-Parteien-Militärkommission soll in Saigon oder an einem angemessenen anderen, zwischen den beiden südvietnamesischen Parteien vereinbarten Ort eingerichtet werden, an dem ein von einem der beiden kontrolliertes Gebiet angrenzt. Die Standorte der Hauptquartiere der regionalen Zwei-Parteien-Militärkommissionen und der Gruppen der Zwei-Parteien-Militärkommission werden von der Kommission innerhalb von 15 Tagen nach Inkrafttreten des unter Paragraph 3 angesprochenen Waffenstillstands festgelegt. Diese Standorte können nach Maßgabe der Kommission geändert werden. Die Standorte mit Ausnahme derer für die Gruppen an den Einfuhrstellen werden unter den Städten ausgewählt, die unter Artikel 11 (b) und (c) des Protokolls über den Waffenstillstand in Südvietnam näher bezeichnet sind, und unter jenen Orten, wo ein von der einen südvietnamesischen Partei kontrolliertes Gebiet an ein von der anderen kontrolliertes Gebiet grenzt, oder an jedem Ort, auf den sich die Kommission verständigt.

c) Sind den beiden südvietnamesischen Parteien die in Paragraph 11 (a) erwähnten Vorrechte und Immunitäten gewährt, wird die Zwei-Parteien-Militärkommission personell voll ausgestattet und ihre regionalen Kommissionen und Gruppen innerhalb von 15 Tagen nach Bestimmung ihrer Standorte an Ort und Stelle entsandt.

d) Die Zwei-Parteien-Militärkommission und die internationale Kommission zur Kontrolle und Überwachung werden eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig bei der Ausübung ihrer jeweiligen Funktionen unterstützen.

12. In Übereinstimmung mit Artikel 18 des Abkommens und mit Artikel 10 des Protokolls über die internationale Kommission zur Kontrolle und Überwachung werden der internationalen Kommission einschließlich ihrer Gruppen solche Beobachtungsfahrten gestattet, die für die angemessene Ausübung ihrer Funktionen gemäß dem Abkommen vernünftigerweise notwendig sind. In Ausübung dieser Funktionen wird die internationale Kommission einschließlich ihrer Gruppen alle notwendige Unterstützung und Mitarbeit der betroffenen Parteien erhalten. Die beiden südvietnamesischen Parteien werden ihren Mannschaften die notwendigen Instruktionen erteilen und alle anderen notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit solcher Bewegungen zu gewährleisten.

13. Artikel 20 des Abkommens bezüglich Kambodschas und Laos wird gewissenhaft erfüllt werden.

14. In Übereinstimmung mit Artikel 21 des Abkommens wird die gemeinsame Wirtschaftskommission der USA und der Demokratischen Republik Vietnam in vier Tagen nach Unterzeichnung dieses gemeinsamen Kommuniqués strikt respektieren und gemuniqué ihre Treffen wieder aufnehmen und die erste Phase ihrer Arbeit innerhalb von 15 Tagen danach abschließen.

Die betroffenen Parteien versichern, daß sie alle Bestimmungen des Pariser Abkommens, seiner Protokolle und dieses gemeinsamen Kommuniqués strikt respektieren und gewissenhaft erfüllen werden. Die unterzeichneten Vertreter der Signatar-Parteien des Pariser Abkommens haben beschlossen, dieses gemeinsame Kommuniqué herauszugeben, um die Punkte festzuhalten und zu veröffentlichen, auf die sie sich geeinigt haben.

Gezeichnet in Paris, 13. Juni 1973.

**Adressenänderung
bitte rechtzeitig
bekanntgeben**

SCHULMATERIAL FÜR DEN AUFBAU IN

ANGOLA GUINEA-BISSAU MOCAMBIQUE



Die MPLA ist bereits in der Lage, Schulmaterial für die Ausbildung der Freiheitskämpfer und die Bevölkerung selbst zu erarbeiten. Trotzdem ist sie auch auf die Unterstützung durch die internationale Solidaritätsbewegung angewiesen. (Foto: R.-H. Hintze)



Überall in den befreiten Gebieten wurde ein Alphabetisierungsprogramm in Angriff genommen, um für alle Bewohner Lesen und Schreiben zu lehren. Der tägliche Unterricht in den Dorfschulen ist dabei ein wichtiger Teil des Kampfes gegen die Unwissenheit. (Foto: R.-H. Hintze)

In Angola, Guinea-Bissau und Mocambique verfolgen die portugiesischen Kolonialherren das Ziel, die einheimische Bevölkerung in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Abhängigkeit zu halten und das Aufkommen eines eigenen Nationalbewußtseins zu verhindern. Das einheimische kulturelle Erbe wird vollständig ignoriert und der größte Teil der Bevölkerung bewußt in Unwissenheit gehalten. Lediglich eine kleine "europäisierte Elite" wird gefördert, um entweder der Kolonialverwaltung zu dienen oder deren Vorstellungen zu übernehmen.

Das Ergebnis war eine Analphabetenrate zwischen 60% und 99% und eine verschwindend geringe Zahl von Afrikanern mit Hochschulabschluss. So erreichten z.B. in Guinea-Bissau bis 1961 nur 14 Afrikaner ein Universitätsdiplom.

Der Kampf gegen die Unwissenheit, gegen das Analphabetentum ist somit eine objektive Notwendigkeit des nationalen Befreiungskampfes. Es ist nicht möglich, ohne Bildung der Massen und ohne technisch-wissenschaftlich ausgebildete Kader den militärischen Befreiungskampf effektiv zu führen und eine neue Sozial- und Gesellschaftsordnung in den befreiten Gebieten aufzubauen.

Den Befreiungsbewegungen MPLA (Volkbewegung für die Befreiung Angolas), PAIGC (Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln) und der FRELIMO (Befreiungsfront von Mocambique) geht es dabei nicht nur darum, der Bevölkerung Schulwissen zu vermitteln, sondern in der Vermittlung dieses Wissens auch gleichzeitig das nationale und revolutionäre Bewußtsein der Massen zu heben. Das schließt selbstverständlich die politische Bildung mit ein.

Auf dem Unterrichtsplan stehen u.a. Lesen und Schreiben, Mathematik, Geschichte, Geografie, Naturwissenschaften und Zeichnen. Der Unterricht wird zum Teil mit selbsterstellten Materialien und Büchern durchgeführt. Schulbücher aus Portugal sind absolut unbrauchbar, da ihr Inhalt nicht mit den Unterrichtszielen der Befreiungsbewegungen übereinstimmt.

Die Notwendigkeit der Bildung der Massen ist eine objektive Notwendigkeit des nationalen Befreiungskampfes. Es ist nicht möglich, ohne Bildung der Massen und ohne technisch-wissenschaftlich ausgebildete Kader den militärischen Befreiungskampf effektiv zu führen und eine neue Sozial- und Gesellschaftsordnung in den befreiten Gebieten aufzubauen.

Die Notwendigkeit der Bildung der Massen ist eine objektive Notwendigkeit des nationalen Befreiungskampfes. Es ist nicht möglich, ohne Bildung der Massen und ohne technisch-wissenschaftlich ausgebildete Kader den militärischen Befreiungskampf effektiv zu führen und eine neue Sozial- und Gesellschaftsordnung in den befreiten Gebieten aufzubauen.

Trotz der Schwierigkeiten, die der Aufbau einer nationalen Befreiungsarmee mit sich bringt, ist die Bildung der Massen eine absolute Notwendigkeit. Die Befreiungsbewegungen sind verpflichtet, die Bildung der Massen zu fördern und die politische Bildung mit einzuschließen.

Die Befreiungsbewegungen sind verpflichtet, die Bildung der Massen zu fördern und die politische Bildung mit einzuschließen.

Einige hundert Kilometer im Inneren Angolas befindet sich eine politisch-militärische Schule - das Zentrum für revolutionäre Schulung (CIR). Neben der militärischen Ausbildung organisiert es vor allem politische Kurse für die Kämpfer der MPLA (Volkbewegung für die Befreiung Angolas).

Hier werden jedoch auch Grundkurse für die gesamte Bevölkerung entwickelt. In diesem Zentrum erarbeitete die MPLA 1969 sogar eigene Lesebücher für den Grundkurs, die den Schülern von mehr als 40 Schulen zur Verfügung gestellt werden konnten.

Zu den im CIR gelehrteten Fächern gehören Mathematik, Portugiesisch, Lesen, Geografie und Geschichte. Außerdem ist der Schule eine Farm angegliedert, die ebenfalls von den Schülern bearbeitet wird. Es wird auch der Notwendigkeit Rechnung getragen, Kinder, die hier ihre Grundschulausbildung erhalten, in bestimmten militärischen Fertigkeiten auszubilden. Zusätzlich ermöglicht die MPLA diesen Schülern, sich nach Beendigung der Grundschule weiterzuqualifizieren.

Das nebenstehende Foto zeigt Schüler und Lehrer des Zentrums für revolutionäre Schulung (CIR) vor ihrem Klassenraum. (Foto: R.-H. Hintze)



0 1 2 3

1 + 2 = 3

1A
CLASSE

MATEMÁTICA

Die Mathematik-Lehrbücher für die 1. und 2. Klasse wurden von einem DDR-Lehrer ausgearbeitet. Im Mai 1971 konnte der erste Teil des Lehrbuches (Auflage: 50.000) an alle drei Befreiungsbewegungen geliefert werden.

ndigkeit des Kampfes und die Organisa-
tionen, die in den befreiten Gebieten
erfordern, daß sich die Schule eng
glichen Leben verbindet. Deshalb ist
ichtig, daß die Schüler außer der politi-
dung auch eine sportliche und militä-
sbildung erhalten. Außerdem muß pro-
werden, um die Bevölkerung und die
kämpfer zu versorgen. Die Feldarbeit
unumgänglich und muß mit in die Un-
gestaltung einbezogen werden.

derunter auch Internatsschulen (voris-
begabte Schüler und Kinder gefallener
und Erziehungszentren befinden sich in
der befreiten Gebiete und Stützpunkten
lungskämpfer, aber auch zum Teil in be-
an afrikanischen Staaten wie Tanzania,
Guinea und Sambia.

führung ständiger Lehrkurse, die Ver-
3 des Lehrprogramms und der Lehrmethoden,
chtung eines Programms für die Erwachse-
ng sollen zur Hebung des Unterrichtsni-
1 der Bildung der Bevölkerung beitragen.

r großen Schwierigkeiten, des Lehrerman-
fehlenden Unterrichtsmaterialien und
digen Bedrohung durch die portugiesischen
auf die befreiten Gebiete, ist es gelun-
Ausbildung erfolgreich voranzutreiben.
s schon 1966/67 allein in den befreiten
von Guinea-Bissau 195 Schulen, in denen
er 14 386 Schüler unterrichteten; d.h.
C errichtete in vier Jahren dreimal so
hulen wie die Portugiesen in 500 Jahren.

maßnahmen der sozialistischen Länder,
schrittlichen afrikanischen Staaten und
imperialistischen Kräfte in den kapita-
en Ländern haben zu diesen Erfolgen we-
beitragen. Gerade weil die Bundesre-
nach wie vor den NATO-Partner Portu-
gestützt, müssen die demokratischen und
ittlichen Menschen in der Bundesrepublik
ideritätsaktionen mit den Völkern von
Guinea-Bissau und Mocambique verstärken.



Neben Schreiben, Lesen, Mathematik, Geschichte, Geo-
graphie und Biologie steht auch Sport auf dem Lehr-
plan dieser Schule in Guinea-Bissau.



Diese beiden Fotos zeigen die Gebäude der MPLA-Inter-
natsschule N'Gangula auf sambischem Territorium
und Kinder beim Unterricht. (Foto: R.-H. Hintze)

SOLIDARITÄT

mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien Angola, Guinea-Bissau, Mocambique

Aufruf zur
materiellen
Hilfe
für die
Befreiungsbewegungen
**MPLA
PAIGC
FRELIMO**

Prof. Wolfgang Abendroth
Prof. Hans Werner Bartsch
Wilhelm Breuer
Gunnar Matthiessen
Rolf Jürgen Priemer
Dr. Erika Runge
Barbara Schilling
Karl-Heinz Schröder
Dr. Hannells Schulte
Dr. Kurt Stelohaus
Dr. Martin Walsor
Frank Werkmeister
Prof. Erich Wulff

**Postscheckkonto Köln 171 387
Sonderkonto Wilhelm M. Breuer, Köln**

10000 Schulhefte und Bleistifte für die Kinder in den portugiesischen Kolonien

Die Herausgeber und Mitar-
beiter des "Antimperialisti-
schen Informationsbulletins"
haben zu einer konkreten
Unterstützungsaktion für
die Schüler in den befreiten
Gebieten von Angola, Guinea-
Bissau und Mocambique aufge-
rufen. Über 10.000 Schulhef-
te und Bleistifte sollen den
Befreiungsbewegungen MPLA,
PAIGC und FRELIMO als Schul-
material zur Verfügung ge-
stellt werden.

Um eine derartige konkrete
Spende haben die Vertreter
der Befreiungsorganisationen
dringend gebeten.

Zahlreiche Spenden sind be-
reits eingegangen; Schüler-
gruppen und Kindergärten,
Lehrer und Studenten haben
sich in der BRD dieser Akti-
on angeschlossen.

Geldspenden werden unter dem
Schriftwort "10000 Schulhefte" auf
das Post-Konto Köln 171 387, Sonderkonto
Wilhelm Breuer, Köln, erbeten.

Spendenkassen werden von der Re-
daktion des "Antimperialistischen
Informationsbulletins" gesammelt
unter der Anschrift:
Barbara Schilling, 358 Marburg,
Liebigstraße 46

Afrika

Wir setzen hiermit den ersten Teil des Artikels von Albert Tshume (AIB Nr.6/1973) fort, der Fragen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges in Afrika seit 1960 beantwortet. In diesem Teil befaßt sich der Autor besonders mit dem Problem, daß die bestimmenden politischen Kräfte in diesen Ländern oft kleinbürgerliche Elemente sind, die in ihren Maßnahmen - aufgrund der sozioökonomischen Unterentwicklung - nicht von einer starken Arbeiterklasse unterstützt und vorwärtsgetrieben werden können.

Albert Tshume

Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg (II)

Wichtig ist klarzustellen, welche dieser Elemente der ökonomischen Rolle der nationalen Bourgeoisie eine objektive Basis für ihr Streben nach Unabhängigkeit darstellen. Wir engen die Diskussion jetzt auf zwei Aspekte ein, ohne damit zu unterstellen, daß diese erschöpfend sind.

Zunächst hat das lokale Handels- und Leihkapital ein Interesse daran, die Kontrolle über die einheimischen Märkte zu erlangen, um sich selbst zum Industriekapital weiter zu entwickeln (normalerweise, indem es Maschinen importiert und Produktionsstätten, speziell für Nahrungsmittel, Textilien und andere Konsumgüter errichtet). Wenn Groß- und Kleinhandel in weitem Maße von ausländischem Kapital beherrscht sind, ist diese Expansion blockiert. Typisch ist dann, daß das einheimische Kapital zu schwach ist, um das ausländische durch normale Konkurrenz aus dem Geschäft zu vertreiben. Es braucht die Intervention des Staates, in Form von Importkontrollen, Ausgabe von Handelslizenzen, Manipulation von Krediten etc.

In dem Maße, wie ausländisches Kapital im tropischen Afrika noch nicht eliminiert ist, stellt die einheimische Handels- und geldverleihende Bourgeoisie ein latentes antiimperialistisches Potential dar. Dann, wenn einheimisches Kapital durch staatliche Intervention in die Lage versetzt wurde, sich das Exportmonopol eines jungen Staates zu sichern, wird es das Opfer der niedrigen Monopolpreise, die von den Kartellen der imperialistischen Länder gegen die Primärprodukte aller Entwicklungsländer bestimmt werden.

Hierin liegt eine andere Quelle für einen Konflikt der nationalen Bourgeoisie und dem ausländischen Kapital und die Basis ihres objektiven Interesses an der Entwicklung einer unabhängigen Wirtschaft.

Gegen diese Überlegungen wirken die allgemeineren Eigenschaften der nationalen Bourgeoisie - ihr Interesse als Bourgeoisie schlechthin, die arbeitende Bevölkerung auszu-beuten, gleich ob in der Produktion oder über

den Markt. Darüberhinaus ist die Politik in den afrikanischen Ländern wegen ihrer engen Verbindung zur Industrie in der Phase nach der Erlangung der Unabhängigkeit Ausdruck scharfer Rivalitäten zwischen den unterschiedlichen Elementen der Bourgeoisie; diese Rivalitäten reflektieren die Widersprüche, die sich aus dem Wachstum der Bourgeoisie als Klasse ergeben. Solche Teile der Bourgeoisie, unterschiedlich durch regionale und ethnische Bedingungen bestimmt, unterscheiden sich gewöhnlich wenig in Bezug auf Korruptheit, Hab-sucht oder des schieren Bankrotts ihrer sozio-ökonomischen Politik vor der Aufgabe, die Probleme der gewöhnlichen Leute zu lösen.

Es liegt zum Teil daran, daß diese Elemente in den letzten Jahren mit ihren Staatsstreichen, Kriegen und sensationellen Skandalen am deutlichsten hervorgetreten sind, daß der andere positive Aspekt der nationalen Bourgeoisie oft aus den Augen verloren wurde, und sogar seine Existenz als allgemeine Voraussetzung abgestritten wurde.¹⁾

Ohne eine viel größere Auswahl konkreter Studien einzelner afrikanischer Länder zur Verfügung zu haben, können wir im Moment nichts weiter tun, als den zwiespältigen und widersprüchlichen Charakter der nationalen Bourgeoisie im augenblicklichen Stadium der national-demokratischen Revolution aufzuzeigen und anzuerkennen, daß in bestimmten Situationen die nationale Bourgeoisie bereits zu einer antinationalen Kraft, zu Compradoren degeneriert sein kann.

2. Die Compradoren-Bourgeoisie ist charakterisiert durch ihr antinationales, proimperialistisches und parasitäres Wesen. Sie strebt keine autonome Entwicklung der nationalen Wirtschaft an und ist damit zufrieden, einiges von den Profiten abzuschöpfen, die das ausländische Kapital macht, dessen bloßer Agent sie sowohl ökonomisch wie politisch ist. Sie ist auf schnelle Profite ohne langzeitige Verpflichtungen aus, läßt sich in Spekulationen, Bestechungen und Schiebungen ein. Das betrifft nicht notwendi-

gerweise eine bestimmte Gruppe von Leuten innerhalb derer, die als nationale Bourgeoisie beschrieben werden: Vielmehr gibt es zwei Entwicklungsschemata entgegengesetzten Charakters innerhalb der Bourgeoisie. Aus diesem Grund, und auf Grund der engen Verflechtung beider Typen der Bourgeoisie mit den politisch herrschenden Kreisen (seien es militärische oder zivile, in der parlamentarischen, administrativen oder gerichtlichen Sphäre) halte ich es für nicht hilfreich, von einer bürokratischen Bourgeoisie in den tropischen afrikanischen Ländern zu sprechen.

Der Ausdruck ist insofern brauchbar, als er die gegenseitige Durchdringung von Bourgeoisie und Staatsmaschinerie aufzeigt, und uns daran erinnert, wie auf vielen Ebenen und mit weitreichenden Konsequenzen die Anwärter auf Status und Reichtum der Bourgeoisie versuchen, bürokratische Rollen zugunsten ihres persönlichen und familiären Vorteils auszunutzen. Aber der Begriff "bürokratische Bourgeoisie" ist insofern nicht angemessen, als er nicht zwischen reaktionären und progressiven Teilen der Bourgeoisie unterscheidet und nur das bezeichnet, was sie gemeinsam haben und auch dies nur in der politischen Sphäre (ohne zu Produktions- und Distributionsverhältnissen in Beziehung gesetzt zu werden).

Mittelschichten

Ein herausragendes Merkmal des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der Klassenkräfte im tropischen Afrika ist die Vorherrschaft der Mittelschichten und des Kleinbürgertums in Stadt und Land. Sie bestehen aus sehr heterogenen Gruppen; in den Städten aus Intelligenz, selbständigen Geschäftsleuten (vom Taxifahrer und Händler bis zum Handwerker), white-collar-Angestellten in Handel, Industrie und staatlicher Verwaltung und den meisten Rängen zwischen der Generalität und den Mannschaften in der Armee. In Westafrika gehören auf dem Lande die Hälfte bis Zweidrittel der Landbevölkerung - die Mittelbauern - zu dieser Kategorie. In Ost- und Zentralafrika gibt es mehr Varianten, und neuere Informationen sind schwer zu bekommen. Aber es ist wichtig, hier die Ähnlichkeit zu berücksichtigen, die zwischen den selbständigen Bauern, die für den Markt produzieren und den in ihrem Stamm verankerten für den Eigenbedarf produzierenden Bauern existieren. Aus Platzgründen können wir diese verschiedenen Elemente nicht genau identifizieren oder sie vollständig aufzählen. Aber die Tatsache, daß im tropischen Afrika die aktivsten politischen Kräfte gerade aus diesen Kreisen hervorgehen, erfordert einen Kommentar.

Die pseudomarxistischen Kassandrarufer, die die Möglichkeit eines nichtkapitalistischen Weges zum Sozialismus dort, wo ein entwickeltes Proletariat fehlt, leugnen, betonen die klassenmäßigen und politischen Grenzen des Kleinbürgertums. (Der Begriff umfaßt nicht vollständig alle sozialen Elemente, von denen die Rede ist, mag jedoch als Kurzformel ausreichen). Natürlich ist der Doppelcharakter, die Ambivalenz des Kleinbürgertums seit langem als Grundelement marxistischer Klassenanalyse anerkannt. Das Problem besteht in folgendem: Wenn nur ein schwaches und kleines städtisches Proletariat existiert und eine arbeitende Bauernschaft, die verstreut, unorganisiert und ohne Klassenbewußtsein ist, wie können sich dann die tropisch-afrikanischen Länder unter der Führung dieser unstabilen und schwankenden Elemente zum Sozialismus hin entwickeln? Welche objektive Grundlage gibt es für eine feste antikapitalistische Orientierung bei Menschen, die definitionsgemäß selbst sozusagen halbe Kapitalisten sind?

Wenn wir auf diese Frage keine klare Antwort haben, können wir die feste sozialistische Orientierung von afrikanischen Führern wie Sekou Touré und Nyerere nur als eine kurzlebige Abweichung erklären. Wir können dann auch nicht die Dynamik der nichtkapitalistischen Entwicklung bloßlegen und die Errungenschaften der sozialistisch orientierten afrikanischen Länder wissenschaftlich erklären. Vor allem können wir ohne eine klare Antwort hierauf nicht die gewaltige Herausforderung in den Griff bekommen, die das späte Zwanzigste Jahrhundert für die jungen Staaten in Afrika bedeutet - die Chance, die Tretmühle des Kapitalismus zu umgehen und den Sozialismus auf einem Übergangswege zu erreichen.



Julius Nyerere, Staatschef von Tanzania

Eine vollständige Antwort würde ein Buch füllen und einiges erneut behandeln, was bereits behandelt wurde, z.B. die Analyse der

objektiven Basis für das revolutionäre Potential der nationalen Bourgeoisie. Der springende Punkt liegt jedoch hier: Die Hauptaufgabe, der sich die afrikanischen Staaten gegenübersehen, ist die Überwindung ihrer Rückständigkeit auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Eine notwendige Bedingung dafür ist die Unabhängigkeit - nicht nur, wie Lenin schon vor langer Zeit warnte, im politischen Bereich ²⁾, sondern auch im wirtschaftlichen. Diese Unabhängigkeit erfordert einen entschlossenen antiimperialistischen Kampf, an dem die überwiegende Mehrheit des Volkes zutiefst interessiert ist. Dieser antiimperialistische Kampf ist seinem Wesen nach demokratisch und verlangt nach demokratischen Lösungen für die ökonomischen und politischen Probleme, mit denen Afrika konfrontiert ist. Zu Beginn des Kapitalismus war der Kampf um Demokratie im wesentlichen ein bürgerlicher, und nur die politische Demokratie konnte die Bedingungen für die weitere Entwicklung des Kapitalismus schaffen. Heute, da der Kapitalismus sich im Niedergang und der Sozialismus sich im Aufstieg befindet, nähert sich das Wesen der Demokratie mehr dem Sozialismus, und ihr sozio-ökonomischer Inhalt wird in zunehmendem Maße antikapitalistisch.

Der Kapitalismus hat keinerlei Lösung für die Probleme des heutigen Afrika anzubieten, und diese objektive Tatsache legt den Möglichkeiten der kleinbürgerlichen politischen Kräfte, bürgerliche Leitlinien weiter zu verfolgen, starke Beschränkungen auf. Ob das unmittelbare Problem die Kontrolle eines Volkes über die Naturreichtümer, ihre Nutzbarmachung und weitere Entwicklung ist, oder aber die Errichtung einer nationalen Industrie, die Ausbildung technischer Kader und die Überwindung des Analphabetentums, die Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität und die Erweiterung der Vielfalt der landwirtschaftlichen Produktion - was immer das Problem ist, die Lösung ist in der Tendenz verknüpft mit Demokratie und engeren Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, d.h. mit Maßnahmen wie Zusammenarbeit in der Landwirtschaft, Nationalisierung, der Revolutionierung der Kultur, wirtschaftlicher Hilfe ohne eigennützige Interessen etc.

Die Erfahrung der vergangenen zehn Jahre in Afrika zeigt, daß die kleinbürgerlichen revolutionären Demokraten durch die Logik der Nöte, denen sie sich gegenübersehen, auf den nichtkapitalistischen Weg gedrängt werden. Wenn man auf die Entwicklung so verschiedener Länder wie Ägypten ³⁾ und Tanzania zurückblickt, kann man sehen, daß bedeutende Schritte auf dem nichtkapitalistischen Weg

von sozialen Kräften unternommen wurden, die Probleme in revolutionärer Weise, aber ohne wohlentwickelte programmatische Perspektive meisterten. Maßnahmen wurden getroffen, die weitreichendere Wirkungen haben können, als ihre Initiatoren beabsichtigten. Und immer steht dabei die Wahl zwischen den eigennützigen, engen Interessessen einer kleinen Klasse oder Gruppe, die dem Kapitalismus zuneigt, und den Interessen großer Zwischenschichten und der Masse der arbeitenden Menschen, welche demokratische Lösungen fordern und unterschiedlich stark dem Sozialismus zuneigen. Als Grund dafür, daß die meisten Afrikaner irgendeine Art von Sozialismus dem Kapitalismus vorziehen, wird oft die Tatsache bezeichnet, daß Kapitalismus und Kolonialismus für sie praktisch das gleiche bedeuten, und mit dem Kolonialismus hatten sie natürlich äußerst schlechte Erfahrungen gemacht. Das ist zwar richtig, aber nicht der einzige Grund; wäre dem so, könnte man erwarten, daß die kommende, nach der Unabhängigkeit geborene und erzogene Generation den Kapitalismus eher akzeptieren würde - was allerdings ein merkwürdiger Gedanke ist, für den sich wenig Anlaß bietet. Die tiefere Grundlage für die Ablehnung des Kapitalismus durch die afrikanischen Massen (einschließlich des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums) ist die Erkenntnis - so partiell und begrenzt sie auch sein mag -, daß der Kapitalismus ihnen keine umfassende Verbesserung ihrer Lebenssituation bringen kann.

Politische Probleme

Nachdem wir einige Faktoren angesprochen haben, durch die afrikanische Länder und die Führer ihrer Völker in eine sozialistische Richtung gedrängt wurden, können wir uns kurz einigen politischen Problemen zuwenden, denen sich revolutionär-demokratische Regimes in der Praxis gegenüber sehen. Die Leichtigkeit, mit der in den letzten Jahren einige fortschrittliche Regierungen gestürzt werden konnten, sowie einige offensichtliche Schwächen bei anderen, die an der Macht blieben, haben in einigen Kreisen Pessimismus hervorgerufen. Theoretisch ist die soziale Basis derartiger Regierungen breit: Sie umfaßt (u.a.) die Hauptmasse der Bauernschaft, die bis zu 90 % der Bevölkerung ausmacht. In der Praxis erscheinen diese Regierungen manchmal gefährlich labil, und ihre sozialistische Orientierung ist offenbar an das persönliche Charisma eines hervorragenden, der Sache ergebenen Führers gebunden, der von einigen loyalen Gefolgsleuten im Staats- und Parteiapparat gestützt wird. Die Frage nach der umfassenden, tiefgehenden und aktiven Verbindung zwischen einer revolu-

tionär-demokratischen Führung und den bäuerlichen Massen ist von lebenswichtiger Bedeutung. Die Bauern leben über weite Gebiete verstreut, sind reaktionären religiösen und ethnischen Einflüssen unterworfen, werden zu Opfern lokaler Beschränktheit, lassen sich schwer organisieren und als Basis der vergleichsweise reicheren, gebildeten, den Städten entstammenden Führerschaft festmachen. Das Unvermögen der Sudanesischen Union in Mali, dieses schwierige Problem zu lösen, war ein Faktor, der 1967 zur Krise in der Parteiführung beitrug. Damals paralysierten reaktionäre Elemente den progressiven Flügel und brachten die Regierungsarbeit zum Stillstand, wodurch der Weg für den Militärputsch im Jahre 1968 geebnet wurde. Nkrumahs Sturz wurde erleichtert durch die organisatorische und ideologische Schwäche der herrschenden CPP und deren kaum vorhandene Verbindung mit dem arbeitenden Volk in Ghana.

Natürlich verzerrt die Betrachtung von Fehlschlägen die Dimensionen. Das tropische Afrika bietet in dieser Hinsicht auch mehrere lehrreiche Erfolgsbeispiele. So hat in Tanzania die TANU ein Verfahren entwickelt, bei dem eine starke Ein-Parteien-Ordnung aufrechterhalten wird und das gleichzeitig den Wählern in allgemeinen Wahlen eine demokratische Wahl zwischen Kandidaten ermöglicht. (vgl. African Communist, Nr. 23, Bericht von A. Langa).

Das sind u.a. die Mittel, mit denen die TANU ihren Charakter als eine eng mit den Massen verbundene Avantgarde-Partei bewahrt.

In Guinea wurde eine gewisse Stagnation, die das Parteileben erfaßt hatte, durch die imperialistische Invasion von 1970 jäh beseitigt und eine Wiederbelebung der Parteiaktivitäten in Gang gesetzt. Dies zog Tausende von Massenveranstaltungen nach sich, die von örtlichen Revolutionskomitees, regionalen Parteikomitees und den Massenorganisationen der Frauen, Jugendlichen und von den Gewerkschaften durchgeführt wurden. Die revolutionär-demokratischen Regierungen der Volksrepublik Congo und anderen progressiven afrikanischen Staaten ergreifen eine Fülle verschiedener Maßnahmen, um die führende Rolle der herrschenden Partei zu stärken und ihre ideologische Festigkeit und ihren Einfluß zu vertiefen. (Nähere Einzelheiten, vgl. E. Onan: Die Dekolonialisierung der Kultur in Afrika, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 7, 1972).

Das Problem des Aufbaus einer Massenpartei der Avantgarde, die in vielfältiger Weise mit den Massen verbunden ist, steht besonders dort, wo die kleinbürgerlichen Demokraten, die

an die Macht gelangen, Militärs sind. Durch ihren Beruf auf befehlsmäßige Führungsmethoden, starre Organisationsweisen und das Verlassen auf bürokratische Kommunikationskanäle eingestellt, können sie oft nicht die Notwendigkeit einer starken politischen Partei einsehen, die in der Lage ist, die bäuerlichen Massen zu mobilisieren, bzw., wenn sie die Notwendigkeit sehen, versäumen sie es, die große Sorgfalt, Anstrengung und Ausdauer aufzubringen, die diese Aufgabe erfordert. In diesem Zusammenhang erinnert man sich sofort an Algerien und Ägypten. In der Tat scheint die wechselvolle Geschichte der Arabischen Sozialistischen Union in Ägypten in den letzten 10 Jahren ein Kompendium aller Unglücksfälle und Krisen zu bieten, die einer revolutionär-demokratischen Partei widerfahren können, der in jedem Stadium ihrer Entwicklung Gefahr droht: durch Lähmung durch Bürokraten, durch den Kampf der Bourgeoisie, durch die Erscheinungen von Apathie und Desinteresse bei den armen ländlichen Massen, die am meisten vom Sieg einer dynamischen Partei über die Kräfte der Reaktion zu erwarten haben. Und doch übersteht die Partei jede Krise, verwirrt die Pessimisten und sorgt für die Existenz machtvoller objektiver Faktoren, die eine nichtkapitalistische Entwicklung fördern. Das Verbot der Kommunistischen Partei in Ägypten hat die Regierung jedoch der klassenbewußtesten und einsatzfreudigsten antiimperialistischen Kraft beraubt, hat zu der andauernden ASU-Krise beigetragen und jenen Elementen in Ägypten Rückhalt gegeben, die ein Arrangement mit dem US-Imperialismus suchen.

In Somalia bilden ebenfalls Militärs eine revolutionär-demokratische Regierung. Sie wird vom Obersten Revolutionsrat geführt, der im Jahre 1969 die Macht ergriff, und steht immer noch vor dem dringenden Problem, eine politische Partei aufzubauen, die die Nomaden, die städtischen Arbeiter und andere Schichten des Landes hinter der progressiven Führung vereinen könnte.

Die Transformation revolutionär-demokratischer Parteien in starke Avantgarde-Parteien steht in enger Verbindung mit ihrer zunehmenden Orientierung auf den Marxismus-Leninismus und den wissenschaftlichen Sozialismus. Die Geschichte kennt zahlreiche Beispiele einzelner kleinbürgerlicher Demokraten, die sich im Laufe des revolutionären Kampfes veränderten. Karl Marx, Engels und W.I. Lenin gelangten zu ihrer Zeit durch eben diesen Prozeß zum wissenschaftlichen Sozialismus, genauso Fidel

Castro in Kuba. Die Schriften und Reden des hervorragenden Führers der PAIGC in Guinea (Bissau), Amilcar Cabral, lassen auf eine ähnliche Entwicklung unter afrikanischen Bedingungen schließen. Aber die Transformation einer ganzen politischen Partei ist ein langwieriger und komplexerer Prozeß. In diesem Zusammenhang ist die Geschichte der Mongolischen Volksrevolutionären Partei (MVRP) von großer Bedeutung für unseren heutigen Kampf. Im Feuer einer machtvollen antiimperialistischen und antifeudalistischen Revolution nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zur Herrschaft gelangt, war die MVRP ihrer Ideologie und Klassenzusammensetzung nach eine kleinbürgerliche revolutionär-demokratische Partei. Das konnte auch kaum anders sein in diesem Lande, in dem es nahezu keine Arbeiterklasse gab, die zudem größtenteils aus "arats" (nomadisierende Hirten) bestand. In enger Verbundenheit mit der bolschewistischen Partei und unter dem Schutz der revolutionären Macht des ersten Arbeiterstaates gegenüber einer direkten imperialistischen Intervention, orientierte sich die MVRP auf den Sozialismus und steuerte während der 20-jährigen demokratischen Phase der mongolischen Revolution einen nichtkapitalistischen Kurs. Die Entwicklung der Partei wurde von allen Seiten bedroht:

Die rechten Opportunisten, die in den 20er Jahren in der Partei die Oberhand hatten, behinderten die weitere Entwicklung des Landes und widersetzten sich entschlossener und kompromißlosen Aktionen gegen die Feudalklasse. Sie verhöhnten die Idee der nichtkapitalistischen Entwicklung und wichen offen von der Politik der Partei und den Prinzipien des proletarischen Internationalismus ab. Viel Schaden wurde auch von den "linken" Opportunisten angerichtet, die die historischen Besonderheiten der Mongolei mißachteten und das Wachstum der sozialistischen Produktionsweise dadurch zu beschleunigen suchten, daß sie in den 30er Jahren die Hirten in Kooperative zwangen, als die notwendigen Voraussetzungen noch fehlten. (MVRP - The Nation's Vanguard, von T. Dugersuren, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 2, 1971).

Zu Beginn der 40er Jahre war die demokratische Phase zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden, und die MVRP konnte den Übergang zum Sozialismus anführen. Zu diesem Zeitpunkt war sie selbst eine marxistisch-leninistische Partei geworden - obwohl noch 1940 die Arbeiter nur 6,4 % der Parteimitglieder stellten. Dies verdeutlicht den außerordentlichen Einfluß der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus auf die nationale Befreiungsbewegung in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und ihre große Bedeutung für nichtproletarische Bewegungen, die ihre Länder vom Kapitalismus hin zum Sozialismus führen.

Das soll nicht heißen, daß sich alle revolutionär-demokratischen Parteien im Laufe der Zeit automatisch in marxistisch-leninistische Parteien verwandeln werden. Im Gegenteil, sich selbst überlassen, haben solche Parteien - wie wir gesehen haben - die Tendenz, zu leblosen Anhängseln des Staatsapparates herabzusinken und zu Instrumenten reaktionärer Kräfte zu werden. Nur der intensive Kampf aufrechter Patrioten gegen Karrieristen und Opportunisten, nur der geduldige und konsequente Kampf marxistisch-leninistischer Parteien (wo sie existieren) und von Individuen oder kleinen marxistischen Arbeitsgruppen (wo es keine Parteien gibt) können das weitere Wachstum und den Fortschritt revolutionär-demokratischer Parteien garantieren. In dieser Hinsicht, wie auch unter anderen Gesichtspunkten, auf die wir in diesem und dem vorhergehenden Artikel hingewiesen haben, ist der nichtkapitalistische Weg ein Weg des scharfen Klassenkampfes, der dauernde Wachsamkeit und Widerstand gegenüber reaktionären Kräften erfordert, verbunden mit einer sorgfältigen Beurteilung der notwendigen Stadien der Entwicklung sowie der Triebkräfte, die objektiv jedes Stadium zum Abschluß bringen können.

Wir weisen daher jede Unterstellung zurück, daß die Befürwortung des nichtkapitalistischen Weges auf irgendeine mysteriöse Weise den inneren Klassenkampf mildert oder auf ein Minimum herabsetzt (s. African Communist, Nr. 49, 1972, S.97). Gerade weil Nkrumah nicht erkannte, daß der Beginn der nichtkapitalistischen Entwicklung in Ghana einen scharfen Klassenkonflikt innerhalb der Bourgeoisie - zwischen ihren nationalen und den Kompradorelementen - beschleunigte, versäumte er es, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, um seiner Partei den Besitz der Staatsmacht zu sichern.

Die progressiven Regierungen des afrikanischen Kontinents stehen vor einem langen und schwierigen Kampf. Sie stellen einen Eckpfeiler der weltweiten antiimperialistischen Bewegung dar, und ihre Unterstützung ist ein entscheidender Faktor im Fortschritt der revolutionären Bewegung gegen Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika. Sie verdienen Anerkennung für ihre beachtenswerten Errungenschaften und Unterstützung für die Zukunft. Aus diesem Grunde begrüßen alle Revolutionäre ihre Erfolge; durch die wissenschaftliche Analyse des nichtkapitalistischen Weges können sie zu ihren zukünftigen Siegen beitragen.

(Quelle: The African Communist, Nr. 52, 1973)

1) Ruth First z.B. (African Communist, Nr.49, S.97) verwechselt zwei logisch und politisch verschiedene Fragen:

a) ob es überhaupt eine nationale Bourgeoisie gibt (dabei geht es in Wirklichkeit in der Diskussion darum, ob die nationale Bourgeoisie ein revolutionäres Potential darstellt);

b) welche Möglichkeiten für die Formierung einer geeinten Front aller antiimperialistischen und progressiven Kräfte bestehen. Das zweite hängt in der Theorie nicht vom ersten ab. Tatsächlich aber zeigt schon allein die Machtergreifung einer solchen Einheitsfront das Ende der Hegemonie der nationalen Bourgeoisie in der nationalen Befreiungsbewegung an, und das ist nach Meinung eines Experten das entscheidende Kriterium für eine nichtkapitalistische Entwicklung (Ulyanowski in Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr.6, 1970). Es ist möglich, sich abstrakt eine antiimperialistische Einheitsfront vorzustellen, in der überhaupt kein Teil der Bourgeoisie beteiligt ist; aber momentan gibt es das in der Realität nicht.

Anmerkungen:

2) In seinen Thesen zur nationalen und kolonialen Fragen für den 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920, lenkte Lenin die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, weiterhin besonders in den rückständigen Ländern 'den Betrug (zu entlarven), den die imperialistischen Mächte systematisch praktizieren, welche in dem Gewand politischer Unabhängigkeit Staaten errichten, die wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig von ihnen abhängig sind.' (Sel. Works Vol III, S.437)

3) G. Mirsky schreibt: "Ägypten ist ein interessantes Beispiel einer Revolution, in der die Praxis die Theorie überholt" (African Communist No. 41 - 1970, S.22). (Der zitierte Aufsatz von Mirsky wurde in AIB Nr. 4 u. 5/1971 abgedruckt; die Red.)

10 000 Schulhefte und Bleistifte für die Kinder in den portugiesischen Kolonien

Unsere Aktion zur Unterstützung des Aufbaus der Schulen in den befreiten Gebieten Angolas, Guinea-Bissaus und Moçambiques findet breiten Zuspruch. Täglich treffen Bleistifte, Buntstifte, Radiergummis, Spitzer, Kreiden, Schulhefte und Zeichenblöcke sowie Geldspenden bei uns ein. In vielen Fällen bewirkte unser Aufruf, daß Schüler und ganze Schulklassen beschlossen, für die Schulkinder in den portugiesischen Kolonien zu sammeln - selbst die Etiketten vieler Schulhefte verweisen noch auf ihre früheren Benutzer.

Viele örtliche Organisationen stellen ihre Solidaritätsaktionen für die Befreiungsbewegungen in den Rahmen ihrer Vorbereitung für das X. Festival der Jugend und Studenten in Berlin/DDR. Das Antiimperialistische Informationsbulletin betrachtet diese Initiativen als wichtigen Beitrag der antiimperialistischen Kräfte in der BRD im Sinne der allgemeinen politischen Zielsetzung und Aufgaben der Festivalbewegung "Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft."

Als Mitglied des Arbeitskreises Festival der BRD wird das AIB bei den X. Weltfestspielen im Juli/August das Sammlungsergebnis an die Vertreter der MPLA, PAIGC und FRELIMO übergeben.

Die folgenden Auszüge aus Briefen an das AIB vermitteln einen Einblick in die Vielfalt der Aktivitäten und machen die Resonanz dieser Aktion deutlich. Dies, obgleich die Mehrzahl der Massenmedien in der Bundesrepublik mit allen Mitteln versucht, der Bevölkerung den Zugang zu wahrheitsgetreuen Informationen über die Verbrechen des Kolonialismus in Afrika und über den gerechten Kampf der unterdrückten Völker zu verwehren. Ein Beispiel für die Motive und Argumentationsweise der bürgerlichen Berichterstattung ist die Aussage eines Briefes der Frankfurter Allgemeinen Zeitung an das AIB:

"... Sie gehen, sicher irrtümlich, bei dem Aufruf von der Voraussetzung aus, daß es in Moçambique, Angola und Portugiesisch Guinea Gebiete gibt, die nicht nur von den von Ihnen genannten Unabhängigkeitsbewegungen beherrscht werden, sondern in denen diese Bewegungen auch Schulen eingerichtet haben.

Tatsächlich gibt es weder in Moçambique noch in Portugiesisch-Guinea solche Gebiete und mithin auch keine der von Ihnen genannten Schulen. Anderslautende Behauptungen sind, wie Besuche seriöser Journalisten bewiesen haben und beweisen, Wunschträume der politischen Zentren der PAIGC und des FRELIMO."
Günter Krabbe, FAZ

Antwort eines AIB-Lesers

"... Hier lege ich eine Kopie bei, des Schreibens, das ich an die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" gerichtet habe, bezüglich deren Briefes vom 7.3.1973 an Sie, Frau Schilling":

"Zu den o.g. Argumenten, mit denen Sie die von Frau Schilling erbetene Veröffentlichung eines Aufrufes verweigert haben, muß hier eine Richtigstellung erfolgen, da Sie diesbezüglich entweder über keine oder falsche, bzw. lückenhafte Informationen verfügen... Das Nachrichtenmagazin "Der SPIEGEL" hat in diesem Jahr 1973 schon dreimal zum Kolonialkrieg der Portugiesen in Afrika Stellung genommen...Nun ist ja den Redakteuren Ihrer Zeitung nicht zuzumuten, daß sie um der Korrektur des ihnen verordneten Weltbildes willen den "SPIEGEL" lesen. Deshalb werde ich die publizistischen Äußerungen desselben, die Situation in Moçambique, Angola und Guinea-Bissau betreffend, rezitieren... Wenn die "Frankfurter Allgemeine" über die oben genannten Fakten ihr Schweigen ausbreitet, oder sogar falsche Informationen ausbreitet, dann wird sie mitschuldig an der Tolerierung von Unterdrückung und an der Verbreitung von Unwissenheit."
Werner Klammer, Wuppertal

Initiativen

"10 000 Schulhefte und Bleistifte für die Kinder in den portugiesischen Afrika-Kolonien: Angola, Guinea-Bissau und Moçambique will das "Antimperialistische Informationsbulletin" in Marburg als Beitrag zu den X. Weltjugendfestspielen in Ost-Berlin sammeln, die unter dem Thema "Jugend gegen den Imperialismus" stehen. Das Schulmaterial soll den Befreiungsbewegungen MPLA (Angola), PAIGC (in Guinea-Bissau) und FRELIMO (in Moçambique) für die Verwendung in den von ihnen beherrschten Gebieten zur Verfügung gestellt werden."
Frankfurter Rundschau

"Mit dieser kleinen Spende möchten wir uns der Aktion "10 000 Schulhefte" anschließen. Wir sind gerne dazu bereit gewesen, unseren kleinen Teil dazu beizutragen, daß der Kampf der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien ein wenig leichter wird... Sie enthält elf Schulhefte und zehn Bleistifte. Das ist nicht viel, aber wir hoffen, daß es trotzdem seinen Zweck tut."
Horst D. Batz, Neviges

"Auf Grund Ihrer Bekanntgabe im Rundfunk bin ich bereit, eine ziemliche Menge an Schreibwaren wie Bleistifte, Kopierstifte usw. zu stiften. Geben Sie mir bitte die genaue Anschrift..."
H.-W.Ellebracht, Münster

"Hier sind ein paar Hefte und Bleistifte: zwar nicht viel, aber wir sind ja nicht die einzigen!"
Gunda Kuttler, Gießen

Schüler sammeln für Schüler

"Könnt Ihr uns für die von Euch gestartete Aktion "10 000 Schulhefte..." 100 Aufrufe zusenden? Wir wollen versuchen, einen möglichst großen Lehrerkreis daraufhin anzusprechen."
Agisymba, Afro-Centrum, Westberlin

"Vielleicht könnt Ihr uns noch Tips und Beispiele geben, wie man in Schulen diese Aktion am besten durchzieht, wir werden die Tips weitergeben."
Informationsdienst Schule im Sozialistischen Bund e.V. + Sozialistisches Büro, Säckingen

"Wir lasen eine Notiz im Berliner Extradienst, daß Ihr für die befreiten Gebiete in Angola und Moçambique Schulhefte sammelt. Wir haben Gelegenheit, innerhalb der nächsten 4 Wochen große Mengen Schulhefte zu besorgen."
Privat Kindergarten, Westberlin

"Wir veranstalten am 24.6. von der Kirchengemeinde ein Sommerfest, bei dem wir zugunsten der Aktion 10 000 Schulhefte... etwas veranstalten wollen.

Dazu bräuchten wir Plakate, Informationsmaterial, vielleicht einen Film, so vorhanden.

Wir haben überlegt, daß es für die Leute sehr anschaulich ist, wenn sie tatsächlich Hefte zugunsten der Aktion kaufen können. Sind also bereit, konkret welche zu verkaufen."
Wiebke Wähling, Stuttgart

"Bitte senden Sie uns 40 Ihrer Aufrufe zur Sammlung von Schulheften und Bleistiften für die Kinder in portugiesischen Kolonien. Wir möchten sie zur Anregung an unsere Mitarbeiterinnen in den einzelnen Bundesländern weiterreichen."
Westdeutsche Frauenfriedensbewegung, Essen

"Vielleicht ist es auch möglich, daß Ihr mir vorerst einmal 100 Flugblätter "10 000 Schulhefte und Bleistifte für die Kinder in den portugiesischen Kolonien" schickt, die ich dann innerhalb der DJD Landesverband Bremen verteilen kann, um dann eventuell zu einem noch nicht bekannten Zeitpunkt auch eine größere Menge auf der Straße zu verteilen."
Deutsche Jungdemokraten, Landesverband Bremen

Beitrag zum Festival

"In unserem Gründungsaufwurf haben wir die Aktion "Sammelt 10 000 Bleistifte und Schulhefte für die Schulen in den befreiten Gebieten von Moçambique, Angola und Guinea-Bissau!" für Gießen beschlossen. Um diese Sammlung in den breitesten Kreisen der Bevölkerung durchführen zu können, wollen wir Informationsstände und Straßensammlungen im Gießener Geschäftsviertel durchführen."
Arbeitsgruppe X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, Gießen

"Der zentrale Beitrag der Oldenburger Studentenschaft der PH zur Festival-Vorbereitung ist die Sammelaktion "10 000 Bleistifte und Hefte..."

Wir haben Gewicht darauf gelegt, daß diese Aktion nicht ausschließlich vom ASTA und von den ihn tragenden Gruppen (SHB und MSB) getragen wird, sondern daß hier die Fachschaften einen wesentlichen Beitrag leisten können."
ASTA der PH Niedersachsen, Abteilung Oldenburg

BESTELLUNGEN

für das

"Antimperialistische Informationsbulletin"

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto

Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren

33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

3550 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt:
D. Bottenberg, B. Braun, G.u.W. Bröner,
P. Dietzel, G. Görden, A. Hebel, B. Hebel-Kunze
W. Herrmann, O. Jäckel, K. Kiehne, V. Mangold,
K. Metzke, J. Ostrowsky, H. Peters, G.u.W. Scheer.

Armin Hebel

Auslandsinvestitionen und Lage der afrikanischen Arbeiterklasse in Südafrika

1. Rolle und Umfang der Auslandsinvestitionen

Neben der intensiv betriebenen Mobilisierung interner Ressourcen spielen ausländische Kapitalanlagen bei der kapitalistisch betriebenen Industrialisierung Südafrikas nach wie vor eine wesentliche Rolle: Wuchsen die ausländischen Verbindlichkeiten, d.h. die ausländischen gesamten direkten und indirekten Kapitalinvestitionen, in der Zeit von 1956 bis Ende 1967 um durchschnittlich 3,4 % pro Jahr, so nahmen sie von Ende 1967 bis Ende 1970 um 14,2 % jährlich zu.¹⁾ Dieser Trend hat auch seit 1970 nicht nachgelassen. Absolut wuchsen die Auslandsverbindlichkeiten der RSA zwischen 1967 und 1971 mittels einbehaltener investierter Profite und relativ hoher Netto-Kapitalimporte von 3 905 Mio. auf 7 033 Mio. Rand, prozentual um 80 %.²⁾ Die große Bedeutung des aus den entwickelten kapitalistischen Regionen transferierten Kapitals für das ökonomische Wachstum Südafrikas geht aus dessen Beitrag zur Kapitalbildung hervor: der Anteil der Netto-Kapitalimporte an der Finanzierung der Bruttoinlandinvestitionen zwischen 1968 und 1972 dürfte bei 15 % gelegen haben.³⁾

Im einzelnen ergibt sich für die bis zum Jahre 1971 einschließlich nach Südafrika geflossenen ausländischen Gesamtinvestitionen nach Herkunft und Umfang folgende grobe Orientierung; eine länderspezifische Aufgliederung existiert nicht:⁴⁾

Sterling-Block	- 3 891 Mio. R.
Dollar-Block	- 1 087 Mio. R.
Internationale Organisationen (Internationaler Währungsfonds, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung etc.)	- 215 Mio. R.
Westeuropa	- 1 751 Mio. R.
Andere Gebiete	- 89 Mio. R.
Insgesamt	7 033 Mio. R.

Die nur bis zum Jahre 1966 zugänglichen Daten über den prozentualen Anteil einzelner Länder an den gesamten Auslandsinvestitionen in Südafrika bieten folgendes Bild: Großbritannien 57,3 %, USA 13,1 %, Frankreich 15,3 % und andere westeuropäische Länder 11,0 %, wobei der britische Kapitalanteil zwischen 1956 den westeuropäischen Herkunftsländern ausländischer Kapitalinvestitionen in Südafrika konnten die westdeutschen Monopole nach Angaben der Deutsch-Südafrikanischen Kammer für Handel und Industrie in Johannesburg ihre Position seit

1966 deutlich ausbauen: Betragen die westdeutschen Investitionen 1966 314 Mio. DM, so erreichten sie Ende 1970 eine Höhe von 1,5 Mrd. DM; nach diesen eher zu niedrigen Schätzungen stieg ihr prozentualer Anteil an den gesamten Auslandsinvestitionen in diesem Zeitraum von 3 auf 5 %.⁶⁾

Wesentlicher als der Umfang der ausländischen Investitionen für die herrschende Klasse der RSA ist ihre objektive Funktion, ihr Beitrag zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo; denn das ökonomische Wachstum hat nicht zu der "politischen Liberalisierung" geführt, wie sie ebenfalls von Befürwortern von ausländischen Investitionen in Südafrika vorhergesagt worden ist.⁷⁾

Für das Rassistenregime hatten und haben die gestiegenen überseeischen Kapitalanlagen folgende positive Konsequenzen:

a) Die oben beschriebenen Verschiebungen innerhalb der ausländischen Gesamtinvestitionen zugunsten US-amerikanischer und westeuropäischer Investoren spiegeln nicht nur die neue Kräftekonstellation zwischen den einzelnen imperialistischen Hauptmächten zu Beginn der 70er Jahre wider, sondern sie sind ebenso Resultat eines strategischen Kalküls des Rassistenregimes. Um den Gefahren von Sanktionen internationaler Organisationen gegen die Apartheidpolitik entgegenzuwirken, versucht die RSA, Investitionsquellen unterschiedlicher Herkunft anzuzapfen. Denn eine breitere Streuung ausländischer Investitionen erscheint den südafrikanischen Rassisten offensichtlich als geeignetes Mittel, ausländische Kapitalgruppen durch Beteiligung an der Ausbeutung des schwarzen Proletariats zu Bündnispartnern zu machen, die durch Einflußnahme auf die öffentliche Meinung ihrer Herkunftsländer und auf ihre jeweiligen Regierungen einer möglichen Schwächung der internationalen Position Südafrikas entgegenzutreten geneigt sind. Diese stabilisierende Funktion ausländischer Investitionen drückte ein ehemaliger Gouverneur der südafrikanischen Zentralbank folgendermaßen aus: "Ausländische Investitionen sind nicht nur wertvoll, weil sie zusätzliches Kapital zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums liefern..., darüber hinaus stellen

sie so etwas wie einen Rettungsanker für unruhige Zeiten dar".⁸⁾ Daß Südafrika sich bereits in normalen Zeiten auf seine Bündnispartner verlassen kann, beweisen nicht zuletzt die kapitalistischen Großmächte in der UNO bei ihren Voten zugunsten der RSA.

b) Ferner ermöglichte das Anwachsen von ausländischen Investitionen Südafrika den Zugang zu modernen Technologien, die es u.a. auch gegenüber möglichen internationalen Sanktionen unempfindlicher machen. So vermittelten z.B. westdeutsche Firmen dem Chemietrust Sasol die Lizenzen für den Bau eines Kohleverflüssigungswerkes nach dem Fischer-Tropsch-Verfahren, das Südafrika, das keine Rohölquellen besitzt, mit synthetischem Benzin versorgen kann.⁹⁾

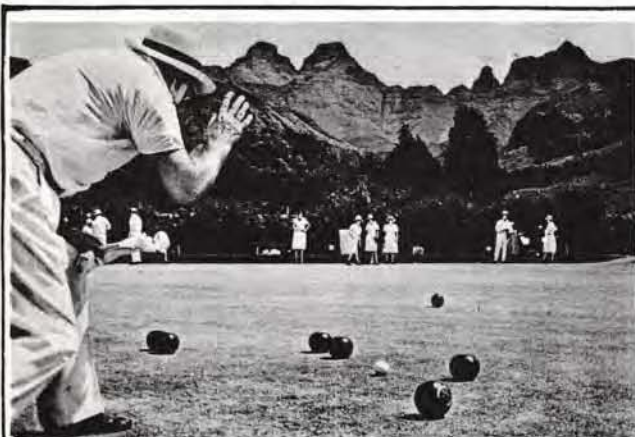
c) Schließlich setzten ausländische Investitionen Ressourcen Südafrikas für den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates frei, dessen Existenz für die Aufrechterhaltung des rassistischen Privilegiensystems und dessen sozioökonomischen Unterbaus unerläßliche Voraussetzung ist. Abgesehen davon trugen westliche Staaten direkt dazu bei, daß die RSA auf militärischem Gebiet von Jahr zu Jahr unempfindlicher gegenüber etwaigen schärferen internationalen Sanktionen gegen Waffenlieferungen an das Apartheidregime wurde, indem Unternehmen westlicher Staaten neben großen Waffenlieferungen¹⁰⁾ Südafrika bereitwillig Lizenzen¹¹⁾ für die eigene Rüstungsindustrie übermittelten. Daß westdeutsche Firmen sich ebenfalls an dem Ausbau des gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der afrikanischen Völker im südlichen Afrika gerichteten

Weißbuches dazu geführt, daß sich Südafrika nach dem forcierten Ausbau der einheimischen Rüstungsindustrie seit dem Jahre 1964 für den Fall innerer Unruhen völlig eigenständig versorgen kann.¹³⁾

Ein Überblick über Umfang und Rolle ausländischer Investitionen kann nicht ohne den Hinweis abgeschlossen werden, daß es nicht nur diese Form von ökonomischen Verflechtungen sind, die die westlichen Staaten und das Minoritätenregime im Süden des afrikanischen Kontinents zu Bündnispartnern machen. Südafrika als Markt für westliche Industriewaren¹⁴⁾, als Lieferant strategisch wichtiger Rohstoffe¹⁵⁾ und als Ausgangsbasis für die Verankerung westlicher Interessen im Subsahara-Bereich¹⁶⁾ stellen Faktoren dar, die die großen kapitalistischen Staaten und das Apartheidregime zusätzlich aneinander binden.

2. Die Lage der bei ausländischen Konzernen beschäftigten Arbeiter

Bezieht man die elende Lage der schwarzen Arbeiterschaft in den ausländischen Unternehmungen in die Analyse der ausländischen Kapitalanlagen in Südafrika ein, so werden die Ursachen für deren Existenz und Wachstum unvermittelt sichtbar. An einer Darstellung der Ausbeutungsverhältnisse, denen dieser große Teil der südafrikanischen Arbeiterklasse ohne politische und soziale Rechte schutzlos ausgeliefert ist, läßt sich zudem nachweisen, bis zu welchem Grade ausländische Monopole integraler Bestandteil des rassistisch modifizierten kapitalistischen



Weiße in Südafrika



Schwarze in Südafrika

ten militärischen Gewaltapparates beteiligten, ist erst jüngst wieder aus dem Mitwirken der Firmen Siemens AG und AEG-Telefunken am Aufbau der Befehlszentrale für die südafrikanische Kriegsmarine südlich von Kapstadt ersichtlich geworden.¹²⁾ Dieses indirekte und direkte Mitwirken westlicher kapitalistischer Unternehmungen und Staaten am Ausbau des südafrikanischen Militärpotentials hat nach Angaben des vom Kriegsministerium der RSA veröffentlichten

Ausbeutungssystems sind.

Britische Unternehmen

Was sich hinter den allgemein gehaltenen Angaben über Höhe, Form und Rolle der ausländischen Investitionen in der RSA an menschlichem Elend verbirgt, hat der Reporter des "Guardian", Adam Raphael, an der Lage der afrikanischen Arbeiter in einigen britischen Firmen demonstriert.

Wenn im folgenden vom "absoluten Existenzmini-



zum" die Rede ist, dann ist damit die in der südafrikanischen Statistik verwandte fiktive Größe, die Poverty Datum Line, gemeint, die das unentbehrliche Minimum repräsentiert, das zum Unterhalt einer afrikanischen Familie durchschnittlicher Größe - in der Regel eine Familie von fünf Personen - notwendig ist. In dieser Größe sind keine Ausgaben für Medikamente, Erziehung, hygienische und kulturelle Bedürfnisse enthalten. Je nach Region beträgt dieses Existenzminimum 75 bis 95 Rand. Das Minimaleinkommen, das einer fünfköpfigen afrikanischen Familie ein erträgliches, wenn auch bescheidenes Dasein ermöglicht, wird als Minimum Effective Level in der südafrikanischen Sozialstatistik bezeichnet und liegt 50 % über der Poverty Datum Line.¹⁷⁾

Beispiel A:

In der Firma Whites Portland Cement erhalten die 840 beschäftigten afrikanischen Arbeiter durchschnittlich Wochenlöhne von 5 bis 6,50 Rand; sie machen nur ein Drittel des absoluten Existenzminimums aus. Die Arbeiter leben zu acht Personen - ähnlich den sklavisches ausgebeuteten Minenarbeitern - in beengten unhygienischen Unterküften, die von einem drei Meter hohen Stacheldrahtzaun umgeben sind.⁽¹⁸⁾

Beispiel B:

In der britischen Niederlassung Natal Tanning Extract erhalten die dort beschäftigten 3 700 Afrikaner und Afrikanerinnen durchschnittliche Monatslöhne in Höhe von etwa 22 Rand; sie liegen also 60 bis 75 % unter dem absoluten Existenzminimum. Die Arbeiter sind in äußerst primitiven Unterküften untergebracht. So traf der Reporter des "Guardian" auf eine völlig unmöblierte Unterkunft in miserablen Zustand, die

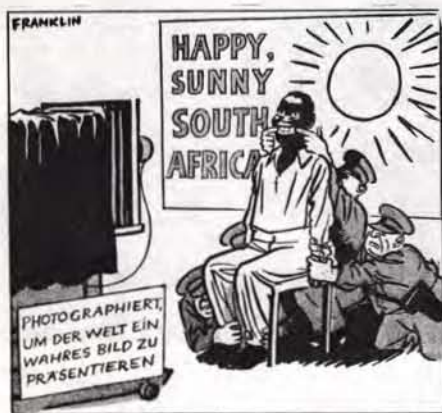
im Grundriß 3 x 4 Meter maß, und in der sieben Frauen auf dem Fußboden schlafen mußten. Um sich waschen zu können, mußten die Frauen eine 30 Meter entfernte Wasserstelle aufsuchen. Aufgrund der gezahlten Hungerlöhne tragen die Arbeiter Lumpen. Sozialleistungen sind in diesem Betrieb unbekannt. Der größte Teil der Arbeiter erhält keine Unterstützung im Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit. Urlaub wird nicht gewährt.⁽¹⁹⁾

Der "Guardian" hat in seinen Berichten darauf hingewiesen, daß man diese Beispiele extremer rassistischer Ausbeutung nicht einfach als untypisch für die Lage von Afrikanern in britischen Niederlassungen beiseite schieben könne. Aufgrund der Auswertung einer vertraulichen Studie der United Kingdom - South Africa Trade Association (UKSATA)²⁰⁾ und aufgrund eigener Recherchen kommt der "Guardian" vielmehr zu dem Ergebnis: "Die Majorität britischer Unternehmen in Südafrika zahlt der Mehrzahl ihrer afrikanischen Arbeiter Löhne, die unter dem offiziell anerkannten Existenzminimum liegen". Die Untersuchung der UKSATA von 100 Firmen habe ergeben, "daß nur drei...Löhne zahlen, die über diesem Existenzminimum liegen und verhindern, daß afrikanische Familien an Unterernährung leiden. Einige britische Unternehmen, die in Südafrika umfangreiche Profite machen, zahlen Löhne, die zwischen einem Drittel und der Hälfte dieses Minimums liegen".²¹⁾

Westdeutsche Unternehmen

Wollte man den offiziellen Beteuerungen von Vertretern westdeutscher Niederlassungen in Südafrika Glauben schenken, dann liegen "Löh-

ne deutscher Firmen in Südafrika an der Spitze".²²⁾ Südafrikanische Gewerkschaftsfunktionäre und Vertreter von antirassistischen südafrikanischen Kirchenorganisationen haben darauf hingewiesen, daß die Lage afrikanischer Arbeiter in westdeutschen Unternehmen sich keineswegs von der in britischen Unternehmen unterscheidet. Der Generalsekretär des südafrikanischen Gewerkschaftsrates, Arthur Grobelaar, zeigte auf, daß "britische Firmen...um keinen Deut schlechter als amerikanische oder deutsche" seien. Horst Kleinschmidt von der Kirchenorganisation Spro-cas konkretisierte



Daily Mirror, London

diese Angabe über das Verhalten westdeutscher Investoren: "Der Deutsche steht viel weiter rechts als der Engländer. Das wirkt sich auch in der Lohnpolitik aus...".²³⁾ Diese Angaben von dem Apartheidregime gegenüber kritisch eingestellten Südafrikanern sind nicht überraschend, wenn berücksichtigt wird, daß westdeutsche Firmen nach dem Motto "Die deutsche Wirtschaft darf nicht länger abseits stehen"²⁴⁾ aufgrund der rassistisch verschärften kapitalistischen Ausbeutung in Südafrika investieren. Die Auspressung der Arbeitskraft der sozial und politisch entrechteten Afrikaner liegt der Verlegung von Produktionsstätten nach Südafrika zugrunde, weil - wie der frühere Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Kienbaum, bereits 1965 ausführte - "in Deutschland...sich die Arbeitskraft pausenlos (verteuert) und in immer kürzerem Tempo...die Tarifsteigerungen und kostensteigernden Sozialgesetze (folgen)".²⁵⁾

Obwohl deutsche Unternehmen in Südafrika "Zahlen über Investitionen und Löhne...wie geheime Kommandosachen" behandeln²⁶⁾, haben zwei westdeutsche Sozialwissenschaftler bei einer Untersuchung von 24 südafrikanischen Firmen mit großer westdeutscher Kapitalbeteiligung mit Hilfe von Repräsentativumfragen bei den betroffenen Arbeitern selbst die zitierten An-

gaben der beiden Südafrikaner bekräftigen können. Danach zahlen diese Firmen - unter ihnen AEG SA (PTY), BASF SA (PTY), DEMAG SA (PTY), Hoechst SA (PTY), VW SA Ltd. - ihren afrikanischen Arbeitern Löhne, die - ähnlich wie die Hungerlöhne britischer Unternehmen - 45 bis 25 % unter dem absoluten Existenzminimum liegen.²⁷⁾

Im folgenden soll am Beispiel einiger Firmen mit westdeutscher Kapitalbeteiligung die Ausbeutung der afrikanischen Arbeiterklasse durch Kapitalisten aus der BRD demonstriert werden:

Beispiel A - Volkswagenwerk

In dem VW-Werk in Uitenhage erhielten 1972 die 1600 afrikanischen Arbeiter, die die Mehrzahl der Produktionsarbeiter stellen, Löhne in Höhe von 30 Cents pro Stunde bzw. 63 Rand pro Monat. Damit lagen sie unter dem absoluten Existenzminimum; daran dürfte sich trotz der Lohnsteigerungen 1972/73 angesichts der hohen Inflationsrate nichts geändert haben. Bezeichnend ist, daß sich das Werk der Politik der Job-Reservation des Apartheidregimes unterordnet, wonach die oberen Qualifikationsstufen nur Europäern vorbehalten sind. Die Afrikaner sind daher in der Regel als ungelernete oder angelernte Arbeiter beschäftigt. Eine Lehrlingsausbildung gewährt VW nur Europäern. Im Zuge des projektierten Ausbaus des Werkes beabsichtigt das Unternehmen, Facharbeiter in der BRD anzuwerben. Einer rassistischen Beschäftigungspolitik befließt sich der Betrieb in Zeiten wirtschaftlicher Rezession: Er setzt die afrikanischen Arbeiter als erste auf die Strasse. Die Teilhabe an der verschärften kapitalistischen Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft hat sich für VW gelohnt. Es konnte seine Marktposition ausbauen und in Zeiten der Hochkonjunktur Dividenden von 30 bis 45 % ausschütten.⁽²⁸⁾

Beispiel B - Siemens

Von den 2 200 von Siemens in Pretoria beschäftigten Arbeitern entfallen auf Europäer 700, auf Afrikaner 800, auf Coloured 700. Der Mindestlohn für Afrikaner betrug 1972 25 Cent pro Stunde; sie erreichten mit ungefähr 53 Rand pro Monat nicht das absolute Existenzminimum. Auch in dieser Firma werden nur Europäer als Lehrlinge ausgebildet; zudem versorgt sich Siemens - ähnlich wie VW - mit Facharbeitern aus der BRD.⁽²⁹⁾

Imperialistische Extraprofite

Der Umfang ausländischer Investitionen und die Ausbeutungspraktiken ausländischer Investoren in der RSA zeigen, daß die Verlagerung der Verwertung von Kapital nach Südafrika nicht trotz des bestehenden Apartheidregimes, sondern gerade wegen dessen Existenz vorgenommen wird. Ausländische Investoren kommen nicht nach Südafrika, um das dort bestehende System kapitalistischer, rassistisch verschärfter Ausbeutung und Unterdrückung abzuschaffen, sondern sich in ihm einzurichten, um möglichst hohe Profite zu realisieren. Parallel zur Verschärfung der politischen und sozialen Unterdrückungsmaßnahmen erfuhren die ausländischen Gesamtinvestitionen eine Steigerung von über 50 % seit Anfang der 60er Jahre und warfen sie überdurchschnittlich hohe Profite ab. Die Profite britischer Inve-

stitutionen betrogen - bezogen auf das eingesetzte Kapital und nach bereits erfolgter Reservebildung und Besteuerung - zwischen 1965 und 1968 durchschnittlich 11 %; nur in Malaysia realisierten britische Firmen höhere Profite. "Die Profite aus südafrikanischen Beteiligungen waren fast 50 % höher als die aus den durchschnittlichen Direktinvestitionen in Übersee".³⁰⁾ Amerikanische Direktinvestitionen in Südafrika erbrachten zwischen 1958 und 1968 einen Durchschnittsprofit von 19 %, der weit über dem Wert für die amerikanischen Gesamtinvestitionen in aller Welt lag. Obwohl die USA in der RSA 1970 nur 1,1 % aller ausländischen Investitionen angelegt hatte, realisierten sie mit deren Hilfe 1,6 % aller Einkünfte aus Auslandsanlagen.³¹⁾

Diese für das Auslandskapital äußerst günstigen Verwertungsbedingungen machen die Niederlassungen der großen ausländischen Konzerne zum Interessenten an der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo in der RSA. Diese Interessenlage brachte ein Topmanager der südafrikanischen Tochtergesellschaft des US-amerikanischen Reifenkonzerns Goodyear Tyre Co. auf folgenden Nenner: Amerikanisches Großkapital müsse in Südafrika unvermeidlich 'konterrevolutionär' sein und zu jeder radikalen politischen Veränderung - insbesondere mit Hilfe von Gewalt - in Opposition stehen. Revolution oder gar schnelle gesellschaftliche Veränderungen lägen nicht in den wohl verstandenen Interessen dieser Konzerne, weil sie offensichtlich ihre Profite und ihre langfristigen Wachstumsmöglichkeiten gefährden würden...³²⁾

3. Die Stellung der Bundesregierung

Auf die Reaktionen auf die Enthüllungen des "Guardian" in der britischen Öffentlichkeit kann hier nicht näher eingegangen werden. Was die britische Regierung und das Großkapital nach wie vor prinzipiell von Investitionen in Südafrika halten, dürfte der Vorsitzende der United Kingdom-South Africa Trade Association, Mr. Luke, ausgesprochen haben, als er vor einem Unterhausausschuß zur Untersuchung britischer Investitionen in Südafrika äußerte: "Wir leben noch in einer kapitalistischen Welt. Wir erwarten, für unsere Investitionen einen Profit zu erhalten, der uns nicht zufließt, wenn wir einen hohen Lohn zahlen... Wir können es uns nicht leisten, eine karitative Institution zu sein".³³⁾

Auch in der BRD ist - im Zusammenhang mit den Berichten des "Guardian" - die Diskussion über die Rolle westdeutscher Investitionen in Südafrika aufgeflackert. Angesichts der Tatsache, daß auf dem SPD-Parteitag in Hannover eine Re-

solution des Inhalts verabschiedet wurde, die SPD stehe in ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus an der Seite der Völker der Dritten Welt. Bedenkt man weiter, daß die SPD-Parteimitglieder außerdem eine Solidaritätsadresse an die zur gleichen Zeit in Oslo tagende "Internationale Konferenz von Experten zur Unterstützung der Opfer von Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika" sandten, die u.a. den Rückzug ausländischer Investitionen aus dem südlichen Afrika forderte, so sollte man annehmen, daß sich in der Südafrika-Politik der SPD und damit auch der Bundesregierung eine Wende abzeichnen würde.³⁴⁾ Daß die Bundesregierung jedoch keineswegs daran denkt, Maßnahmen zu ergreifen, um Investitionen westdeutscher Konzerne in Südafrika zu unterbinden oder mit Auflagen zu versehen, geht aus ihrer Reaktion auf eine "Kleine Anfrage" einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten über die "Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei deutschen Firmen in Südafrika" hervor.³⁵⁾ In ihrer Antwort auf die Initiative der Abgeordneten, die die westdeutschen Investitionen und ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung des Status quo selbst nicht in Frage stellte, sondern lediglich Besorgnis um krasse Ausbeutungspraktiken in westdeutschen Firmen zum Ausdruck brachte, ergriff die Bundesregierung uneingeschränkt Partei für Investoren aus der BRD, indem sie auf die von ihnen an die Afrikaner angeblich gezahlten Spitzenlöhne verwies, obwohl sie sich zu diesem Problem nur auf einen 30-zeiligen Korrespondenten-Bericht von DPA aus Johannesburg und auf einen für diese Zwecke äußerst kärglichen Reisebericht der IBM-Delegation stützte. Diese positive Einstellung der Bundesregierung gegenüber westdeutschen Investitionen in Südafrika ergibt sich ferner aus ihrer Antwort auf die Frage ihrer Abgeordneten, welche Maßnahmen die Bundesregierung zu ergreifen gedenke, um sicher zu stellen, "daß deutsche Unternehmen und Unternehmen mit maßgeblicher Beteiligung im Ausland, insbesondere in der Republik Südafrika, bei der Behandlung ihrer Arbeitnehmer den Gleichheitsgrundsatz, wie er in Artikel 3 des Grundgesetzes definiert ist, beachten...". Sie wolle - so die Antwort der Bundesregierung - den deutschen Unternehmen in der RSA empfehlen (!), den Gleichheitsgrundsatz im Rahmen der in Südafrika "geltenden gesetzlichen Bestimmungen bei der Behandlung ihrer Arbeitnehmer zu beachten".³⁶⁾ Da bekanntlich in der RSA eine Fülle von gesetzlichen Bestimmungen - insbesondere für den Bereich der gesellschaftlichen Produktion - Gültigkeit haben, die diesen Gleichheitsgrundsatz bewußt für die afrikanische Arbeiterklasse verneinen, läuft diese Antwort darauf hinaus, daß sich die westdeutschen Unternehmen den für sie ä-

Berst profitablen Spielregeln des Apartheidregimes 'unterordnen' mögen.

Werden aus dieser Reaktion der Bundesregierung gegenüber der Initiative einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten Momente einer Kontinuität westdeutscher Südafrika-Politik sichtbar, so erhärtet sich dieser Eindruck zur Gewißheit, wenn man die Informationen berücksichtigt, die anlässlich einer Südafrika-Reise des ehemaligen SPD-Finanzministers und Bundestagsabgeordneten Möller über die Einstellung des SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Brandt zu den Beziehungen der BRD zur RSA bekannt wurden. In einem Brief des Bundeskanzlers an Premierminister Vorster - den Möller zu überbringen hatte - beteuerte Brandt, daß die BRD als Mitglied der Vereinten Nationen wohl für eine "evolutionäre Tendenz" in Südafrika eintreten werde, sich aber "gegen alle revolutionären Stimmungen" gegen Südafrika wenden werde. Abgesehen davon, daß sicherlich auch ein Vorster gegen "evolutionäre Tendenzen" in der RSA nichts einzuwenden hat, wenn sie nicht die Grundlagen des Regimes selbst in Frage stellen, ist diese Antwort eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts der schwarzen Bevölkerung Südafrikas, die erfolglos in der langen Geschichte ihres Kampfes um politische und soziale Rechte mit sogenannten friedlichen Mitteln eine Veränderung ihrer Lage herbeizuführen bestrebt war. Diese lange Geschichte eines qualvollen Kampfes der südafrikanischen Befreiungsbewegungen legitimieren sie, auch Formen revolutionärer Gewalt in Erwägung zu ziehen und anzuwenden. Eine Identifizierung des Bundeskanzlers mit den Interessen des Apartheidregimes liegt auch vor, wenn Brandt in dem Brief ankündigt, daß die Bundesregierung - entgegen einem Urteil des Internationalen Gerichtshofes - völkerrechtswidrig ihr Konsulat in Windhoek (Namibia) beibehalten will. Dieses Eingehen auf die Interessenlage der RSA ist sicherlich Ausdruck der offensichtlich ungebrochen fortdauernden "traditionellen Verbindung zwischen der Bundesrepublik und Südafrika", die Brandt in seinem Brief an den ehemaligen Bewunderer des faschistischen Deutschland, Vorster, betonte. Es ist daher nur konsequent, wenn Möller - gleichsam als Sonderbotschafter des Bundeskanzlers - "die positive Einstellung der Bundesregierung zu den in der Republik Südafrika tätigen deutschen Firmen" unterstrich. "Die Bundesregierung", so heißt es in dem entsprechenden Bericht der FAZ, "sei bereit, diesen Unternehmen ihre eigene Entscheidungsfreiheit zu gewährleisten. Das gelte besonders für Expansions- und Investitionspläne".³⁷⁾ Damit hat die Bundesregierung in aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß

sie als Garant kapitalistischer Verwertungsinteressen an der extremen kapitalistischen, rassistisch verstärkten Ausbeutung der billigen afrikanischen Arbeitskraft keinen Anstoß nimmt. Damit bleibt offenkundig alles beim alten in den Beziehungen zwischen der BRD und der RSA. Für das kapitalistische System und seine Träger in der BRD ist die Apartheid als ökonomisches Mittel zur Erlangung überdurchschnittlich hoher Profite ebenso wichtig wie für die herrschende Klasse in Südafrika selbst. Diese Tatsache umschrieb das großbürgerliche "Handelsblatt" folgendermaßen: "Nicht zuletzt wegen der niedrigen Löhne war und ist Südafrika der Geheimtip für ausländische Investoren".³⁸⁾

Die aufgezeigten charakteristischen Reaktionen zweier Regierungen kapitalistischer Großmächte aber machen unmißverständlich klar, daß sich die Kräfte der antimperialistischen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen weder auf Verbalinjurien der SPD, noch auf die 'sozialliberale' Regierungspolitik stützen können.

Im Gegenteil. Es gilt, eine breite Informationsarbeit und gemeinsame politische Aktionen aller fortschrittlichen antimperialistischen Kräfte zu entfalten gegen neokolonialistische Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus, und die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika auch - und gerade - in der BRD herzustellen.

ANMERKUNGEN:

- 1) E.J. van der Merve und G. van Nieuwkerk, Changes in foreign liabilities and assets of South Africa; in: South African Reserve Bank, Quaterly Bulletin, Dezember 1971, S. 17
- 2) South African Reserve Bank, Quaterly Bulletin, März 1973, S. 64f
- 3) Vgl. die Tabelle "Financing of Gross Domestic Investment", a.a.O., S. 77
- 4) A.a.O., S. 65; absolut stiegen die direkten Investitionen 1956 - 1971 von 1,6 Mrd. auf 4,5 Mrd. Rand - prozentual von 57 auf 64 %; der größere Teil floß in die verarbeitende Industrie, so daß sich der Anteil des Auslandskapitals an der Privatindustrie auf 34 % erhöhte
- 5) J.C. du Plessis, Foreign Investment in South Africa; in: Foreign Investment: The Experience of Host Countries. Hrg. von Isaiah Litvak und Ch. Maule. New York u.a. 1970, S. 184
- 6) Vgl. Monatsbericht aus Südafrika, Nr. 14, September 1966; Handelsblatt, 19.4.1972, S. 18
- 7) Vgl. zu diesem Problem Ruth First u.a., a.a.O., S. 41ff, 59ff
- 8) Heribert Adam, Modernizing Radical Domination. South Africa's Political Dynamics. Berkley u.a. 1971, S. 35
- 9) Diese Beispiele ließen sich beliebig erweitern. Vgl. für die BRD "Das Bündnis Bonn-Pretoria". Denkschrift des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees der DDR. Berlin 1967. Vgl. Ruth First u.a., The South African Connection. Western Investment in Apartheid. London 1972, S. 23ff, S. 137ff

- 10) Größere Waffenlieferanten waren Großbritannien, Italien, Frankreich und Portugal. Auch die BRD lieferte noch Anfang 1970 an die RSA-Luftwaffe Truppentransporter vom Typ Transall C-160. Vgl. Strategic Survey 1972, London 1973, S. 60f. - Report of the Special Committee on the Policies of Apartheid of the Government of the RSA. GA/OR: 25th Session. Suppl.No.22. UN, New York 1970, S. 78
- 11) So erhielt die RSA von Frankreich Lizenzen für den Bau von Kampfflugzeugen vom Typ Mirage III und F-1. Vgl. dazu im einzelnen Strategic Survey 1972, a.a.O., S. 61
- 12) Vgl. The Star, Johannesburg, 10.3.1973 und 17.3.1973
- 13) Vgl. The Star, Johannesburg, 4.4.1973
- 14) Die RSA wurde für die BRD nach den USA zum wichtigsten überseeischen Absatzgebiet.
- 15) Vgl. Monatsbericht aus Südafrika, Köln, Nr. 3, Oktober 1965
- 16) Sean Gervasi, Western Strategy in Southern Africa; in: Southern Africa, Vol.V., No.8, October 1972, S. 4ff
- 17) Vgl. Financial Mail, Johannesburg, 4.5.1973, S. 399ff
- 18) Ebenda
- 19) Ebenda
- 20) Eine offiziöse Institution zur Förderung der britisch-südafrikanischen Wirtschaftsbeziehungen, entspricht der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer.
- 21) The Guardian. Weekly, 17.3.1973
- 22) Die Welt, 11.4.1973
- 23) Der Spiegel, Nr. 13 vom 26.3.1973
- 24) Handelsblatt, Südafrika-Beilage, November 1970
- 25) Industriekurier, 4.2.1965
- 26) Der Spiegel, 26.3.1973
- 27) Vgl. dazu "Konkret", Nr. 21 vom 17.Mai 1973, S. 48ff
- 28) Vgl. Der Spiegel, Nr. 43/1971, S. 169; Nr. 13/1973, S. 122; "Bericht der IBM-Delegation über ihren Besuch in Südafrika - 11.bis27.3.1973", Genf 1972, S. 31ff; Die Welt, 11.4.1973; Konkret, 17.5.1973; Financial Mail, Johannesburg, 27.4.1973, S. 355f
- 29) "Bericht der IBM-Delegation", a.a.O., S. 24f; Konkret, 17.5.1973
- 30) Sean Gervasi, a.a.O., S. 62; vgl. ebenso Ruth First u.a., a.a.O., S. 29f
- 31) Vgl. Ruth First u.a., a.a.O., S. 30, S. 336
- 32) Timothy H. Smith, The American Corporation in South Africa: An Analysis, New York o.J. (1971)
- 33) The Guardian. Weekly, 19.5.1973
- 34) Vgl. Frankfurter Rundschau, 10.5.1973; Spotlight on Africa, edited by World Peace Council, No.1, S. 15ff
- 35) BT-Drucksache 7/448, 5.4.1973
- 36) BT-Drucksache 7/484, 25.4.1973
- 37) Vgl. FAZ, 4.6.1973
- 38) Handelsblatt, 4.5.1973

Uruguay

Die Ereignisse in Uruguay seit Anfang d. J. sind Ausdruck einer tiefen politischen Krise, in der sich das Land besonders seit dem Regierungsantritt von Präsident Bordaberry befindet.

Am 9.1.1973 stürmten bewaffnete Streitkräfte die Rundfunk- und Fernsehstation und besetzten Teile der Innenstadt von Montevideo. Unmittelbarer Anlaß war die Absetzung der Oberbefehlshaber des Heeres und der Luftwaffe durch den Verteidigungsminister. Die Armee setzte den Rücktritt des Verteidigungsministers durch und forderte von der Regierung Bordaberry in allen staatlichen Organisationen vertreten zu sein, die die nationale Sicherheit und Souveränität betreffen. Am 13. Februar wurde eine Vereinbarung zwischen Militär und Regierung erzielt, wonach Präsident Bordaberry das vorgelegte 19-Punkte-Programm des Militärs zur wirtschaftlichen und politischen Umgestaltung des Landes im Prinzip akzeptierte.

Auf Drängen führender Militärs mußte Präsident Bordaberry Anfang Mai ein Dekret verabschieden, demzufolge der Regierung eine Junta der Oberkommandierenden der Streitkräfte als einflußreichstes Beratungsorgan beigeordnet wurde. Dadurch wird dem Militär die Möglichkeit gegeben - nach eigenen Aussagen - "als Überwacher zu handeln und damit zu vermeiden, daß Gruppeninteressen die Regierung von den gesteckten Zielen abweichen lassen".

Diese Zuspitzung der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen dem Militär und der jetzigen Koalitionsregierung der rechtskonservativen großbürgerlichen Parteien der Colorados und Blancos 1) ist vor dem Hintergrund der unter dem früheren Präsidenten Pacheco Areco begonnenen und von Bordaberry fortgesetzten Politik zu sehen. Diese im Interesse der Oligarchie und des Imperialismus betriebene Politik stürzte das Land in eine seit einem Jahrzehnt andauernde Strukturkrise: Außenverschuldung des Landes in der Höhe des Zwei- bis Dreifachen der jährlichen Exporteinnahmen, schwindende Geldreserven, ein gigantisches Haushaltsdefizit, steigende Arbeitslosigkeit, hohe Inflationsrate und Korruption im Wirtschafts- und Staatsapparat - hier liegen die tieferen Ursachen für die gegenwärtig vehement aufbrechenden sozialen Kämpfe, für die harten politischen Auseinandersetzungen.

Das vom Militär vorgelegte Programm zeigt eindeutig antioligarchische und antiimperialistische Tendenzen. Es erhält u.a. die Forderungen nach gerechterer Bodenverteilung, öffentlicher Kontrolle der Produktion, Kampf gegen die ausländischen Monopole, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ogleich die Zusammenarbeit der Frente Amplio 2) mit der Mehrheit der fortschrittlichen Militärs gegenwärtig noch durch antikommunistische Vorurteile beeinträchtigt wird, wie es z.B. durch die Forderung der Militärs nach "Eindämmung der Infiltration des Marxismus-Leninismus" deutlich wird, zeichnen sich positive Entwicklungstendenzen ab.

So war das Treffen zwischen führenden Vertretern der fortschrittlichen Gewerkschaftsorganisation CNP und den Oberkommandierenden der Streitkräfte am 28. März 1973 von großer Bedeutung: "Es diente dem Ziel, die Versuche der Oligarchie, die Armee gegen das Volk und die fortschrittlichen Kräfte - in Gestalt der KP Uruguays und der Frente Amplio - auszuspielen, zurückzuweisen, vorhandene antikommunistische Vorbehalte bei den Militärs abzubauen sowie eine gemeinsame Basis für ein einheitliches Auftreten aller patriotischen Kräfte im Sinne einer fortschrittlichen, demokratischen Entwicklung Uruguays anzustreben. Die gleichzeitig durchgeführten Massenaktionen dokumentieren den Willen und die Entschlossenheit der Werktätigen Uruguays, auf dem Wege des Kampfes um soziale Freiheit sowie wirkliche ökonomische und politische Unabhängigkeit voranzuschreiten." 3)

In einem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Uruguays vom Februar d.J. wird den Streitkräften eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Landes und der Überwindung der jetzigen Krise eingeräumt. Gleichzeitig werden aber die Mängel des Programms der Militärs aufgezeigt und die Voraussetzungen für die Entfaltung einer noch breiteren antiimperialistisch - demokratischen Volkseinhheitsbewegung umrissen.

Perspektiven des Kampfes

Gegenwärtig gehen im Lande die zweifellos ernstesten Ereignisse in der Geschichte vieler Jahrzehnte vor sich. Dies ist die Folge der Weiterführung der unter Präsident Pacheco Areco begonnenen und vom gegenwärtigen Präsidenten Bordaberry fortgesetzten Politik. Diese dient ausschließlich der oligarchischen und imperialistischen Oberschicht und deren Klasseninteressen, die den Interessen der Werktätigen und der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung widersprechen. Durch diese Regierungen wurden die Leiden der werktätigen Massen verstärkt, wurden Hunger, Teuerung und Arbeitslosigkeit gesteigert und die Republik in eine akute wirtschaftliche, soziale, politische und moralische Krise gestürzt.

Überall platzen die Eiterbeulen der Korruption im Staatsapparat, Geschäftsskandale um hunderte Millionen Dollar und zehntausende Millionen Peso aus der Staatskasse. Pacheco Areco versuchte vergeblich, durch außerordentliche Maßnahmen auf dem Gebiet der "Sicherheit", durch Verfassungsbruch und andere Ungesetzlichkeiten der zunehmenden Entrüstung des Volkes Einhalt zu gebieten.

Bordaberry, der bei den Präsidentschaftswahlen nur ein Fünftel der abgegebenen Stimmen erhielt, da sich die Mehrheit gegen die von Pacheco Areco begonnene Politik wandte, versucht diese Politik mit Hilfe des sogenannten kleinen Paktes mit der Minderheit, der "Nationalpartei" fortzusetzen. Er verstärkte Gewalt und Unterdrückung und begann mit der "legalen" Faschisierung, indem er die bestehenden Einrichtungen ihres demokratischen Inhalts beraubt.

Dem Volk wird immer mehr klar, wie falsch die künstlich hervorgerufenen Zusammenstöße sind, mit deren Hilfe versucht wird, das Volk zu betrügen und zu spalten; es wird ihm immer mehr bewußt, daß das einzige Dilemma, von dem die Kommunisten stets gesprochen haben, ist: Entweder Weiterbestehen der Herrschaft der oligarchischen Oberschicht oder Öffnung des Weges für eine Alternative der fortgeschrittenen Demokratie, die den Weg zu einer echten Volksmacht ebnet.

An diesem Prozeß ist die Arbeiterklasse hervorragend beteiligt. Sie ist mit den übrigen Werktätigen, Studenten, Lehrern und ande-

ren Volksschichten zur "Breiten Front" der KP und der anderen daran teilnehmenden Parteien zusammengeschlossen.

Die Rolle der Streitkräfte

In diesem gegen die Herrschaft der Oligarchie sich entwickelnden Prozeß beginnen die Streitkräfte eine wichtige Rolle zu spielen.

Wie die Streitkräfte selbst erklärten, "sind sie sich voll und ganz der Probleme des Landes bewußt, da sie ihren besonderen Anteil an den Angelegenheiten des Landes nehmen und im letzten Jahr den Ernst der Lage erkannt haben, der eine entschiedene Aktion unter Teilnahme aller Schichten des Volkes erfordert, ohne die es unbedingt zu einem totalen Chaos käme".

Die Streitkräfte erklärten, daß sie "nicht die bewaffneten Verteidiger wirtschaftlicher oder politischer Richtungen sind und sein werden, deren Vertreter nur ihre engen Ziele verfolgen und versuchen, die Militärs von ihrem Wege abzubringen".

In ihren beiden letzten Dokumenten haben die Streitkräfte ihre Ziele konkret dargelegt. In diesen werden auch Fragen behandelt, wie die Souveränität, die Wirtschaftsverbrechen und die Korruption, die Bodenfrage, die Monopole, die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Staatsbetriebe, die Notwendigkeit der Hebung des Lebensniveaus, die Auslandsschulden, die Kreditpolitik, die Sanierung des diplomatischen Dienstes, die Führung unabhängiger Organisationen usw. Dabei werden zweifellos Vorschläge gemacht, die viele wesentliche Probleme des Landes berühren und deren Verwirklichung vielversprechende Perspektiven zu einem Ausweg aus der Krise eröffnen.

In diesem Programm sind jedoch einige Probleme unvollständig oder überhaupt nicht behandelt, was die Streitkräfte in ihrem zweiten Dokument selbst zugeben.

Die gefährliche Rolle des Imperialismus, der Privatbanken, der Valutaspekulationen der Oligarchie und der imperialistischen Agenten müßten aufgedeckt werden. Mehr Klarheit über die wichtigsten Fragen der Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und insbesondere die Freilassung der politischen Gefangenen

und die volle Einhaltung der Rechte der Gewerkschaften wären notwendig.

Die Streitkräfte und die Arbeiterklasse

Es ist daher ein Fehler, wenn in diesem Dokument der Marxismus-Leninismus negativ beurteilt wird. Ist er doch seinem Wesen nach die Ideologie des Proletariats und ist darum den erbitterten Angriffen der Oligarchie und des Imperialismus ausgesetzt. Der Marxismus-Leninismus ist nicht allein mit den demokratischen und republikanischen Idealen und den Idealen der nationalen Befreiung vereinbar, sondern er zählt den Kampf für diese Ideale zu einem untrennbaren Bestandteil des Weges zu der auf voller Gerechtigkeit beruhenden Gesellschaft der Zukunft, zur sozialistischen Gesellschaft.

Es ist kein Zufall, daß die Arbeiterklasse und ihre von den Ideen des Marxismus-Leninismus beseelte Vorhut stets in den Reihen des Kampfes für grundlegende Umgestaltungen steht und daß ihre Ziele objektiv mit vielen der Ziele der Streitkräfte übereinstimmen. Vor allem teilen sie mit diesen die gemeinsamen Ideale von Artigas. 4)

Diese Auffassung ist in voller Offenheit von der KP dargelegt worden, als sie die Tätigkeit der Streitkräfte charakterisierte, und bedeutet keineswegs eine Herabsetzung der positiven Bedeutung der erwähnten Programmdokumente und der Haltung der Streitkräfte im allgemeinen.

Die Ereignisse der letzten Tage bedeuten zweifellos einen schweren Schlag für die von Pacheco Areco begonnene Politik. Das Land durchlebt gegenwärtig einen Moment, der vom Standpunkt der historischen Perspektive eine gute Vorbedeutung hat.

Zugleich erklärt die KP mit aller Klarheit, daß die konkreten Formen, die noch gestern zur Lösung der politischen Krise angeboten wurden, einen Kompromiß darstellen, der viele Elemente der bisherigen Politik des Landes enthält, die zur Krise führten.

Die Haltung der „Breiten Front“

Der Vorsitzende der "Breiten Front", General Liber Seregni, hat den Rücktritt des Präsidenten Bordaberry vorgeschlagen, um die Möglichkeit eines Auswegs aus der politischen Krise zu öffnen. Leider haben Bordaberry und die ihn stützenden Kräfte diesem von den breiten Volksmassen und verschiedenen politischen Gruppierungen unterstützten Vorschlag nicht zugestimmt. Ein Grund mehr, den noch weiterbestehenden Gefahren gegenüber wachsam zu sein.

Heute ist es schon unmöglich, irgend jemanden irrezuführen, und es ist vollkommen klar, daß es im Lande keine grundlegenden Entscheidungen geben kann, solange die Oligarchie und der Imperialismus nicht vollständig von der Macht entfernt sind.

In dieser Hinsicht sind die traurigen Erfahrungen in der Welt und in Lateinamerika außerordentlich lehrreich. Darum bleibt das Problem einer klaren Scheidung in der Gesellschaft Uruguays, des unversöhnlichen Widerstandes des Volkes gegen Oligarchie, auf der Tagesordnung. Die beste Bürgschaft für den Sieg im Kampf gegen den schlaun und hinterlistigen Feind, der vor nichts zurückschreckt, ist das Volk, ist das Bündnis aller ehrlichen Uruguayer, der zivilen und militärischen Kräfte, bis zur vollen Vernichtung und dem endgültigen Ende der Herrschaft der Oberschicht. Sonst gibt es keine Rettung für das Land.

In diesem gewaltigen Kampf wird die Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle spielen, wie dies im Dokument des Nationalkonvents der Werktätigen überzeugend zum Ausdruck gebracht wurde.

In diesem Kampf wird die "Breite Front" eine vorrangige Rolle spielen als die einzige Kraft mit klarem Ziel für den politischen Weg des Landes.

An diesem Kampf wird die Kommunistische Partei mit ihrer klaren Ideologie, ihrer Organisiertheit und ihrem hohen Ansehen nicht allein in der Arbeiterklasse, sondern auch unter den breitesten Volksschichten teilnehmen.

General Seregni hat alle Mitglieder der "Breiten Front" zur ständigen Wachsamkeit aufgerufen, und dies gilt für alle Patrioten. In dieser für die Heimat entscheidenden Stunde darf niemand eine abwartende Haltung einnehmen.

An diesem einheitlichen und organisierten Volkskampf sollen alle ehrlichen Uruguayer - über alle künstlichen und irreführenden Schranken hinweg -, ob Zivilpersonen oder Militär, teilnehmen.

Die Arbeiterklasse und das Volk werden alles daransetzen, damit sich die Ereignisse in Richtung auf einen demokratischen, fortschrittlichen, antioligarchischen und antiimperialistischen Ausweg aus der Lage entfalten. Die einheitliche Kraft des Volkes vermag die Macht der verfaulten Oligarchie und des räuberischen Imperialismus zu brechen.

Der Aufruf der Kommunistischen Partei wendet sich abschließend an alle Kommunisten, alle Mitglieder der "Breiten Front", alle Werk-

tätigen und Patrioten, ihre Kräfte einzusetzen, sie zu einer einheitlichen Bewegung des ganzen Volkes zusammenzuschließen, um jeden Versuch der Reaktion zu unterbinden, um die positive Entfaltung der Kämpfe zu beschleunigen und einen solchen Ausweg aus der Lage zu sichern, der den ureigensten Interessen der Republik und des Volkes entspricht.

Anmerkungen der Redaktion:

1) Seit über 100 Jahren üben zwei Parteien abwechselnd oder gemeinsam die Macht in Uruguay aus: die liberale Partei (Colorados) - und die konservative Nationalpartei (Blancos).

2) Zur Frente Amplio (Breite Front) gehören u.a. die Kommunistische, die Sozialistische, die Christdemokratische Partei, Priester und Militärs. Präsident der Frente Amplio ist der bekannte, in den Ruhestand getretene General Liber Seregni.

3) *horizont*, Nr. 18, 1973, S.18

4) Nach dem Sturz der spanischen Macht in Buenos Aires (1810) führte seit 1814 der Nationalheld Artigas den Kampf gegen die argentinische Vorherrschaft. Der Streit zwischen Argentinien und Brasilien um Uruguay endete 1828 mit der Unabhängigkeit Uruguays.

(Quelle: Informations Bulletin, Nr.6, 1973)

X. Festival

Frank Werkmeister

Zur Entwicklung der Festivalbewegung



Die Gründung des WBDJ

Wenige Monate nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges trafen sich vom 31. Oktober bis zum 10. November 1945 in London 437 Delegierte und 148 Beobachter aus insgesamt 63 Ländern zur ersten "Weltjugendkonferenz". Jugendliche, die in dem vom Hitlerfaschismus entfesselten Krieg in vorderster Front gekämpft und die antifaschistische Einheitsfront erfolgreich praktiziert hatten, waren zusammengekommen, um eine internationale Jugendorganisation zu schaffen, die einig war "in ihrer Entschlossenheit, sich für Frieden, Freiheit, Demokratie, Unabhängigkeit und Gleichberechtigung überall in der Welt einzusetzen" (Gründungsurkunde). So wurde der "Weltbund der Demokratischen Jugend" (WBDJ) am 10. November 1945 gegründet. Damit war zum erstenmal eine internationale Jugendorganisation entstanden, die Jugendverbände unterschiedlichster politischer Richtungen, religiöser Bekenntnisse und Rassen vereinigte. Die Engländerin Kitty Hookham, Sekretärin des Bundes, charakterisierte die Zusammensetzung der Gründungskonferenz wie folgt:

"Die anwesenden Delegierten sind Flieger, Matrosen, Soldaten, Helden der alliierten Armeen... Sie sind Katholiken, Protestanten, Baptisten, Methodisten, Presbyterianer, Unitarier, Hindus, Mohammedaner und Juden. Sie sind Konservative, Liberale, Sozialisten, Kommunisten und Genossenschaftler..."

Diesen Zusammenschluß aller antifaschistischen Jugendorganisationen wertete die Reaktion sofort als eine ernste Gefahr für die kapitalistische Gesellschaftsordnung; und so versuchte sie noch während der Gründungskonferenz, über ihre Handlanger den WBDJ in ein Instrument gegen die Sowjetunion und die euro-

päischen Volksdemokratien zu verwandeln. Da dieser Versuch scheiterte, gingen die reaktionären Kräfte dazu über, mit Hilfe bürgerlicher Jugendführer in den kapitalistischen Ländern die Spaltung der Jugendbewegung zu organisieren. Die Jugend sollte Bestandteil des "kalten Krieges" werden. Einheitsbewegungen oder deren Ansätze wurden zerschlagen, die Volksregierung in Griechenland z.B. mit Hilfe der Aggression Großbritanniens und durch den Putsch rechter Elemente gestürzt, wodurch reaktionäre Kräfte in Bulgarien, Rumänien und der Tschechoslowakei ermuntert wurden.

Die ausdrücklich antikommunistisch und antisowjetisch ausgerichtete Politik der Sozialdemokratie stärkte die Kräfte der Reaktion: So weigerte sich z.B. die 1946 von sozialdemokratischen Jugendorganisationen gegründete JUSY (International Union of Socialist Youth - Internationale Union der Sozialistischen Jugend), mit dem WBDJ in irgendeiner Weise zusammenzuarbeiten. 1948 gründeten reaktionäre und sozialdemokratische Jugendorganisationen die World Assembly of Youth (Weltversammlung der Jugend - WAY) als bewußte Gegenorganisation zum WBDJ, den sie als kommunistisches Instrument diffamierten. WAY-Vorsitzender Bob Molenaar in einer Selbstdarstellung: "Die Weltprobleme werden nicht dadurch gelöst, daß die arbeitenden Massen an die Macht gelangen."

Alles Störfeuer gegen den WBDJ half der Reaktion jedoch nur wenig. Immer mehr Jugendorganisationen - vor allem aus Asien, Afrika und Lateinamerika - traten dem Bund bei. Und während am ersten Weltjugendkongreß (höchste

Körperschaft des WBDJ) 1945 in London Delegierte und Beobachter aus 63 Ländern teilnahmen, erhöhte sich 1955 in Warschau die Zahl der anwesenden Staaten auf 114.

Festivalbewegung - Kampfinstrument gegen die Reaktion

Als 1947 unter Führung des "Weltbundes der Demokratischen Jugend" und des im August 1946 gegründeten "Internationalen Studentenbundes" (ISB) in Prag die "I. Weltfestspiele der Jugend und Studenten" veranstaltet wurden, war damit eine bedeutsame Aktionsform in der internationalen Auseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Sozialismus und Kapitalismus entwickelt worden. Die Bereitschaft der Jugend zum Kampf für Frieden und Demokratie, gegen Faschismus und Krieg, gegen Imperialismus und Neokolonialismus, für Freundschaft und Solidarität manifestierte sich in Prag und auf den folgenden Festivals in beeindruckender Weise. Zehntausende von Delegierten aus einer zunehmenden Zahl von Ländern trugen die Ideen des Festivals über die Welt. Nationale und internationale Organisationen schlossen sich - oft nach harten internen Diskussionen - der Festivalbewegung an. Die folgende Aufstellung zeigt einen Überblick über die Festivalbeteiligungen:

<u>Datum</u>	<u>Ort</u>	<u>Teilnehmerzahl</u>	<u>Länder</u>
1947	Prag	17 000	72
1949	Budapest	10 000	82
1951	Berlin/DDR	26 000	104
1953	Bukarest	30 000	111
1955	Warschau	30 000	114
1957	Moskau	34 000	131
1959	Wien	18 000	112
1962	Helsinki	18 000	137
1968	Sofia	20 000	142

Kulturelle Veranstaltungen, politische Aktion und Diskussion

In den Programmen der jeweiligen Festivalveranstaltungen haben die zahlreichen kulturellen Begegnungen entscheidende Impulse ausgelöst, um das Verständnis der Jugendlichen aus vielen Ländern für einander zu wecken oder zu vertiefen. Der Besuch der einzelnen Nationalprogramme - die Auftritte von Chören, Theater-, Ballett- und Volkstanzgruppen, Solisten, Orchestern, die Ausstellungen und Filme - waren ebenso geeignet wie die Treffen mit Schriftstellern und Wissenschaftlern oder die Teilnahme an den zahlreichen Wettbewerben, unter denen die Sportkämpfe einen besonderen Platz innehatten. (1953 stellten in Bukarest z.B. 4366 Sportler aus 54 Ländern während des

Festivals 5 neue Welt- und 93 neue Nationalrekorde auf).

Reaktionäre Kritiker versuchten nicht selten, die Festivalbewegung ausschließlich unter dem Aspekt der kulturellen Begegnung darzustellen, um sie dann als ein Treffen nach dem Motto "Frieden, Freundschaft, Eierkuchen" zu diffamieren. Doch selbst ausschließlich kulturelle Begegnungen hätten den Imperialisten Kopfschmerzen genug bereitet. Sie aber wußten nur zu gut, daß die Weltfestspiele eine politische Aktion waren und bei den begeisterten Teilnehmern die Bereitschaft zum antiimperialistischen Kampf erhöhten.

Im folgenden sollen dazu in Stichworten einige Themen aufgeführt werden, die während der vergangenen Festivals im Vordergrund standen:

1947 Prag

Bekennnis der Jugend gegen Faschismus und Krieg; 1.200 Festivaldelegierte besuchen das von den deutschen Faschisten völlig zerstörte Dorf Lidice, dessen Einwohner ermordet worden waren. Festivalteilnehmer beteiligen sich in Arbeitseinsätzen an den "Bauten der Jugend" in Lidice, Most, Litvinow und Balaze. Große Solidaritätsmanifestationen mit der Jugend Griechenlands und Spaniens; Kampf gegen den Marshall-Plan.

1949 Budapest

Solidarität mit dem Kampf des chinesischen Volkes und der Patrioten Griechenlands; zum erstenmal deutsche Teilnahme durch eine FDJ-Delegation aus der DDR, die damit die weltweite Isolierung durchbricht, in die die deutsche Jugend durch den Faschismus gedrängt worden war; Kampf gegen den von den Imperialisten betriebenen Antisowjetismus.

1951 Berlin

Sieg der Revolution in China; Anklage gegen die Korea-Politik der Vereinten Nationen; 35 000 Jugendliche aus der BRD fahren - trotz Verfolgung durch westliche Alliierte und westdeutsche Behörden und ihrer Polizei - nach Berlin. Kampfdemonstrationen gegen Adenauers Politik der Wiederbewaffnung; Kampf um die Anerkennung der DDR.

1953 Bukarest

Junge Kämpfer der koreanischen Volksarmee, die tapfer ihre Heimat gegen die US-Aggressoren und ihre südkoreanischen Marionetten verteidigt hatten, werden als Sieger begrüßt. Kampf gegen das FDJ-Verbot und gegen die Verfolgungen der KPD in Westdeutschland.

1955 Warschau

Großkundgebung für die friedliche Koexistenz und die Freundschaft der Völker gegen die Vor-

bereitung eines Atomkrieges. In der "Nacht der Partisanen" treffen sich in den Wäldern von Jablomna, einem ehemaligen Partisanengebiet der polnischen Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, Partisanen und antifaschistische Jugendliche aus aller Welt.

1957 Moskau

Treffen der jungen Parlamentarier aus Ägypten, Brasilien, Bulgarien, Chile, Ceylon, China, DDR, Finnland, Griechenland, Japan, Indien, Polen, Syrien, Ungarn und der UdSSR, die sich einig wissen in der Absicht, in ihren Parlamenten für die Abrüstung und das Verbot von Kernwaffen einzutreten; Treffen junger Christen im Kloster Sagorsk; Kundgebung mit mehr als einer halben Million Menschen gegen den Atomtod.

1959 Wien

Solidaritätsaktionen mit der kämpfenden Jugend Algeriens; Manifestationen gegen Atomwaffen, für Abrüstung und friedliche Koexistenz; Kundgebungen und Seminare, die die Unterstützung der kämpfenden Jugend Lateinamerikas und Afrikas zum Ziel haben.

1962 Helsinki

Solidarität mit der kubanischen Jugend, die als Sieger über das reaktionäre einheimische Regime und über die Aggression der US-Imperialisten begrüßt wurde; zehn Kämpfer von Playa Giron ^{x)} marschierten an der Spitze der 275-köpfigen Delegation aus Kuba in das Olympiastadion von Helsinki ein. Der sowjetische Kosmonaut Juri Gagarin eröffnete den "Tag der Wissenschaft, des Fortschritts und der Zukunft".

1968 Sofia

Die Jugend aus der Demokratischen Republik Vietnam und die Kämpfer der FNL werden als Helden gefeiert. 5 000 Festivalteilnehmer leisten einen freiwilligen Arbeitseinsatz zugunsten Vietnams. Seminare und Kundgebungen wenden sich gegen den Neonazismus in der BRD. Die Solidarität mit den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern findet in zahlreichen Freundschaftstreffen ihren Niederschlag.

Teilnahme aus der BRD

1951 nahm zum erstenmal ein größeres Kontingent von Jugendlichen aus der BRD an den Weltfestspielen teil. Es waren in der Mehrzahl Angehörige der FDJ, die damals in der Bundesrepublik als konsequente Kräfte für die Interessen der arbeitenden Jugend und - im Kampf gegen die Remilitarisierung - für die Ideen des Festivals eintraten. Die bereits auf Verfolgung und Unterdrückung der KPD und der FDJ eingestellten westdeutschen Behörden unternahmen zusammen mit den westlichen Alliierten

große Anstrengungen, um die Teilnahme ihrer innenpolitischen Gegner und deren Berichterstattung vor den zahlreichen Delegierten aus vielen Ländern zu verhindern. Somit gehörten Verfolgungen und Verhaftungen durch die BRD-Polizei, Zurückschicken der Züge und Konvois, der mehrtägige Zwangsaufenthalt in Internierungslagern der Westmächte ohne Verpflegung sowie Schüsse und Prügel zum Risiko einer Teilnahme am III. Festival. Der Westberliner Bürgermeister Ernst Reuter spitzte mit einer scheinheiligen Einladung an die Festivalteilnehmer die Konfrontation noch weiter zu. Als seiner Einladung ganze Kolonnen von Teilnehmern aus Berlin/DDR folgten, startete die Westberliner Polizei eine riesige Prügelei. 413 Festivalteilnehmer landeten mit zum Teil schweren Verletzungen in Krankenhäusern. Diese Provokation seitens der reaktionären Kräfte in Westberlin konnten ebensowenig wie die zahlreichen Repressalien, die nach dem Verbot der KPD und der FDJ auf Sympathisanten der Weltfestspiele in der BRD ausgeübt wurden, den Erfolg der Festvalidee zunichte machen. Als am 30. Jan. 1955 in Bielefeld die Teilnehmer an der Präsidiumstagung des Festivalkomitees der BRD, dem auch Persönlichkeiten wie Nobelpreisträger Albert Schweitzer angehörten, wegen "Staatsgefährdung" verhaftet wurden, da half der weltweite Proteststurm, diese Mitglieder des BRD-Festivalkomitees freizukämpfen.

Mit terroristischen Maßnahmen behinderten die Behörden der BRD auch die Vorbereitung für das Moskauer Festival. Zum Zeitpunkt der Abreise der 1.280 BRD-Teilnehmer wurde bekannt, daß die Karlsruher Bundesanwaltschaft am 18. Juli 1957 gegen Mitglieder und Helfer des Internationalen Vorbereitungs Komitees (IVK) erneut vorgegangen war. Repräsentanten des nationalen BRD-Festivalkomitees waren 1957 der Verleger Ernst Rowohlt, der katholische Theologieprofessor Aufhauser, Prof. Dr. Franz Paul Schneider und Prof. Dr. Leo Weismantel, ein überzeugter Katholik, der bei seiner Ankunft in Moskau den bundesrepublikanischen Behörden vorhielt: "Es ist nur eine Gefahr, die über Euch lauert: 1 280 Jugendliche könnten nach Moskau reisen und selbst überprüfen, ob Eure Politik auf Lüge aufgebaut ist oder auf Wahrheit. Darum ist unser Tun Euch gefährlich! Und darum dieser politische Spuk!"

Das Anti-Festival scheiterte

Das sich verändernde Kräfteverhältnis in der Welt, der erstarkende Sozialismus, die erfolgreichen Befreiungsbewegungen und die an

Einfluß gewinnende Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern haben mit dazu beigetragen, daß die Idee des Festivals auch in der BRD bei den verschiedensten Jugend- und Studentenorganisationen, einschließlich der bürgerlichen Verbände, vorurteilsfreier gesehen werden als früher. Immer mehr Gruppierungen und Organisationen entschlossen sich zur Mitarbeit bei den Festspielen in Wien, Helsinki und Sofia. Aber während die einen bereit waren, auf einer gemeinsam ausgearbeiteten Plattform loyal zusammenzuarbeiten, versuchten andere, durch die Hintertür - z.T. in offener Zusammenarbeit mit den Agenturen des CIA und anderer westlicher Geheimdienste - ein Anti-Festival zu organisieren. In Wien und Helsinki tauchten Tausende von Broschüren und Schriften auf, die gegen das Festival gerichtet waren. In Helsinki wurden nachweislich mit CIA-Geldern nicht nur 160 Antikommunisten aus den USA, sondern auch 40 aktive Mitarbeiter einer JUSY-Gruppe finanziert. In Sofia fanden sich Kräfte aus der Reisegruppe des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR) mit Linkssektierern um den Bundesvorsitzenden des SDS, K.D. Wolff, zu einer Reihe von Störversuchen zusammen. (Wolff stellte sich z.B. mit einem Megaphon auf das Dimitroff-Mausoleum und beleidigte das bulgarische Volk und die KP-Bulgariens). Eine mehrsprachige DBJR-Broschüre, in der die FDJ der DDR mit der Hitlerjugend verglichen wurde, mußte aufgrund des heftigen internationalen Protestes - auch aus der Reisegruppe des DBJR selbst - wieder zurückgezogen werden. Das Fazit dieser Provokationen oder Versuche eines Gegenfesti-

vals lautet: Alle Störmanöver prallten an der gewachsenen Einheit der demokratischen Weltjugend im antiimperialistischen Kampf ab.

Das Festival zwingt zur Stellungnahme

Die Stärke der Festivalidee zeigt sich auch in der noch breiteren Beteiligung an den X. Weltfestspielen, die in wenigen Tagen in Berlin/DDR stattfinden werden. Wenn mittlerweile auch sozialdemokratische Jugendorganisationen wie die IUSY, wie der Rat der europäischen Jugendkomitees oder auch andere Verbände ihre früheren Positionen des "kalten Krieges" aufgeben und sich bereit erklären mußten, mit den Jugendverbänden der sozialistischen Staaten und dem WBDJ zusammenzuarbeiten sowie auf nationaler Ebene gemeinsam mit Kommunisten - so in Japan, Finnland und der BRD - die X. Weltfestspiele vorzubereiten, dann durch den Druck ihrer Mitglieder, die immer klarer sehen, daß in der Einheit die stärkste Position gegen den Imperialismus liegt und daß der Kampf um die Verwirklichung des Mottos der X. Weltfestspiele "Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" ihren Interesse entspricht. Die Attraktivität des Festivals ist noch größer geworden, und seine Ausstrahlungskraft zwingt jede Organisation, Position zu beziehen.

Anmerkung:

- x) Am 17.4.1961 überfielen von den USA ausgebildete und geführte konterrevolutionäre Banden Kuba bei Playa Girón (Schweinebucht); sie erlitten eine totale Niederlage.

KURZINFORMATION

Ägypten

Ende April 1973 hatte die neugebildete ägyptische Regierung in ihrer programmatischen Erklärung ihre Entschlossenheit betont, auf keinen Zoll arabischen Bodens zu verzichten und sich für die volle Herstellung der Rechte des palästinensischen Volkes einzusetzen. In der Debatte über die Regierungserklärung in der ÄGYPTISCHEN VOLKSVERSAMMLUNG (Ende Mai 1973) wurde der außenpolitische Kurs der Regierung - gerichtet auf eine politische Lösung des Nahostkonflikts - voll unterstützt und die USA aufgrund ihrer Beihilfe für die israelische Aggressionspolitik schärfstens verurteilt. Die Volksversammlung sprach sich für die Weiterentwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten aus.

Für die Fortsetzung des Industrialisierungsprogramms im nächsten 5-Jahresplan spricht der festgelegte staatliche Investitionsanteil

von einem Drittel des Staatsbudgets zum Ausbau neuer Großprojekte, wie des Stahlkomplexes Helwan, des Aluminiumwerkes Nag Hamadi, eines Phosphor-, Zement- und eines petrochemischen Komplexes in Alexandria - die in der Mehrzahl mit sowjetischer Hilfe errichtet werden. Die staatliche Investitionspolitik unterstreicht damit die Bewahrung der vorherrschenden Position des staatlichen industriellen Sektors. Andererseits ist eine sog. "Liberalisierung" der Wirtschaftspolitik zu beachten, z.B. Wegfall der Importlizenzen, Schaffung von "Zonen für freie Kapitalanlagen", schließlich die Erlaubnis für ausländische Konzerne in einigen, von der Regierung bestimmten Wirtschaftsbereichen Kapital anzulegen. So wird die Produktion des Privatsektors wie schon schon in den letzten drei Jahren weiter ansteigen. "Nach Presseberichten soll er 432 Millionen der insgesamt 1,820 Milliarden Lg erbringen, die für 1973 als industrielle Bruttoproduktion geplant sind." (ND, 24.4.1973)

In der Debatte der Volksversammlung stießen derartige, dem nationalrevolutionären Kurs Ägyptens entgegenlaufende Entwicklungstendenzen auf heftige Kritik. Die Kräfte des linken nationaldemokratischen Flügels wandten sich dabei ebenso gegen die Wiederbelebung des privatkapitalistischen Sektors wie sie sich für eine bessere Verteilung von lebenswichtigen Gütern und Lebensmitteln sowie für eine gerechtere Steuerordnung einsetzten. Es gäbe in Ägypten noch immer Schichten, die sich unangemessen hohe Einkünfte aneigneten, z.B. entzögen sich Hausvermieter und private Wohnungsbaugesellschaften einer gerechten Besteuerung.

Positiv einzuschätzen ist hingegen eine wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Lage der werktätigen Bevölkerung: die Steuerbefreiung von etwa 3 Millionen Bauern, die nicht mehr als 3 Feddan (ca. 1,25 ha) Land besitzen.

Syrien

Nach der überaus erfolgreichen Volksabstimmung vom 12.3.1973 über die neue Verfassung der Syrischen Arabischen Republik wurde am 25.5.1973 mit der Wahl des VOLKSRATES ein weiterer entscheidender Schritt auf dem Wege der nichtkapitalistischen Entwicklung durchgeführt. Dies ist seit der Machtübernahme durch die syrische Baathpartei 1963 die erste Wahl zum höchsten gesetzgebenden Staatsorgan. benden Staatsorgan.

Die neue Verfassung bestimmt, daß 95 der insgesamt 186 Abgeordnetensitze für Vertreter der Arbeiterklasse und Bauernschaft vorbehalten sind - von den 1656 Kandidaten waren 656 Arbeiter und Bauern.

Die in der Nationalen Front vertretenen Organisationen traten mit folgenden gemeinsamen politischen Zielvorstellungen auf: Ausbau der Positionen im antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten - Überwindung der Folgen der israelischen Aggression - weiterer Ausbau der demokratischen Rechte des Volkes - Kampf gegen äußere und innere arabische Reaktion - Stärkung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus und Kolonialismus. Diese fortschrittliche antiimperialistische Programmatik und die erfolgreiche Politik der Nationalen Front in den letzten Jahren sind die Grundlage für den erneuten großen Erfolg der syrischen Fortschrittskräfte. Die Nationale Fortschrittliche Front erzielte über 70 % der Sitze im Volksrat.

Arabischer Golf

Auf die wachsende Gefährdung ihrer Erdöl- und militärstrategischen Positionen im Nahen und

Mittleren Osten reagieren die US-Imperialisten gegenwärtig mit unverhüllten Aggressionsdrohungen sowie der gewaltigen Aufrüstung reaktionärer Regimes.

Die Orientierung lautet: Schaffung eines Pendants zu Israel am Arabischen Golf.

Mitte Mai 1973 ließ der Vorsitzende der US-Kommission für Krisenplanung die Möglichkeit der Entsendung einer

"militärischen Streitmacht zu einigen Staaten des Nahen Ostens, um die arabischen Erdölquellen zu sichern"

verlauten (DVZ, 24.5.1973).

Ende Mai schlossen die USA mit dem erdölreichen Kuwait ein Abkommen über Waffenlieferungen in Höhe von 500 Mio. US-Dollar, die 32 Überschalljäger vom Typ "F 8 Crusader", 150 Boden-Luft-Raketen "Hawk", 160 Panzer des Typs "M 60", Hubschrauber u.a. umfassen; dies bedeutet eine Verdoppelung des kuwaiter Militärpotentials. In den Monaten zuvor ließen erstmalig US-Lieferungen von Phantom-Bombern an den Iran und Saudi Arabien aufhorchen.

Die Rüstungslieferungen der USA und in geringerem Maße Großbritanniens, Frankreichs an das Schah-Regime in einer Gesamtsumme von 3 Mrd. US-Dollar und der Einsatz von mehreren Hundert US-Militärberatern sollen die Vormachtstellung des Iran im Arabischen Golf ausbauen.

An Saudi Arabien gingen US-Rüstungslieferungen in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar, darunter 19 Kriegsschiffe; Kampfflugzeuge im Wert von 250 Mio. englischer Pfund handelte König Feisal mit Großbritannien aus. Auch hier sind amerikanische Militärexperten mit von der Partie.

"Überdies haben hier die USA ... ein dichtes RadarNetz errichtet."
(Neues Deutschland, 21.5.1973)

Gleichzeitig intensivierte die unter britischem Oberbefehl stehende Sultansarmee von Maskat/Oman ihre Überfälle im Nordosten der VRD Jemen. Ebenso wie auf die Absicherung ihrer Erdölquellen zielen die imperialistischen Kräfte mit diesem Aufrüstungsprogramm auf die Bedrohung progressiver arabischer Nachbarstaaten wie des Irak und der VRD Jemen.

Während der Irak und Kuwait gegenwärtig für einen latenten Spannungszustand an der Grenze zum Irak sorgen, häufen sich die Kriegsprovoaktionen Saudi Arabiens gegen die VDR Jemen.

Hatte am 24.3.1973 der Innenminister Saudi Arabiens der VDRJ mit "offener Aggression" gedroht, so wurde an der jemenitischen Grenze ein Gürtel von militärischen Stützpunkten durch mit amerikanisch-britischen Waffen ausgerüstete Söldnertruppen gezogen.